

# Niedersächsischer Landtag

## **Stenografischer Bericht**

## 75. Sitzung

## Hannover, den 10. Oktober 2025

## Inhalt:

	Dr. Andreas Philippi, Minister für Soziales, Ar-
Tagesordnungspunkt 27:	beit, Gesundheit und Gleichstellung6269
	Harm Rykena (AfD)6270, 6272
Mitteilungen der Präsidentin6245	Kirsikka Lansmann (SPD)6270, 6273
Feststellung der Beschlussfähigkeit6245	<b>Lena Nzume</b> (GRÜNE)
Außerhalb der Tagesordnung:	Tagesordnungspunkt 29:
Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten zum	Erste Beratung:
Thema "Autogipfel im Bundeskanzleramt" 6245	KI in der Wissenschaft: Forschung und Lehre auf
Olaf Lies, Ministerpräsident6245	die Auswirkungen der technischen Revolution
Carina Hermann (CDU)6248	vorbereiten - Antrag der Fraktion der SPD und der
Christoph Bratmann (SPD)6251	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8548.6275
Klaus Wichmann (AfD)6252	Dr. Silke Lesemann (SPD)6275
Anne Kura (GRÜNE)6253	Jessica Schülke (AfD)6276
Marcel Scharrelmann (CDU)6254	Pippa Schneider (GRÜNE)6277
, ,	Cindy Lutz (CDU)6278
Tagesordnungspunkt 28:	Eva Viehoff (GRÜNE)6279
	Ausschussüberweisung6280
Fragestunde6255	
	Tagesordnungspunkt 30:
a) Forschung in angespannten Zeiten - welche	
Rolle spielt Niedersachsen? - Anfrage der Fraktion	Erste Beratung:
der SPD - Drs. 19/85406255	Prüfung und Erarbeitung eines landesweiten Un-
Annette Schütze (SPD)6255, 6259, 6261	terstützungsmodells für Pflegebedürftige ab Pfle-
Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kul-	gegrad 2 (Prüfung eines niedersächsischen "Lan-
tur6256 bis 6261	despflegegeldes") - Antrag der Fraktion der AfD -
Lukas Reinken (CDU)6258, 6260, 6264	Drs. 19/8537
Jessica Schülke (AfD)6259, 6261, 6263	<b>Delia Klages</b> (AfD)
Pippa Schneider (GRÜNE)6260, 6265	Andrea Prell (SPD)6281, 6284
	Eva Viehoff (GRÜNE)
b) Wie ist es um die Zukunft der Tagesbildungs-	Heike Koehler (CDU)6286
stätten in Niedersachsen bestellt? - Anfrage der	Ausschussüberweisung6287
Fraktion der CDU - Drs. 19/85416266	
Christian Fühner (CDU)	
6266, 6268, 6269, 6271	
Julia Willie Hamburg, Kultusministerin	
6266 his 6271	

I

#### Tagesordnungspunkt 31:

## Erste Beratung:

#### Tagesordnungspunkt 32:

#### Erste Beratung:

## Tagesordnungspunkt 33:

## Erste Beratung:

#### Tagesordnungspunkt 34:

### Erste Beratung:

Hauswirtschaft und Alltagskompetenzen ir	ı Nie
<mark>dersachsen weiter stärken</mark> - Antrag der Frakti	on de
SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	- Drs
19/8550	. 6315
Karola Margraf (SPD)6316	, 6317
Katharina Jensen (CDU) 6317, 6317	, 6321
Christian Schroeder (GRÜNE)	. 6319
Alfred Dannenberg (AfD)	. 6320
Ausschussüberweisung	. 6321
Nächste Sitzung	. 6321

#### Vom Präsidium:

Präsidentin Hanna Naber (SPD) Vizepräsident Marcus Bosse (SPD) Vizepräsidentin Sabine Tippelt (SPD) Vizepräsident Jens Nacke (CDU)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast (CDU) Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer (GRÜNE)

Schriftführer René Kopka (SPD) Schriftführerin Corinna Lange (SPD) Schriftführer Guido Pott (SPD)

Schriftführerin Annette S c h ü t z e (SPD)

Schriftführer Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)

Schriftführer Axel Miesner (CDU) Schriftführer Alexander Wille (CDU) Schriftführerin Evrim Camuz (GRÜNE) Schriftführerin Eva Viehoff (GRÜNE) Schriftführerin Delia Klages (AfD)

Schriftführer Jürgen Pastewsky (AfD)

#### Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Staatssekretär Frank Doods,

Olaf Lies (SPD) Staatskanzlei

Ministerin für Inneres, Sport und Digitalisierung Staatssekretär Stephan Manke, Daniela Behrens (SPD)

Finanzminister Staatssekretärin Sabine Tegtmeyer-Dette,

Gerald Heere (GRÜNE)

Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

Dr. Andreas Philippi (SPD)

Minister für Wissenschaft und Kultur

Falko Mohrs (SPD)

Julia Willie Hamburg (GRÜNE)

Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

Grant Hendrik Tonne (SPD)

Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher-

schutz

Miriam Staudte (GRÜNE)

Justizministerin

Kultusministerin

Dr. Kathrin Wahlmann (SPD)

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Christian Meyer (GRÜNE)

Ministerin für Europa und Regionale Landesentwicklung

Melanie Walter (SPD)

Ministerium für Inneres und Sport

Finanzministerium

Staatssekretär Prof. Dr. Joachim Schachtner,

Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Staatssekretär Stephan Ertner, Staatssekretärin Andrea Hoops,

Kultusministerium

Staatssekretär Matthias Wunderling-Weil-

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

Staatssekretärin Frauke Patzke,

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher-

Staatssekretär Dr. Thomas S m o I l i c h,

Justizministerium

Beginn der Sitzung: 09:01 Uhr

#### Präsidentin Hanna Naber:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 75. Sitzung im 28. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 19. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 27: Mitteilungen der Präsidentin

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Zur Tagesordnung: Der Herr Ministerpräsident hat mitgeteilt, eine Unterrichtung zum Thema "Autogipfel im Bundeskanzleramt" abgeben zu wollen. Die Unterrichtung soll vor Tagesordnungspunkt 28 - das ist die Fragestunde - behandelt werden. Anschließend setzen wir die Beratungen in der Reihenfolge der Tagesordnung fort.

Die heutige Sitzung soll demnach gegen 15:15 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen Herr Schriftführer Axel Miesner mit. Herr Miesner, bitte!

#### Schriftführer Axel Miesner:

Auch von meiner Seite einen schönen guten Morgen! Entschuldigt haben sich für heute: von der SPD-Fraktion Herr Brinkmann, von der CDU-Fraktion Herr Bauer, Frau Evers, Frau Hopmann, Herr Lechner und Frau Ramdor, von der Grünen-Fraktion Frau Hartmann, von der AfD-Fraktion Herr Jahn, Herr Kühnlenz, ab 11 Uhr Herr Schledde und ab 12 Uhr Herr Lilienthal.

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Miesner.

Wie soeben angekündigt, kommen wir nun zu:

Außerhalb der Tagesordnung:

Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten zum Thema "Autogipfel im Bundeskanzleramt"

Herr Ministerpräsident Lies, ich erteile Ihnen das Wort.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Olaf Lies, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, nach der vorgestrigen Regierungserklärung macht es Sinn, aus meiner Sicht auch zu schildern, wie der gestrige Dialog verlaufen ist, bei dem neben Kanzler und Vizekanzler sowie Teilen der Bundesregierung auch die CEOs und Betriebsratsvorsitzenden der wesentlichen Automobilhersteller und Zuliefererbetriebe teilgenommen haben, außerdem der VDA, die IG Metall und natürlich die Ministerpräsidenten - es waren nur Herren dabei - der Automobilländer.

Der Dialog war sehr intensiver und ging weit über die Frage des Antriebs hinaus.

Ich will gleich vorwegsagen: Es ist auch gestern sehr deutlich geworden - ich glaube, in Niedersachsen zweifeln wir auch nicht daran -, dass es bei der Automobilindustrie um eine leistungsstarke und innovative Zukunftsindustrie geht. Ich will das hier noch einmal sagen, weil das in unserer Debatte vielleicht zu kurz kommt.

Gestern ist es zu Recht noch einmal angesprochen worden: Wir sprechen über das, was vielleicht noch entwickelt werden und geschehen muss, aber nicht über das, was wir können.

Wir können stolz auf unsere Automobilindustrie sein. Ich finde, Debatten, die den Eindruck erwecken, als hätten wir Technologien verschlafen, treffen auf die Automobilindustrie und die Zuliefererindustrie in Deutschland nicht zu. Ich glaube, das müssen wir auch im Sinne der Kolleginnen und Kollegen, die daran hart arbeiten, einmal sagen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Dabei geht es auch um die Frage der E-Mobilität. Hunderte von Milliarden Euro sind schon investiert worden. Es gibt auch die feste Zusage, in einem erheblichen Umfang noch weitere Milliarden Euro, Hunderte von Milliarden Euro, zu investieren, sowohl in der Zuliefererindustrie als aber auch in der Automobilindustrie selbst.

Auch gestern ist noch einmal sehr deutlich geworden: Wir stehen mitten in einer Transformation. Wir dürfen diese Transformation nicht gefährden! Wir müssen sie konsequent fortsetzen! Aber wir müssen das, was ich hier vorgestern auch gesagt habe, trotzdem machen: Wir brauchen einen Realitätssinn dafür, was zu welchem Zeitpunkt wie erreichbar ist. Auch das war gestern klarer Kontext.

Was waren die wesentlichen Botschaften gestern?

Die klare Botschaft war - und das unabhängig von der Frage, um welchen Hersteller, CEO oder Betriebsrat oder Vertreter der Zuliefererindustrie es geht -: Die Zukunft heißt, wir gehen konsequent den Weg der Elektromobilität. Daran gibt es keinen Zweifel. Das ist gestern sehr deutlich gesagt worden.

Und wichtig ist auch - ich sage es noch einmal, damit wir uns auch in den Begrifflichkeiten einig sind, was wir in der Sache wahrscheinlich sind; vielleicht ist es in der Kommunikation schwierig, was ich verstehen kann -: Die Zukunft ist eben nicht technologieoffen, die Zukunft ist batterieelektrisch! Das müssen wir immer wieder sagen, auch um keine neuen Verunsicherungen zu schüren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Das ist deshalb wichtig, weil wir in den Unternehmen Hunderte Milliarden Euro Investitionen in diese Zukunftstechnologie auslösen müssen. Deswegen ist das ganz entscheidend.

Aber - auch das muss man dazu sagen -: Das müssen wir anreizen! Ich will nicht alle Punkte wiederholen, aber gestern ist noch einmal deutlich gesagt worden: Es ist richtig, dass Milliarden Euro zur Unterstützung, als Kaufanreiz zur Verfügung stehen.

Natürlich - ich glaube, das überrascht uns alle nicht - ist der Wunsch an die Bundesregierung, jetzt sehr zügig Klarheit zu schaffen, wie das funktionieren kann. Ansonsten würden wieder Wochen oder Monate verstreichen, in denen die Kunden nicht wissen, was kommt, und dann erst recht nicht kaufen. Daher wir brauchen an dieser Stelle sehr schnell Klarheit. Das war auch gestern die Bitte aller Beteiligten an die Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Zweitens. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen eine realistische Marktbewertung. Das haben wir hier auch diskutiert: der Realitätssinn. Was ist eigentlich zu welchem Zeitpunkt wie erreichbar? Das haben wir gestern intensiv diskutiert.

Ich will nicht alles wiederholen, sondern will nur sagen: Die große Sorge der Hersteller ist - noch einmal: die machen sich konsequent auf den Weg, und für sie ist die Elektromobilität völlig außer Zweifel *die* Zukunftstechnologie, an der sie arbeiten -, dass in

20 von 27 europäischen Staaten die Ladeinfrastruktur nicht konsequent ausgebaut wird. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Wir sind in Deutschland sehr gut, wir gehören nicht zu den 20, wir gehören zu den 7. Aber wir müssen erkennen, dass es in Europa - nicht in Deutschland, aber an anderen Stellen - Nachholbedarf gibt, eine Infrastruktur zu schaffen, für die wir uns hier gemeinsam übrigens sehr stark engagieren. Sie ist notwendig, damit man einen internationalen, einen europäischen und auch einen darüber hinausgehenden Markt hat. Das ist dabei wichtig. Die Sorge der Hersteller ist, ob sie die Fahrzeuge in den Markt bekommen, wenn die Ladeinfrastruktur in den Ländern nicht ausreichend ausgebaut wird.

Des Weiteren besteht ein Stück weit die Sorge - diese Sorge kann man, glaube ich, teilen -, dass wir beim Thema E-Mobilität zunächst die Early Adopter erwischt haben, also die, die sich für Technologie begeistern. Die große Herausforderung wird sein, auch die anderen, die noch umsteigen müssen, zu begeistern.

Die Automobilindustrie treibt erstens die Sorge um, ob uns das klug und schnell genug gelingt.

Zweitens ist die große Sorge - das war gestern Thema -, dass ein atypisches Verhalten der Kunden droht und manche sagen: Ab 2035 gibt es keine Verbrenner mehr, dann werde ich mir 2033 und 2034 noch mal einen zulegen. Das wäre natürlich fatal, weil es nicht zur Entwicklung passt. Man muss aufpassen, nicht dafür zu sorgen, dass es dazu kommt. Auch das war gestern ein Thema. Noch einmal: Es ging nicht um die Frage, wo es hingeht, sondern um die Frage, welche Schritte zu tun sind.

Ich will einen Aspekt nennen, der in unserer Debatte vielleicht auch von mir nicht ausreichend beleuchtet worden ist, der gestern aber eine große Rolle gespielt hat: Die Elektromobilität ist ja keine reine Pkw-Elektromobilität. Die Elektromobilität - ich bleibe jetzt beim Straßenverkehr - findet sich bei Lkw, bei leichten Nutzfahrzeugen und Bussen genauso wider.

Da ist die große Sorge, dass wir bei den Nutzfahrzeugen momentan einen Anteil von 2 % haben und 2030 einen Anteil von 35 % erreicht haben müssen. Nur, damit wir uns nicht vertun: Im Nutzfahrzeugbereich sind zwei der vier zentralen, weltweiten Hersteller in Deutschland angesiedelt.

Die Debatte dreht sich natürlich zum einen darum, wie im Pkw-Bereich ein leistbarer Übergang für die Automobilindustrie aussieht. Zum anderen brauchen wir aber auch im Nutzfahrzeugbereich für die Kolleginnen und Kollegen in der Zuliefererindustrie und bei den Herstellern Antworten und umsetzbare Regeln.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Der vorgezeichnete Weg ist klar, der Realitätssinn ist klar. Deswegen war gestern auch klar - das schließt am Ende an das an, was wir hier diskutiert haben und wobei ich auch versucht habe, das in einer Diskussion zu ermöglichen und vorzulegen; man sieht ja auch, dass es diesbezüglich länderübergreifend eine Harmonisierung gibt -, dass wir eine Flexibilisierung brauchen.

Der Wunsch ist - das ist das, was ich gesagt habe -: Wir brauchen Technologieoptionen, die auch nach 2035 möglich sind, ohne dabei die Klimaziele infrage zu stellen. Wir brauchen keine - das war auch die Bitte von allen, die gestern anwesend waren - Raus-Debatte über etwas, was man nicht will, sondern wir brauchen eine Rein-Debatte über die Technologien, die die Zukunft sind. Also an alle: Bitte keine Verbrenner-Aus-Debatte führen, sondern eine Zukunftsdebatte führen! Das ist wichtig, das war die Bitte aller derer, die gestern dabei waren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Klaus Wichmann [AfD]: Wortklauberei! - Stephan Bothe [AfD]: Das entscheiden doch nicht Sie!)

- Das war nicht meine Entscheidung. Ich habe das nur wiedergegeben.

(Stephan Bothe [AfD]: Das ist auch nicht im Kanzleramt zu entscheiden! - Gegenruf von Wiard Siebels [SPD]: Das ist ein Appell! Begreifst du das vielleicht? - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Wissen Sie, ich versuche, einen Eindruck von dem zu vermitteln, was die gestern geäußert haben, die in großer Verantwortung stehen. Das ist die Bundesregierung als Politik, das sind die Hersteller, die CEOs, die für ihre Unternehmen sprachen, weil sie Millionen von Beschäftigten in Deutschland haben, das sind die Betriebsräte, das ist die IG Metall, und das ist der Verband der Automobilindustrie. Ich finde, man kann sehr gut darauf hören, was die sagen. Das muss Gewicht haben, und das spielt auch

eine zentrale Rolle. Und wenn die eine Richtung vorgeben, sollten wir sie mitgehen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Zweitens, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es um die Sicherung der Beschäftigung. Ich glaube, das eint uns alle.

Zu den Zahlen: Es gibt jetzt eine Einigung - wir haben es heute Morgen gelesen, bzw. ich habe es gestern schon erfahren - bei Bosch in Hildesheim. Aber diese Einigung ist mit dem Abbau von Stellen verbunden.

Diese Sorge treibt uns um. Das heißt - auch das war gestern gemeinsamer Tenor -, die oberste Priorität muss die Sicherstellung der Beschäftigung sein - das ist unser Fokus -, ohne dabei Technologieentwicklungen infrage zu stellen. Die Sicherung der Beschäftigung spielt eine wichtige Rolle.

Drittens. Gestern ist noch mal deutlich geworden - ich werbe daher sehr dafür, dass wir eine Zukunftsdebatte und keine rückwärtsgewandte Debatte darüber führen, was man wiederhaben bzw. wovon man weg will -: Wir brauchen die Technologieführerschaft. Und die Technologieführerschaft in Europa und Deutschland werden wir nur bekommen, wenn wir uns auf neue, zukunftsfähige Antriebstechnologien konzentrieren und fokussieren, also auf die Weiterentwicklung von Batterien, von elektrischen Antrieben, auf die Struktur der Softwareentwicklung - Software-defined Vehicles - und auf die Frage des autonomen Fahrens.

Wir müssen sozusagen unseren Stolz der Vergangenheit auf die Automobilindustrie in die Zukunft übertragen. Nicht zweifeln, sondern in die Zukunft investieren! Klar ist: Technologieführerschaft - auch mit neuer, zukunftsfähiger Mobilität - muss aus Europa und Deutschland kommen. Da müssen wir stark sein, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestern gab es eine große Einigkeit. Das halte ich für wichtig. Die Frage, die alle umtreibt, wie es denn jetzt weitergeht, müssen wir abbinden und sagen: Wir haben uns für einen Weg entschieden, auf dem wir vorangehen. Dafür war der Autogipfel gestern gut.

Ich bin dem Bundeskanzler und dem Vizekanzler sehr dankbar, dass sie dazu eingeladen haben und wir genau diesen Kurs gehen. Die Bundesregierung wird jetzt eine gemeinsame Position herausarbeiten. Wenn man die Medien liest, fragt man sich: Wo war die denn gestern?

Ich will offen sagen: Jetzt geht es um das, worüber wir hier vorgestern diskutiert haben: in Brüssel die Grundlagen dafür zu schaffen, dass dieser Weg mit Technologieoptionen möglich ist, dass es zeitlich möglich ist, unsere CO<sub>2</sub>-Ziele zu erreichen, und dass dies nicht dafür führt, dass wir die Ziele, die wir uns im Verkehrssektor gesetzt haben und nicht erreichen, auf andere Branchen übertragen, die heute schon in großen Problemen stecken. Ich meine damit die Grundstoffindustrie oder meinetwegen auch die Landwirtschaft.

Deswegen muss die Bundesregierung das nun sehr detailliert - detailliert im Sinne von klar - ausarbeiten, damit sie mit einer Stimme und geschlossen in Brüssel auftreten kann - das ist die Botschaft von gestern -, damit genau der Weg, über den wir am Mittwoch schon auf eine sehr sachliche und auch gute Art und Weise diskutiert haben, begehbar wird.

Es ist klar, wo wir in Zukunft hinwollen. Der Übergang muss so gestaltet werden, dass er funktioniert und Beschäftigung gesichert werden kann. Aber wir dürfen keine rückwärtsgewandte Debatte von gestern führen! Wir dürfen nicht über ein Aus vom Aus reden! Wir müssen darüber reden, was wir morgen haben wollen! Das halte ich für wichtig. Darum bitte ich alle.

Wenn ich es einmal so sagen darf: Das ist doch ein starkes Signal, das wir gemeinsam geben können, weil wir uns in der Sache doch eigentlich überhaupt nicht uneinig sind. Und wenn wir uns in der Sache einig sind, dann kann es uns auch gelingen, ein starkes, gemeinsames Zeichen hier in Niedersachsen zu setzen.

Das in Berlin gestern war ein starkes, gemeinsames Zeichen. Ich würde mich freuen, wenn wir auch hier in Niedersachsen ein gemeinsames Zeichen setzen würden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Klaus Wichmann [AfD]: Danke für nichts!)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für die Unterrichtung.

Da die Abgeordnete Carina Hermann bereits einen Wortmeldezettel abgegeben hat, gehe ich davon aus, dass eine Besprechung erwünscht ist, die ich auch gleich eröffnen werde.

(Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

- Herr Hilbers?

(Zuruf von der CDU: Er würde auch gerne reden! - Heiterkeit bei der CDU)

- Wer für Sie das Wort ergreift, müssen Sie innerhalb der CDU-Fraktion klären. Eine Wortmeldung liegt mir von der Abgeordneten Carina Hermann vor.

Ich stelle fest, dass die Unterrichtung elf Minuten gedauert hat. Für die nun folgende Aussprache erhalten vereinbarungsgemäß die beiden großen Fraktionen ebenso viel Redezeit, wie die Landesregierung benötigt hat, also ebenfalls je elf Minuten. Die beiden kleineren Fraktionen erhalten jeweils halb so viel Redezeit wie die beiden großen Fraktionen, also jeweils fünfeinhalb Minuten. Das fraktionslose Mitglied des Hauses erhält, wenn es das Wort ergreifen möchte, anderthalb Minuten. Gibt es hiergegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich auf: die Abgeordnete Carina Hermann für die CDU-Fraktion. Bitte schön, Frau Hermann!

(Beifall bei der CDU)

## Carina Hermann (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, die Autoindustrie in Niedersachsen steht in einer tiefen Krise. Allein in Niedersachsen sind 10 000 Arbeitsplätze bei Volkswagen und all den Zulieferern im letzten Jahr abgebaut worden. Schlimmer noch: Es werden noch in diesem Jahr und auch in den nächsten Jahren Zehntausende Arbeitsplätze abgebaut werden. Und dafür tragen auch Sie, Herr Ministerpräsident, Verantwortung.

Warum tragen Sie Verantwortung? Weil Sie sich als Wirtschaftsminister 2016 einseitig auf die Strategie der Elektromobilität verständigt haben

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Ah! - Wiard Siebels [SPD]: Wir waren doch schon weiter!)

und weil Sie 2016 keine Technologieoffenheit gezeigt haben. Das müssen Sie sich auch ganz klar eingestehen.

(Beifall bei der CDU)

Wir als CDU sind froh, dass unser Bundeskanzler Friedrich Merz Verantwortung übernommen hat.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Das glauben Sie doch selber nicht! - Sebastian Zinke [SPD]: Wer war eigentlich 2016 Bundeskanzlerin?)

Denn wir brauchen jetzt einen Kraftakt in der Automobilindustrie.

Im Januar hat Sebastian Lechner Friedrich Merz in Hannover ein Modell eines kleinen VW-Bullis mit der Bitte und dem Rat übergeben: Mache bitte die Rettung der deutschen Automobilindustrie zu einem Kernanliegen deiner Kanzlerschaft!

Der neue Bundeskanzler hat das verstanden, und der Autogipfel im Kanzleramt gestern war die richtige Antwort darauf.

> (Sebastian Zinke [SPD]: Eine ganz neue Idee! Noch nie dagewesen! - Unruhe)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Einen Moment, Frau Herr Hermann! - Herr Zinke! Liebe Kolleginnen der SPD-Fraktion!

(Ulf Thiele [CDU]: Findet Ihr das eigentlich in Ordnung? Wir haben zugehört!)

- Herr Thiele!

(Wiard Siebels [SPD]: Junge, du quatscht doch den ganzen Tag dazwischen! - Beifall bei der SPD - Gegenruf von Ulf Thiele [CDU]: Das sagt der Richtige!)

- Herr Siebels, jetzt kehrt hier Ruhe ein!

Frau Hermann, fahren Sie fort!

## Carina Hermann (CDU):

Wir begrüßen ausdrücklich, dass dieser Autodialog gestern im Kanzleramt stattgefunden hat. Es ist gut, dass Bundeskanzler Merz den Schulterschluss mit der Automobilindustrie gesucht hat.

Und es ist auch gut, dass sich der Ton hörbar verändert hat. Er unterscheidet sich deutlich von dem, was wir in den letzten Jahren von der Ampelregierung in Berlin gehört haben: insbesondere aus dem Wirtschaftsministerium und aus dem Verkehrsministerium, aber vorweg von unserem Bundeskanzler.

Das ist gut für Deutschland, und das ist auch gut für Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU)

Und dieser Gipfel - da gebe ich Ihnen recht, Herr Ministerpräsident - hat ein entscheidendes Signal an die deutsche Industrie, an die Europäische Union, aber auch an rund 65 Millionen deutsche Autobesitzer ausgesendet.

Viele Punkte in Ihrer Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, sind richtig gewesen. Den weiteren Ausbau der Elektromobilität begrüßen wir; er ist auch vollkommen richtig. Steueranreize, Förderung und der verstärkte Ausbau der Ladeinfrastruktur sind ebenfalls gut und notwendig. Das sind die Schritte, die wir als CDU ausdrücklich unterstützen, denn Elektromobilität bleibt eine wichtige Säule auf dem Weg zur Klimaneutralität.

(Beifall bei der CDU - Volker Bajus [GRÜNE]: Richtig!)

Aber - das ist das Entscheidende, und das unterscheidet uns - sie bleibt nicht die einzige Säule. Herr Lies, Sie müssen jetzt auch Ihre Sozialdemokratie in Berlin davon überzeugen, dass es nicht beim Verbrenner-Aus 2035 bleibt. Das ist Ihnen gestern in Berlin offenbar nicht gelungen, denn da hat es keine Einigung gegeben.

(Sebastian Zinke [SPD]: Das hat selbst Ihr toller Kanzler gesagt!)

Die zentrale Frage bleibt doch - und das fragen sich auch die Menschen -: Wie stellt sich Deutschland beim Verbrenner-Aus 2035 denn jetzt wirklich auf?

Genau hier, Herr Ministerpräsident, müssen Sie Ihre Sozialdemokraten und vor allem Ihren grünen Koalitionspartner hier in Niedersachsen endlich in den Griff bekommen!

(Beifall bei der CDU)

Denn es waren doch auch Ihre Leute, die in Brüssel darauf gedrungen haben, dass der delegierte Rechtsakt zu den E-Fuels eingefroren wird. Damit hat man bewusst den Weg zu mehr Technologieoffenheit blockiert.

Range-Extender und Hybride dürfen nicht nur mit E-Fuels möglich gemacht werden, sondern sie müssen generell möglich sein! Das ist das Ende des Verbrennerverbots, zumindest für diese Hybridform. Und da können Sie uns heute Morgen nicht wieder etwas anderes erzählen. Das sind Tatsachen, die auf dem Tisch liegen. Wenn Sie den Gesetzestext

richtig lesen, dann müssten Sie das hier klar so sagen.

Dazu, Herr Ministerpräsident, muss man sich jetzt, wie von unserem Fraktionsvorsitzenden am Mittwoch gefordert, endlich durchringen. Es bleibt erstaunlich und interessant für uns, dass Sie, sobald ein neuer Bundeskanzler in Berlin regiert, auch hier in Niedersachsen auf einmal Ihre Meinung zu diesem Thema geändert haben.

(Sebastian Zinke [SPD]: Dank Kanzler Merz! Wirkt auch bei mir!)

Das kann man nicht schönreden. Das ist einfach so.

(Beifall bei der CDU)

Die Beimischung synthetischer und biogener Kraftstoffe ist ein ganz entscheidender Hebel, um unsere Klimaziele zu erreichen, ohne Millionen Fahrzeuge einfach abzuschreiben und damit Arbeitsplätze aufs Spiel zu setzen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von den Grünen. Aber offenbar ist das auch in Teilen der Sozialdemokratie in Berlin immer noch nicht angekommen.

Statt anzuerkennen, dass jede Reduktion von CO<sub>2</sub> zählt, wird diese Lösung immer noch kleingeredet. Das zeigt, die SPD hat in der Klimapolitik noch einen Weg zum Realismus vor sich.

Deshalb sagen wir heute ganz klar: Wir erwarten jetzt von Ihnen eine Landesinitiative für synthetische Kraftstoffe und für Biokraftstoffe. Die Landesregierung soll sich doch jetzt einfach mal aktiv bei diesem Thema einbringen,

(Lachen bei den GRÜNEN)

statt den Menschen zu erzählen, das sei etwas für technisch Desorientierte. Das ist einfach schlichtweg falsch, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der CDU)

Wir sind jetzt nicht mehr weit von einer gemeinsamen Linie entfernt. Aber dieser letzte Schritt hin zu Vernunft, Realismus und auch zu technologieoffenem Sachverstand fehlt.

(Heiko Sachtleben [GRÜNE]: Unverstand! Wann soll das denn serienreif sein? - Gegenruf von Marcel Scharrelmann [CDU]: Schauen Sie sich mal die Anlage bei mir in Nienburg an!)

In Niedersachsen und auch in Berlin muss sich die SPD endlich durchringen. Und wenn es sein muss, Herr Ministerpräsident, dann eben auch gegen die Widersprüche und auch gegen ihren Koalitionspartner hier in Niedersachsen.

Wir erleben hier in Niedersachsen, wie groß die Widersprüche innerhalb der rot-grünen Koalition sind. Das erleben wir bei vielen Themen. Aber bei diesem Thema - das sieht man wieder bei dieser aufgeregten Diskussion heute Morgen im Landtag - erleben wir das ganz besonders.

(Beifall bei der CDU - Anne Kura [GRÜNE]: Das ist nicht aufgeregt! - Sebastian Zinke [SPD]: Die sind so ruhig wie nie!)

Ich habe mich auch gefragt, was sich die Grünen eigentlich gedacht hatten, als man gestern nach dieser Landtagsdebatte galant versucht hat, irgendwie drum herumzureden, als sie den Post von Ministerpräsident Lies und Markus Söder auf Instagram gesehen haben.

Auf der einen Seite inszenieren Sie sich hier gemeinsam mit Markus Söder als großer Retter der Industriearbeitsplätze, posten Bilder, sprechen von Realitätssinn und Wirtschaftswende,

(Sebastian Zinke [SPD]: Es ist doch richtig so, dass der Ministerpräsident das macht!)

und Ihre Grünen erzählen hier in Ihrer Koalition permanent genau das Gegenteil.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Auf der anderen Seite steht Ihr grüner Koalitionspartner, der offenbar immer noch nicht verstanden hat,

(Zurufe von und Lachen bei den GRÜ-NEN)

dass der bisherige Kurs in der Energie-, Umweltund Verkehrspolitik Tausende Arbeitsplätze gefährdet, gerade hier bei uns im Autoland Niedersachsen.

Es geht jetzt nicht um Parteitaktik,

(Volker Bajus [GRÜNE]: Nein! - Zurufe von der SPD: Nein, gar nicht! - Sebastian Zinke [SPD]: Dann haben wir Ihre Rede bisher falsch verstanden! - Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

sondern es geht jetzt ganz klar um die Zukunft einer ganzen Industrie. Es geht um Hunderttausende Arbeitsplätze in unserem Land.

Deswegen: Setzen Sie sich in Berlin durch, setzen Sie sich bei dem grünen Koalitionspartner durch, und lassen Sie uns die Arbeitsplätze zugunsten von Niedersachsen hier im Land retten!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Gegenruf von Ulf Thiele [CDU]: Die Lautstärke ist Ausdruck eurer Schmerzen! - Weitere Zurufe)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Herr Bajus, Herr Thiele, das gilt für Sie beide: Lautstärke ist keine Frage der parlamentarischen Stärke. Deshalb sind wir jetzt mal alle ein bisschen ruhiger!

(Volker Bajus [GRÜNE]: Das ist schwer zu ertragen! - Zurufe von SPD und CDU)

- Herr Bajus, Herr Nacke, Herr Domeier!

(Wiard Siebels [SPD]: Frau Präsidentin hat recht!)

- Frau Präsidentin hat immer recht, Herr Siebels.

Für die Fraktion der SPD hat sich zu Wort gemeldet: der Abgeordnete Christoph Bratmann. Auch Sie haben elf Minuten. Bitte schön!

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

## Christoph Bratmann (SPD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die elf Minuten werde ich möglicherweise gar nicht brauchen. Ich versuche auch, den Puls mal wieder so ein bisschen im Sinne des Themas und im Sinne der Sache runterzubringen.

Zunächst einmal: Ich bin unserem Ministerpräsidenten für seinen Einsatz sowie dafür sehr dankbar, dass wir am Mittwoch unsere Position für die Diskussion in Berlin schärfen konnten, an der auch Grüne beteiligt waren, Ministerpräsident Kretschmann beispielsweise. Von daher sind auch die Grünen Teil der Lösung.

Frau Hermann, Sie haben es gesagt: Der Ton in Berlin hat sich hörbar verändert - hin zu einem lösungsorientierten, konstruktiven Miteinander und weg von ideologischen Grabenkämpfen. Das gilt allerdings - das ist in Ihrer Rede gerade leider deutlich

geworden - ausdrücklich nicht für die Niedersachsen-CDU.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Sie ist ja dafür bekannt, immer so ein bisschen hinterher zu sein.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Carina Hermann [CDU]: Sie haben es 2016 verschlafen!)

Ich kann nur sagen: Olaf Lies hat auch als Wirtschaftsminister nie ideologische Grabenkämpfe geführt, hat nie den Verbrenner verteufelt, hat die Flexibilität betont und hat sich immer im Sinne der Beschäftigten der Automobilindustrie geäußert.

(Zurufe von der CDU)

Es war aber immer klar: Das Ziel ist die Elektromobilität. Friedrich Merz hat es ja im Zusammenhang mit dem Autogipfel gesagt: "Die E-Mobilität ist die Hauptstraße." Herzlichen Dank für diese Erkenntnis! Das ist richtig. Denn eines ist klar: Das Ziel ist klar, aber der Weg muss mit Realismus und Flexibilität angepasst werden. Das ist bei diesem Autogipfel herausgekommen, und das ist gut so, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Zurufe von der CDU)

Es geht um die Massentauglichkeit im Pkw-Geschäft und um den Weg, der eingeschlagen wurde. Die deutschen Autobauer haben doch nicht Hunderte Milliarden Euro in die Transformation zur E-Mobilität gesteckt, um dann dieses Ziel irgendwann wieder abzumoderieren und zu überlegen, ob vielleicht nicht doch E-Fuels oder Brennstoffzelle oder irgendwas anderes der Antrieb der Zukunft ist. So, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ist diese Debatte von Ihnen doch immer geführt worden.

Das war falsch. Das war eine rückwärtsgewandte Debatte, weil Sie den Leuten eingeredet haben, dass es mögliche Alternativen im Pkw-Massengeschäft zur Elektromobilität gibt.

(Carina Hermann [CDU]: Die gibt es ja jetzt nicht!)

Und die gibt es eben nicht!

Es gibt Nischentechnologien. Auch das hat die CDU gesagt, das hat Friedrich Merz gesagt. Es gibt Brückentechnologien wie Plug-in-Hybride, wie Range-

Extender. Die müssen möglich sein. Das ist auch richtig.

(Christian Fühner [CDU]: Es gab auch schon mal andere Worte von Ihnen, Herr Bratmann! Das haben Sie auch schon mal anders gesagt!)

Aber das wird nicht das Massengeschäft sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das Massengeschäft wird batterieelektrisch sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Was haben wir nicht alles von Ihnen gehört? Ich glaube, es war der Kollege Hilbers, der bei einer Automobildebatte gesagt hat: Die Zukunft liegt in der Wüste Saudi-Arabiens. Weil er glaubte, Saudi Aramco wird so viel E-Fuels herstellen, dass alle Volkswagen, alle deutschen Autos nun massenhaft damit fahren werden. Dass das nicht der Fall sein wird, das sagt jeder Autoexperte, das sagen auch die Chefs der großen Autokonzerne. Das wird allenfalls eine Nischentechnologie sein.

Deshalb ist es richtig, jetzt Klarheit zu haben über die Fokussierung auf die Elektromobilität, über die Fokussierung auf den batterieelektrischen Antrieb. Denn eine Parallelentwicklung, was das Pkw-Massengeschäft angeht, können sich die deutschen Autokonzerne überhaupt nicht leisten. Auch das gehört zum Realismus.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Die Debatten über den Autoantrieb, die hier geführt wurden, fand die CDU immer dann gut, wenn möglichst oft das Wort "Technologieoffenheit" vorkommt, und einen Antrieb fand sie dann gut, wenn bei ihm noch irgendetwas verbrannt wird. Uns ging es nie um solche rückwärtsgewandten Diskussionen, sondern immer um die Zukunft unserer Automobilindustrie.

Wenn man sich jetzt in Berlin verständigt und wenn sogar Markus Söder und Olaf Lies gemeinsam Selfies machen, um diese Verständigung zu dokumentieren, dann sind wir auf einem guten Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Kein Applaus beim Koalitionspartner! - Weitere Zurufe von der CDU - Glocke der Präsidentin) Von daher ist es richtig, auf diejenigen zu hören, die am meisten vom Wandel und vor allen Dingen auch von der Krise der E-Mobilität betroffen sind. Das sind nicht nur die Führungsetagen der deutschen Automobilkonzerne, sondern vor allen Dingen die Beschäftigten. Dazu hat Christiane Benner von der IG Metall einen wichtigen Satz gesagt: "Wir brauchen den Wandel, aber wir müssen aufpassen, dass wir die Substanz für diesen Wandel nicht zerstören." Damit hat sie völlig recht. Die Substanz für den Wandel darf nicht zerstört werden. Der Wandel braucht Akzeptanz, und für den Wandel braucht es eine gewisse ökonomische Power, für den Wandel braucht es auch die Mittel, die nötig sind, um diesen Wandel zu gestalten.

Darum geht es. Deswegen ist es wichtig, dass der Weg jetzt flexibel gestaltet wird, aber das Ziel klar bleibt. Wir blicken weiterhin sehr konstruktiv und entschlossen auf unsere Automobilindustrie im Sinne des Standorts Niedersachsen, im Sinne der Beschäftigten, aber auch im Sinne der vielen Kundinnen und Kunden, die im Moment noch verunsichert sind. Sie alle brauchen Klarheit. Dieser Klarheit sind wir durch den Autogipfel ein Stück nähergekommen. Dafür bin ich unserem Ministerpräsidenten sehr dankbar.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Bratmann. - Für die Fraktion der AfD hat sich zu Wort gemeldet: der Abgeordnete Klaus Wichmann. Herr Wichmann, vereinbarungsgemäß haben Sie fünfeinhalb Minuten. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

## Klaus Wichmann (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal, Herr Ministerpräsident, stellen wir fest, dass der Bundeskanzler das Verbrennerverbot kippen will, während Sie hier am Mittwoch und heute wieder mit dem linken Märchen um die Ecke kommen, es gebe gar kein Verbrennerverbot.

Politik fängt mit der Betrachtung der Realität an. Ein faktisches Verbot *ist* ein Verbot. Punkt, aus, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der AfD)

Der Herr Bundeskanzler hat sinngemäß angekündigt, er werde mit jeder Faser seiner Existenz für eine Aufhebung dieses Verbrennerverbots kämpfen - ausgerechnet unser Bundeskanzler, der bisher praktisch jedes Wahlversprechen gebrochen hat, das er nur brechen konnte. Aber immerhin, er sagt es noch. Und dann kommen Sie hierher, Herr Ministerpräsident, und sagen nichts anderes als: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!

"Technologieoffenheit" war das große Stichwort, das Sie immer wieder gesagt haben, um doch noch irgendwie Akzeptanz zu erreichen. Aber was ist das denn für eine Technologieoffenheit, in der das Endergebnis schon fest fixiert ist? Das ist keine Offenheit, Herr Ministerpräsident, das ist Geschwurbel!

(Beifall bei der AfD)

Wenn 20 Länder - Sie haben es selber erwähnt - die Infrastruktur für E-Autos gar nicht herstellen wollen, dann ist es eben nicht deutsche Aufgabe, diese Länder umzuerziehen, sondern dann ist es die Aufgabe der Bundes- und der Landesregierung, sich noch einmal selber zu reflektieren und zu fragen, ob wir überhaupt selber auf dem richtigen Weg sind.

Ich befürchte, wir treffen uns hier spätestens 2027 wieder und stellen fest: Wir haben alles auf eine Karte gesetzt, und wir haben verloren. Adieu, Arbeitsplätze! Adieu, Zukunft! Danke, SPD! Danke, Rot-Grün!

Wir brauchen eine echte Technologieoffenheit, oder das geht in die Hose.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der SPD: Das war aber inhaltlich Wahnsinn!)

## Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Wichmann. Es ging schneller als gedacht.

(Klaus Wichmann [AfD]: Es war ja auch keine inhaltsschwere Ankündigung in der Regierungserklärung!)

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich zu Wort gemeldet: die Abgeordnete Anne Kura. Frau Kura, bitte! Ebenfalls fünfeinhalb Minuten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Anne Kura (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg\*innen! Erst einmal möchte ich noch einmal ganz klar betonen: Es ist gut, dass unser Ministerpräsident Olaf Lies sich dafür eingesetzt hat, dass Klimaneutralität, gute Industriearbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit zusammengeführt werden. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Und es ist gut und verdammt wichtig, dass es jetzt die klare Bekräftigung gibt: Die Zukunft ist das E-Auto, und entscheidend ist jetzt das massive Hochlaufen der E-Mobilität. Das ist die klare Aussage, die auch gestern kam: Der Fokus muss jetzt ganz deutlich auf der Unterstützung der E-Mobilität liegen. Und wenn unser Ministerpräsident dazu ein gemeinsames Sharepic mit Markus Söder macht, dann finde ich das total gut.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Denn das muss doch jetzt klare Priorität haben: die Unterstützung der Elektromobilität und nicht der Versuch, alte Verbrennertechnologien künstlich zu verlängern.

Deswegen - an die CDU gerichtet - finde ich es fatal, wenn die wichtigste Botschaft, die Sie von der gestrigen Diskussion mitnehmen und die Friedrich Merz weiterhin sendet, anscheinend ist, das Ziel der Klimaneutralität von Neuzulassungen ab 2035 infrage zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das ist eine ganz gefährliche Symbolpolitik der CDU - zulasten der Klimaziele, zulasten der Arbeitsplätze auch hier bei uns in Niedersachsen, zulasten der Industrie, zulasten zukunftsfähiger und bezahlbarer Mobilität.

Denn auch das ist doch jetzt noch einmal ganz klar geworden, und das hat auch Olaf Lies ganz deutlich gesagt: Wer einseitig auf Nischentechnologien setzt und den Rückwärtsgang Richtung Verbrenner einlegt, der macht es richtig teuer für Verbraucherinnen und Verbraucher und nimmt in Kauf, dass wir den Zukunftsmarkt anderen überlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deswegen noch einmal die klare Ansage: Klimaneutralität 2035 ist entscheidend für Verlässlichkeit, für Planbarkeit, für den Klimaschutz, für die Arbeitsplätze, für die Automobilindustrie.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Was wäre denn passiert, wenn man gerade hier in Niedersachsen nicht auf den Kurs Richtung Elektromobilität gesetzt hätte? Dann wären wir doch jetzt in Deutschland noch stärker abgeschrieben im Vergleich zu China, noch weiter abgehängt und würden wir den Markt anderen überlassen.

(Sebastian Zinke [SPD]: Das ist richtig! - Volker Bajus [GRÜNE]: Das ist das, was die CDU will!)

Dass der Kurs Richtung Elektromobilität funktioniert, das sehen wir heute. Ich habe gesehen, dass VW heute neue Zahlen bekanntgeben wird,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

wie viele E-Autos VW in Europa auf den Markt gebracht hat. Da werden heute noch einmal gute Zahlen vorgestellt. Da sind wir ganz vorne.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Die CDU ist eine Arbeitsplatzvernichtungsmaschine!)

Darüber sollten wir uns eigentlich alle freuen und müssen wir uns alle freuen. Denn das ist das richtige Signal, dass Zukunft funktioniert.

Deswegen ist es wichtig, dass es gestern die Verständigung gegeben hat, die Elektromobilität weiter zu unterstützen: mit einer Verlängerung der Befreiung von der Kfz-Steuer, mit einer Extraförderung für Haushalte mit kleinem oder mittlerem Einkommen. Das ist total wichtig, um das weiter zu unterstützen.

Ehrlich gesagt, ist es aber halbherzig - das ist mein Appell an die Union und an Friedrich Merz -, den Schritt zum Hochlaufen der Elektromobilität nicht konsequent zu gehen. Deswegen müssen jetzt - das haben wir hier vorgestern gemeinsam gefordert - günstige Ladestrompreise folgen. Das ist nicht nur für die Verbraucherinnen und Verbraucher wichtig, sondern auch für die Produktion.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wichtig ist auch, dass es eine klare Verständigung gibt, wie man die Batteriezellenfertigung hier in

Deutschland weiter unterstützt, damit wir uns auch da nicht von anderen abhängig machen.

Ich möchte noch mal ganz klar betonen: Wenn wir sagen, das Hochlaufen der Elektromobilität ist das Entscheidende, dann müssen wir das komplett machen, dann dürfen wir das nicht halbherzig machen, und dann darf die Union dabei auch nicht weiter auf der Bremse stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Heiko Sachtleben [GRÜNE]: Und das mit voller Kraft!)

Wer es wirklich ernst damit meint zu sagen: "Wir machen das, wir bringen das zusammen: Klimaschutz, gute Arbeitsplätze, einen starken Industriestandort Deutschland und hier in Niedersachsen für unsere Automobilindustrie!", der setzt weiter auf Elektromobilität, der sendet dieses Signal auch ganz klar nach Brüssel und beendet die Verunsicherung. Das müssen wir ganz deutlich machen, und das werden wir auch weiterhin einfordern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Frau Kura, einen Moment, bitte! Lassen Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Hermann zu?

(Anne Kura [GRÜNE]: Jetzt bin ich fertig!)

Die CDU hat noch eine Restredezeit, die der Abgeordnete Marcel Scharrelmann begehrt. Er hat 2:29 Minuten. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

#### Marcel Scharrelmann (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, vor dem Autogipfel beim Bundeskanzler haben Sie gemeinsam mit Markus Söder im *Handelsblatt* einen Gastkommentar verfasst. Die Überschrift war: "Ein neuer Realitätssinn für Deutschlands Auto-Zukunft". Das haben wir eben noch mal sehr deutlich gehört.

Sie sprechen davon, den Weg zur Klimaneutralität technikfreundlich zu beschreiten und pragmatisch Brücken zu bauen. Plug-in-Hybride und Range-Extender können gezielt einen Beitrag leisten und müssen auch nach 2035 noch zugelassen werden. Das ist die Realität, die der Ministerpräsident gestern geäußert hat, und diese Realität unterstützen wir.

(Beifall bei der CDU)

Aber, Herr Ministerpräsident, haben Sie diese Position eigentlich vorher mal mit Ihrem SPD-Fraktionschef im Bundestag und Ihrem eigenen Bundesumweltminister abgestimmt? Anscheinend nicht, denn die haben Sie vorgeführt und Ihre Vorschläge einfach ignoriert. Sie liegen am Gängelband Ihrer linken Öko-Genossen in Berlin, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD - Immacolata Glosemeyer [SPD]: Mannomann! Ihr habt ja so einen Schiss vor links, vor der Sozialdemokratie! - Weitere Zurufe von der SPD - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Immerhin wissen wir in Niedersachsen jetzt eines: Ihr Einfluss in Berlin ist so groß wie die Chance, dass Gerhard Schröder den Friedensnobelpreis bekommt.

(Beifall bei der CDU)

Sie stellen sich auf Augenhöhe mit Markus Söder,

(Sebastian Zinke [SPD]: Das gefällt Ihnen nicht so richtig, ne?)

haben aber nicht die Kraft, sich bei Ihrem eigenen grünen Koalitionspartner in Niedersachsen durchzusetzen. Keine eigene Initiative wie Bayern mit dem 200-Millionen-Euro-Programm für die Autoindustrie, kein eigener niedersächsischer Autogipfel, wie wir ihn als CDU-Fraktion bereits im März veranstaltet haben!

(Immacolata Glosemeyer [SPD]: Der hat's ja auch gerade gebracht! - Sebastian Zinke [SPD]: Nur weil Sie nicht dabei sein durften!)

Keine Initiativen, Herr Ministerpräsident, sondern viele Worte hier in diesem Kreis, die aber nicht zu einem Ergebnis für die vielen Tausend Arbeitsplätze führen, die darauf warten! Die Familien, die dahinterstehen, machen sich Sorgen um ihre Arbeitsplätze.

(Sebastian Zinke [SPD]: Nur weil Sie nicht ins Kanzleramt durften!)

Wir erwarten von Ihnen konkretes Handeln, Herr Ministerpräsident, und nicht einfach nur Worthülsen!

(Beifall bei der CDU)

Zeigen Sie uns Ihr Programm auf, damit die Leute wissen, was mit ihrem Arbeitsplatz in Zukunft passiert!

(Beifall bei der CDU - Immacolata Glosemeyer [SPD]: Seien Sie sich sicher, dass er darüber Gespräche führt!)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass ich die Aussprache zu der Unterrichtung des Ministerpräsidenten hiermit beende.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 28:

### **Fragestunde**

Die für die Fragestunde geltenden Regelungen unserer Geschäftsordnung setze ich als bekannt voraus.

Ich erinnere daran, dass sich der Ältestenrat in seiner 14. Sitzung am 31. Januar 2024 darauf verständigt hat, dass ein fraktionsloses Mitglied des Hauses pro Tagungsabschnitt insgesamt eine Zusatzfrage stellen kann und für die Aussprache insgesamt eine Redezeit von einer Minute erhält. Diese Redezeit gilt unabhängig davon, ob die Landesregierung die für sie vorgesehene Redezeit von 15 Minuten einhält.

Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen möchten.

Wir beginnen mit:

a) Forschung in angespannten Zeiten - welche Rolle spielt Niedersachsen? - Anfrage der Fraktion der SPD - Drs. 19/8540

Die Anfrage wird vorgetragen von der Abgeordneten Annette Schütze. Frau Schütze, bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

## Annette Schütze (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

"Forschung in angespannten Zeiten - welche Rolle spielt Niedersachsen?"

Die aktuelle Sicherheitslage ist global angespannt. Die Konflikte im Nahen Osten und in der Ukraine führen auf vielfältige Weise zu einem Wandel im Denken und Handeln - auch in der Forschung. Waren die vergangenen Jahre sowohl in der kommerziellen als auch in der universitären Sicherheitsforschung dadurch geprägt, dass es klare Grenzen und Aufträge gab, so findet nun ein Umdenken statt - sowohl im Bereich des Transfers als auch bei der staatlichen Unterstützung.

Dabei muss unterschieden werden, ob es sich um rein kommerzielle Sicherheitsforschung handelt, die weitestgehend in der Rüstungsindustrie angesiedelt ist, oder um außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die auch auf universitäre Infrastrukturen zurückgreifen. Beide Bereiche rücken verstärkt immer weiter in den Fokus.

Die Bundesregierung hat im Juli dieses Jahres mit der "Hightech Agenda Deutschland" das Thema Sicherheits- und Verteidigungsforschung aufgegriffen. Dort heißt es: "Das Ziel muss integrierte Sicherheit im Sinne der Nationalen Sicherheitsstrategie sein, die nach innen und nach außen wirkt und der Bandbreite der Sicherheitsrisiken Rechnung trägt auch den mittel- und langfristigen. Es braucht technische Innovationen ebenso wie eine resiliente Gesellschaft, um die Sicherheit in Deutschland auch in Zukunft als Grundlage für Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten."

Hinzu kommt eine akute Bedrohungslage für universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen durch hybride Gefahren, wie etwa Hackerangriffe. Auch daraus ergeben sich Fragen zur Forschungssicherheit.

Daher stellen wir folgende Fragen:

- 1. Wie unterstützt die Landesregierung die Sicherheitsforschung in Niedersachsen?
- 2. Welche Rolle können Forschungseinrichtungen in Niedersachsen spielen, um zur Verbesserung der Sicherheitslage der Bundesrepublik beizutragen?
- 3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um universitäre Forschungseinrichtungen vor Angriffen zu schützen?

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Frau Schütze. - Für die Landesregierung möchte antworten: der zuständige Minister für Wissenschaft und Kultur, Falko Mohrs. Herr Mohrs, bitte!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Vielen herzlichen Dank. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Schütze, zunächst will ich unterstreichen und Ihnen recht geben: Die Lage hat sich wesentlich verändert. Wenn man sich anschaut, dass das deutsche Wohlstandsmodell in den letzten Jahrzehnten an vielen Stellen wesentlich auf drei Säulen beruht hat - nämlich billiger Energie aus Russland, billigen Waren aus China und billiger Sicherheit aus den USA -, dann muss man sagen: Dieses Wohlstandsmodell entspricht nicht mehr der Realität. Sie hat sich wesentlich verändert. Die Partner sind unzuverlässiger geworden.

Wir haben eine Neuaufstellung, der wir uns stellen müssen. Dabei spielt, wie Sie es angesprochen haben, auch die Frage der Forschung eine ganz entscheidende Rolle, und zwar in beiden Richtungen: auf der einen Seite die Sicherheit der Forschung und auf der anderen Seite die Forschung für Sicherheit und Verteidigung. Unser Ministerpräsident Olaf Lies hat das in seiner ersten Regierungserklärung auch deutlich gemacht. Er hat nämlich gesagt: Wir haben an dieser Stelle die Aufgabe, das, was es in Niedersachsen bereits gibt, weiter zu stärken und weiter aufzubauen. Und genau das tun wir, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Wenn ich mir anschaue, dass wir in Niedersachsen beispielsweise im Bereich der Quantenforschung, der Luft- und Raumfahrt, der Lasertechnik, der Cybersecurity - und damit in höchst relevanten Forschungsbereichen - bereits sehr gut und sehr stark aufgestellt sind, und ich Ihnen dann noch mitteilen kann, dass wir zusammen mit der Volkswagen-Stiftung im Rahmen des Programms zukunft.niedersachsen allein diese eben von mir genannten Bereiche in den letzten Jahren mit über 1 Milliarde Euro unterstützt haben, dann sehen Sie sehr deutlich, dass das für uns nicht nur ein Versprechen, sondern bereits harte und gelebte Realität ist.

Wir haben als Landesregierung mit unserem Ministerpräsidenten einen Sicherheitspolitischen Dialog initiiert, in dem die verschiedensten Akteure des Staates mit der Bundeswehr, mit anderen Partnern, mit der Zivilgesellschaft, mit den Hochschulen, mit Unternehmen eine Debatte darüber führen, wie wir

unsere unterschiedlichen Aktivitäten und Verantwortlichkeiten besser miteinander verschränken, besser miteinander abstimmen können und damit unserer Verantwortung im Sinne unserer Sicherheit in Niedersachsen effektiver gerecht werden.

Wir sehen auch, dass unsere Hochschulen - die Abgeordnete Schütze hat es richtigerweise angesprochen - beim Thema der Sicherheit, der Sicherheitsforschung, der Verteidigungsforschung in den letzten Jahren, wie ich glaube, ganz neue Blickrichtungen eingenommen haben und dass eine Offenheit dafür besteht, die es in der Vergangenheit vielleicht nicht überall gab. Denn es ist klar, dass dies eine gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung ist.

In Zeiten einer hybriden Kriegsführung insbesondere von innen - von rechts -, aber auch von außen - von Mächten wie Russland, vom Iran, von China - sind damit auch Fragen des sogenannten Dual Use von Wissenschaft bedeutsam, also: Was ist sozusagen hart sicherheitsrelevant, und was ist eigentlich in anderen Zusammenhängen, aber auch für die Sicherheit relevant? Diese Grenze lässt sich eigentlich kaum noch ziehen. Angesichts hybrider Bedrohungen bekommen bestimmte Bereiche der Wissenschaft, wie zum Beispiel der Geisteswissenschaften, die sich um die Resilienz einer Gesellschaft kümmern, plötzlich eine ganz andere Bedeutung und stellen sich vielleicht Fragen, die für diese Bereiche in der Vergangenheit noch nicht so relevant waren.

Wir haben in der außeruniversitären Forschung insbesondere in den Bereichen, die ich eben aufgezeigt habe, ganz starke und entscheidende Partner in Niedersachsen. Ich will nur beispielsweise die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung, die Fraunhofer-Gesellschaft und auch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt mit den Standorten Braunschweig und Trauen nennen. Ich werde noch darauf zurückkommen.

Beispielsweise hat das DRL jüngst angekündigt, seine Forschungsaktivitäten am Forschungsflughafen Braunschweig zum Thema Drohnen zu intensivieren. Das ist, wie Sie sehen, ein Ausfluss dessen und ein Beitrag dazu, was für uns in Niedersachsen wichtig ist. Das ist etwas, wo wir in Hub-Strukturen denken. Damit wollen wir Initiativen unterstützen, damit Orte entstehen, wo die Zusammenarbeit von außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit den Hochschulen und den Bedarfsträgern - beispielsweise der Bundeswehr, der Industrie - vorangetrieben wird.

Ich möchte Ihnen auch unsere medizinischen Forschungseinrichtungen nennen, die sich bereits in Kooperationen befinden, wenn es beispielsweise um die Ausbildung von Sanitätsoffizieren, um den Ausbau der Kooperation mit Bundeswehrkrankenhäusern - ich kann Ihnen sagen, dass da mehr in Arbeit ist - oder darum geht, die Versorgung sicherzustellen.

Dies vorausgeschickt, möchte ich Ihre Fragen noch weiter konkretisieren.

Zu Ihrer ersten Frage will ich deutlich machen, dass wir - ich habe es angesprochen - im Sicherheitspolitischen Dialog in einem engen Austausch mit der Landeshochschulkonferenz und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen stehen. Eine der Maßnahmen, die wir gemeinsam abgestimmt haben, ist, dass wir die "Leitlinien zur Transparenz in der Forschung" aus dem Jahr 2015 aufgehoben haben. Jetzt kann man fragen: Was ist daran bedeutsam? Warum haben Sie das gemacht? Das liegt daran, dass damit erstens Vereinfachung, also Bürokratieabbau, verbunden ist und zweitens ein neuer Schutz davor entsteht, dass Wissen nicht in die falschen Hände gerät, weil es hier transparent gemacht wird. Auch das ist, glaube ich, ein Beweis dafür, dass sich das Bewusstsein dafür bei allen Beteiligten deutlich geändert hat.

Des Weiteren - ich habe es bereits angesprochen - unterstützen wir intensiv die Bereiche Quantentechnologie, Cybersicherheit, Laserforschung und Luft- und Raumfahrt und damit genau die Bereiche, die für die zivile und militärische Sicherheit sehr bedeutsam sind.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Auch befinden wir uns mit anderen Ländern im Forschungsverbund des DLR zu Echtzeitsystemen für die maritime Sicherheit und wollen dies weiter ausbauen. Wir stärken die Standorte des DLR. Wir investieren in den nächsten Jahren über 1 Milliarde Euro ganz besonders auch in die Bereiche, die für die Forschung im Bereich der Sicherheit in Niedersachsen eine maßgebliche Rolle spielen.

Auf Ihre zweite Frage möchte ich antworten, dass mit Blick auf Dual Use - ich habe es angesprochen - die Trennung zwischen "Was ist sicherheitsrelevant?" und "Was ist nicht sicherheitsrelevant?" inzwischen eigentlich gar nicht mehr aktuell ist. Die Grenzen verschwimmen. Die Bereiche sind miteinander verschränkt. Deswegen ist es richtig, dass wir die Frage der Sicherheit integriert denken.

Beispielsweise spielen unsere medizinischen Forschungseinrichtungen eine wichtige Rolle mit Blick auf den OPLAN Deutschland. Die MHH spielt gerade auch mit ihrem Schwerpunkt im Bereich der Transplantationsmedizin und im Bereich Infektionen eine entscheidende Rolle im Fall der Fälle. Weitere bedeutsame Institutionen sind beispielsweise die Deutsche Sammlung von Mikroorganismen, das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung, das Deutsche Primatenzentrum, das Fraunhofer-Institut für Toxikologie. All das sind Bereiche, die beispielsweise mit Blick auf die Lebenswissenschaften höchst relevant sind.

Zu Ihrer dritten Frage: Wie schützen wir unsere Forschungseinrichtungen, und wie sichern wir die Sicherheit von Forschung?

Es gibt auf der einen Seite wiederum Forschungsaktivitäten im Bereich der Cybersicherheit, etwa mit dem Aufbau des Standorts des CISPA, also des Helmholtz-Zentrums für Informationssicherheit, hier in Hannover. Wir haben den "Digital Innovation Campus KI und Sicherheit" ausgebaut. Wir investieren stark in das Deutsche Forschungszentrum für KI, also das DFKI. All das sind Aktivitäten, mit denen wir in die Forschung zur IT-Sicherheit investieren. Wir haben auch ein Verbundvorhaben mit unseren Hochschulen -Hochschule.digital Niedersachsen - aufgebaut, im Rahmen dessen wir alleine 10 Millionen Euro darin investieren, dass die Resilienz in der Frage der IT-Sicherheit weiter gestärkt wird.

Sie sehen, wir setzen hier auf Netzwerke und Kooperationsmodelle, die standortübergreifend und landesweit maßgeblich zur Sicherheit der Forschung beitragen.

Dazu gehört auch der Schutz vor Sabotage und Spionage. Hierzu gibt es gemeinsame Formate mit den Sicherheitsdiensten und Partnern, die wir innerhalb des Landes Niedersachsen und darüber hinaus haben, um im Sinne der Empfehlungen des Deutschen Wissenschaftsrates bei allen Beteiligten ein neues Bewusstsein hierfür zu schaffen.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Für uns ist die Frage der Forschungssicherheit *und* der Sicherheit in der Forschung in Niedersachsen entscheidend. Genau auf diesem Weg werden wir weitermachen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Minister Mohrs. - Zu einer ersten Zusatzfrage seitens der CDU-Fraktion hat sich zu Wort gemeldet: der Abgeordnete Lukas Reinken. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

## Lukas Reinken (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister, vor dem Hintergrund, dass Sie gestern in einem *Rundblick*-Interview erläutert haben, dass die Politik durchaus das Recht habe, Hochschulen mitzuteilen, wo die Politik einen besonderen Bedarf an Forschung sieht - Sie haben dort als Beispiele den Klimaschutz und die Automobilindustrie genannt -, frage ich Sie, ob Sie den Hochschulen in Niedersachsen mitteilen werden, dass es einen erhöhten Bedarf an Sicherheitsund Militärforschung auch in Niedersachsen geben wird.

(Beifall bei der CDU)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Bitte schön, Herr Mohrs!

(Ulrich Watermann [SPD]: Vermutlich wissen die das auch so!)

Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Zum einen gebe ich dem Abgeordneten Watermann recht, dass dieses Bewusstsein bei den Hochschulen ohnehin vorhanden ist.

Zum anderen kann ich Sie, Herr Reinken, glaube ich, insofern mehr als beruhigen, als diese Gespräche nicht nur stattfinden werden, sondern bereits laufen, wie ich Ihnen eben auch mitgeteilt habe. Es gibt sowohl mit den Hochschulen individuell, gerade auch mit den Technischen Universitäten, aber auch mit der gesamten Landeshochschulkonferenz hierzu bereits seit Monaten - ich könnte eigentlich sagen: seit Jahren - Gespräche, die zu den konkreten Maßnahmen geführt haben. Ganz konkret: Ja, diese Gespräche finden statt, und das bereits schon seit Längerem.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Minister. - Zu einer Zusatzfrage für die SPD-Fraktion hat sich zu Wort gemeldet: die Abgeordnete Annette Schütze.

#### Annette Schütze (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Lieber Minister Mohrs, Forschung kostet natürlich immer Geld. Deswegen frage ich Sie: Welche Forschungsgelder gibt es für die Sicherheitsforschung? Denn ohne Geld wird Forschung nicht möglich sein. Also: Wie viel Geld gibt das Land Niedersachsen aus, und wohin fließt, möglicherweise, das Geld? - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Herr Minister, bitte!

**Falko Mohrs**, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Abgeordnete Schütze, es gibt in der Tat drei Quellen, auf die ich fokussieren würde.

Zu nennen ist, wie gesagt, erstens das Programm zukunft.niedersachsen, unser größtes Programm, in dessen Rahmen wir in den ersten Jahren bereits weit über 1 Milliarde Euro investiert haben, unter anderem in die von mir genannten Bereiche IT-Sicherheit/Cyber-Sicherheit, aber auch gerade in den Bereich der Lebenswissenschaften. Quantentechnologie ist ein weiteres Themengebiet, in das wir massiv investiert haben. In diese Bereiche fließt bereits jetzt aus zukunft.niedersachsen Geld.

Zum Zweiten stärken wir die entsprechenden Standorte investiv: mit Investitionen in Forschungsgebäude, in die Infrastruktur, die dort benötigt wird.

Zum Dritten haben wir in der Hightech Agenda mit dem Bund verankert, dass der Bereich der Sicherheitsforschung eine neue Relevanz hat. Wir arbeiten dort gemeinsam an der Frage solcher Hub-Strukturen.

Und wir sind auch in Gesprächen mit den Bundesministerien, die für den Bereich der Sicherheit und Verteidigung verantwortlich sind und damit ein großes Interesse daran haben.

Das sind die drei Stränge, aus denen wir die Finanzierung organisieren und sicherstellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Danke schön, Herr Minister. - Eine Zusatzfrage für die Fraktion der AfD möchte gerne die Abgeordnete Jessica Schülke stellen. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

## Jessica Schülke (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Wie bewertet die Landesregierung, wie bewerten Sie, Herr Minister Mohrs, den angestrebten Abbau von Hemmnissen, die zivil-militärische Forschungskooperationen erschweren, vor dem Hintergrund, dass zugleich der Wissenschaftsstandort Deutschland als sicherer Hafen der Wissenschaftsfreiheit positioniert werden soll? - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Danke schön. - Herr Minister antwortet.

Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Frau Schülke, ich sehe da überhaupt keinen Widerspruch. Sie müssen verstehen, dass es insbesondere im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsforschung darum geht, sowohl sicherheitsüberprüfte Infrastrukturen als auch sicherheitsüberprüftes Personal zu haben. All das ist geregelt. All das finden Sie in vielen Fällen vor allem in der außeruniversitären Forschung, weil dort andere Personalstrukturen vorherrschen, die sicherstellen können, dass dort sicherheitsüberprüftes Personal eingesetzt wird.

Das haben Sie grundsätzlich weniger an Hochschulen. Deswegen ist das, was ich eben angesprochen habe, entscheidend, nämlich, dass wir in Netzwerken denken und deswegen beispielsweise Infrastruktur im außeruniversitären Bereich nutzen und dafür öffnen, damit auch die sicherheits- und verteidigungsrelevante Forschung der Hochschulen dort und in Zusammenarbeit stattfinden kann.

Das steht in keinerlei Widerspruch dazu, dass wir uns parallel darum bemühen, die klügsten Menschen - egal, ob sie aus Deutschland oder aus dem Ausland kommen - hierherzubringen. Denn die Frage von technologischer Souveränität und - damit verbunden - Wettbewerbsfähigkeit ist maßgeblich

dafür, dass wir unsere Werte behaupten können. Insofern ist das überhaupt kein Widerspruch, sondern passt zusammen. Und genau so werden wir das weiter betreiben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Minister. - Zu einer Zusatzfrage für Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich zu Wort gemeldet: die Abgeordnete Schneider. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

## Pippa Schneider (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, welche Anforderungen stellt denn die Sicherheits- und Verteidigungsforschung an unsere Hochschulen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Herr Minister, bitte schön!

Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Abgeordnete Schneider, in der Tat - ich glaube, ich kann an das anknüpfen, was ich eben schon etwas angeschnitten habe - ist es wichtig, dass wir dort, wo es um Forschung im Bereich von Sicherheit und Verteidigung, beispielsweise in Kooperation mit der Bundeswehr, geht, auf viele Stellen sicherheitsüberprüftes Personal setzen und eine Infrastruktur haben, die darauf ausgerichtet ist. Das betrifft sowohl die baulichen Infrastrukturfragen, aber natürlich auch Fragen der IT-Sicherheit.

Das sind die Voraussetzungen, die teilweise schon vorhanden sind, beispielsweise dort, wo Kooperationen stattfinden. Ein Beispiel dafür ist die Jade-Hochschule in Wilhelmshaven, wo bereits intensive Kooperationen stattfinden und die zumindest in Teilen über so etwas verfügt.

Wir haben das sehr viel stärker im außeruniversitären Bereich. Und das ist einer der Belege dafür, dass wir kein Schranken- oder Silodenken praktizieren, sondern vielmehr beispielsweise schauen, wo wir diese Infrastrukturen haben, die wir nutzen kön-

nen, um entsprechende Forschung an den Hochschulen oder auch in Kooperation mit den Hochschulen zu ermöglichen. Ich glaube, so kommen wir dahin, dass die Anforderungen erfüllt werden können.

Das ist der Weg, den wir debattieren und den wir auch in der Logik dieser Hubs, die in der Hightech Agenda angesprochen sind, implementiert haben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Die zweite Zusatzfrage für die Fraktion der CDU stellt der Abgeordnete Lukas Reinken.

(Beifall bei der CDU)

## Lukas Reinken (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, vor dem Hintergrund, dass Sie gerade auch das Thema Cybersicherheit in Forschungseinrichtungen angesprochen haben, möchte ich Sie fragen, inwiefern Sie einen Anstieg beim Abgreifen oder Diebstahl von geistigem Eigentum insbesondere aus Ländern wie China beobachten und was Sie dagegen unternehmen.

(Beifall bei der CDU)

## Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Reinken. - Der Minister antwortet.

Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Reinken, in der Tat müssen wir in diesem Bereich - wie überall, glaube ich -, insbesondere aus den von mir vorhin genannten Ländern - Sie haben China erwähnt; zu nennen sind auch Russland und Iran - eine zunehmende Anzahl von Attacken sowohl im digitalen Bereich als auch darüber hinaus, Stichwort "UMID", feststellen.

Wir agieren und reagieren darauf, indem wir die Hochschulen intensiv beraten. Wir sind dabei, mit der Landeshochschulkonferenz Informationsveranstaltungen für alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu organisieren. Wir stärken die Strukturen an den Hochschulen, die hierzu beraten können. Das ist der Weg, den beispielsweise der Wissenschaftsrat in seinem Positionspapier definiert hat. Darin beschreibt er, wie in einer Stufigkeit agiert

werden kann: beginnend bei der Bewusstseinsschaffung, also der Sensibilisierung, bis hin dazu, dass Infrastrukturen wie diese Hub-Systeme aufgebaut werden können. Das machen wir uns zu eigen.

Insofern sind die Empfehlungen des Wissenschaftsrates hierzu Handlungsleitlinien für uns in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Minister. - Für die zweite Zusatzfrage der AfD-Fraktion hat sich zu Wort gemeldet: die Abgeordnete Jessica Schülke. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

#### Jessica Schülke (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Werter Herr Minister Mohrs, werte Landesregierung, zu den Aufgaben der in die "Hightech Agenda Deutschland" einzubringenden Geistes- und Sozialwissenschaften gehört unter anderem - so steht es dort - der "Umgang mit aktuellen inneren wie äußeren Bedrohungen für demokratische Gesellschaften, etwa durch demokratie- und menschenfeindliche Ideologien und Einstellungen". Gehören nach Einschätzung des Ministeriums auch der Linksextremismus, der Islamismus sowie die illegale Massenmigration zu diesen inneren und äußeren Bedrohungsphänomenen für das demokratisch verfasste deutsche Gemeinwesen? - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Ulrich Watermann [SPD]: Nein, der Rechtsradikalismus!)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Bitte schön, Herr Minister! Nicht so schüchtern!

Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur

Um Gottes willen! Sie sind eine der Ersten, die mir das unterstellen.

(Heiterkeit)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung hat die klare Auffassung, dass alles, was gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstößt, in den Bereich des Extremismus fällt. Das sind wesentliche Prinzipien des Rechtsstaates und der Demokratie. Das ist unsere Antwort darauf.

Und wer dagegen verstößt, das müssten Sie sich beispielsweise selber fragen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die zweite Zusatzfrage für die Fraktion der SPD stellt die Abgeordnete Annette Schütze.

(Beifall bei der SPD)

#### Annette Schütze (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Lieber Minister Mohrs, es gibt ja in Niedersachsen Universitäten wie Göttingen oder Oldenburg, die sich selbst Zivilklauseln gegeben haben. Wie gehen wir mit diesen Zivilklauseln beim Thema Sicherheit um?

(Beifall bei der SPD)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Herr Minister antwortet.

Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Frau Abgeordnete Schütze, in der Tat ist es so, wie Sie erwähnt haben, dass es an diesen Hochschulen Zivilklauseln gibt. Die Auffassung der Landesregierung ist, dass wir den Hochschulen weder vorschreiben, diesen Weg zu gehen - also sich Zivilklauseln zu geben -, noch es ihnen verbieten wollen. Das wäre nach unserer Auffassung übrigens auch nicht verfassungskonform, weil die Freiheit der Wissenschaft im Grundgesetz garantiert ist.

Das heißt übrigens nach unserer Auffassung auch, dass wahrscheinlich im individuellen Fall eines Wissenschaftlers oder einer Wissenschaftlerin, der oder die solche Forschungsaktivitäten an den von Ihnen genannten Hochschulen betreibt, diese dazu auch das verfassungsmäßige Recht haben - unabhängig davon, ob es solche Klauseln gibt. Das ist unsere Auffassung.

Insofern gehen wir nicht den Weg wie andere Bundesländer, die vorschreiben, dass man kooperieren muss. Auch das widerspricht unserer Auffassung nach der Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Ich glaube, es ist, ehrlich gesagt, auch viel wir-

kungsvoller, hierfür in guten Gesprächen ein Bewusstsein zu schaffen, Aktivitäten anzureizen und weder zu verbieten noch zu gebieten. Das ist unsere Auffassung in diesem Fall.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Minister.

Weitere Anmeldungen zu Zusatzfragen liegen mir nicht vor, sodass ich die Aussprache mit der Fraktion der SPD eröffne. Frau Schütze, bitte!

(Beifall bei der SPD)

#### Annette Schütze (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Sicherheit ist in Gefahr. Seit dem Ende des Kalten Krieges war die Sicherheitslage in Europa nicht mehr so angespannt wie heute. Die lange Friedenszeit in Europa ist vorbei. Mit dem Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 ist unsere europäische Sicherheitsarchitektur ins Wanken gekommen. Deshalb ist ein Umdenken notwendig.

Gerade die aktuellen Entwicklungen beunruhigen uns alle erheblich. Seit Ende September häufen sich die Vorfälle von Drohnensichtungen an Flughäfen: erst in Oslo und Kopenhagen, dann überall in Europa. Auch an vielen deutschen Flughäfen - wie Frankfurt, Köln/Bonn oder Berlin - nehmen die Drohnenaktivitäten zu. Erst am vergangenen Wochenende musste der Flugbetrieb am Flughafen München binnen 24 Stunden gleich zweimal komplett eingestellt werden. Diese Entwicklung können und dürfen wir nicht ignorieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur die Bundeswehr und die Polizei müssen aktiv alle Möglichkeiten nutzen, um uns zu schützen, sondern auch die Wissenschaft. Ein wichtiger Baustein der Sicherheitsforschung ist die Drohnenabwehr; Herr Minister Mohrs hat es schon erwähnt. Erst vergangene Woche wurde der Start des Projekts "CUSTO-DIAN" am Braunschweiger Standort des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt verkündet. Ziel des Projektes ist es, Methoden zu entwickeln, um Drohnen zu orten, zu verfolgen und unschädlich zu machen. Damit wird meine Heimatstadt zu einem Zentrum der Forschung zur Drohnenabwehr. Dieses aktuelle Beispiel ist ein Zeichen dafür, dass Forschungseinrichtungen in Niedersachsen bereit sind,

in diesen angespannten Zeiten zu unserer Sicherheit beizutragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch andere Forschungsgebiete wie KI- oder Quantenforschung bieten Potenziale für die Sicherheitsforschung und werden bereits durch das Land Niedersachsen gefördert. Ihre Ergebnisse, die sowohl für den zivilen Einsatz als auch für Sicherheitsinteressen genutzt werden können, zeigen, dass eine klare Trennung dieser Bereiche heute kaum noch möglich ist. Auch das hat Minister Mohrs vorhin schon erwähnt.

Aber: An deutschen Universitäten gilt nach wie vor die Wissenschaftsfreiheit. Das ist gut und richtig, denn Forschung darf nicht instrumentalisiert werden. Wenn Forschende sich dazu entscheiden, Sicherheitsforschung zu betreiben, dann müssen wir sie dabei unterstützen, und sie müssen dies sicher tun können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Sicherheit und die Forschung und Entwicklung in diesem Bereich sind ein sensibles Thema. Insbesondere Hackerattacken haben in der letzten Zeit zu erheblichen Verunsicherungen geführt. Immer wieder kommt es zu Spionageangriffen auf deutsche Universitäten und Wissenschaftszentren. Deshalb müssen wir Forschungseinrichtungen dabei unterstützen, sich vor Cyberangriffen zu schützen. Gemeinsam mit der Bundesregierung, die mit der "Hightech Agenda Deutschland" ein Programm zur Sicherheits- und Verteidigungsforschung aufgelegt hat, wollen wir dafür sorgen, dass die Wissenschaft auch in Niedersachsen einen Beitrag für unsere Sicherheit leisten kann.

Damit ist festzuhalten: Die Sicherheitsforschung hat in Niedersachsen einen festen Platz und kann und soll einen Beitrag dafür leisten, damit wir uns gerade in diesen Zeiten in unserem Land sicherfühlen können.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

## Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Frau Schütze. - Für die Fraktion der AfD hat sich in der Aussprache zu Wort gemeldet: die Abgeordnete Jessica Schülke. Bitte schön, Frau Schülke!

(Beifall bei der AfD)

## Jessica Schülke (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Diese Fragestunde, eingebracht von der SPD-Fraktion, gibt uns die Möglichkeit, die Ausrichtung der rot-grün-schwarzen Wissenschaftspolitik offen zu diskutieren. Dies begrüßt die AfD-Fraktion.

Denn in Zeiten globaler Konflikte, die sich auch auf unser Land auswirken, brauchen wir hauptsächlich nationale Stärke, Zusammenhalt und Souveränität. Auch hier bewegen sich sowohl die Bundesregierung als auch unsere Niedersächsische Landesregierung auf dünnem Eis. Unsere Universitäten und Institute hätten das Potenzial, Technologien zum Beispiel gegen Cyberbedrohungen und Spionage zu entwickeln, wären sie unabhängig von EU-Diktaten oder linksideologischen Vorgaben.

Die AfD fordert: Investieren Sie in Forschung, die Bürger schützt und Wohlstand für unser Land schafft, statt Ressourcen für Klima-, Gender- oder Multikulti-Projekte zu vergeuden!

(Beifall bei der AfD)

Und sorgen Sie vor allem dafür, dass die führenden Ebenen in der Wirtschaft nicht weiter politisiert werden!

Werfen wir einen Blick auf die "Hightech Agenda Deutschland", auf die sich die heutige Fragestunde bezieht. Im Vorfeld klingt diese sogar fortschrittlich. Ich zitiere:

> "Forschung birgt die Chance in sich, unheilbare Krankheiten heilbar zu machen oder für komplexe Fragen der nationalen Sicherheit Lösungswege aufzuzeigen."

Und:

"In Zeiten scharfer geopolitischer Konflikte macht uns technologischer Erfolg unabhängig und stark."

Schön gesagt, aber an der Realität vorbei.

Die Hightech Agenda setzt auf sechs Schlüsseltechnologien. Dabei wird gleich in mehreren Bereichen der Fokus zum Beispiel auf klimaneutrale Energieerzeugung sowie klimaneutrale Mobilität gesetzt. Diese verschlingen Milliarden, sind unrealistisch, wirtschaftlich unrentabel und tragen wenig Sinnvolles zur angestrebten Verteidigung unseres Landes bei.

Doch es geht noch schlimmer: Geistes- und Sozialwissenschaften sollen im Sinne der Militarisierung der Gesellschaft und des wissenschaftlichen Arbeitens in noch höherem Maße ideologisch aufgeladen werden. Prioritäre Vorhaben ihrer Hightech Agenda, wie zum Beispiel Extremismusbekämpfung oder der Schutz von Demokratie- und Wertesystemen, dienen klar der Zensur von Positionen und Haltungen, die von der Regierungslinie abweichen.

(Dr. Silke Lesemann [SPD]: Was erzählen Sie denn da? Das ist ja völlig am Thema vorbei! - André Bock [CDU]: Was erzählen Sie da für einen Blödsinn?)

- Seite 44, lesen Sie es bitte nach!

Parallel dazu wird ein gleichstellungstarkes und inklusives Wissenschaftssystem propagiert. Und wieder: Quote statt Kompetenz, Multikulti statt Meritokratie und Fortschritt.

(Ulrich Watermann [SPD]: So was nennt man Ideologie!)

Meiner Meinung nach ist das gesamte Dokument ein Trojanisches Pferd: nach außen große Worte, nach innen Rückschritt. - Ich nenne Ihnen gerne die Seiten, denen ich das entnommen habe.

Sowohl der Antrag zu dieser Fragestunde als auch die gesamte Hightech Agenda offenbaren die Hilflosigkeit der verantwortlichen Kartellparteien und das tiefe Dilemma, in dem Sie stecken. Denn Sie können längst nicht mehr erklären, wofür genau Ihre Politik überhaupt noch steht.

(Ulrich Watermann [SPD]: Sie können erklären, was Sie machen, oder?)

Werte Kollegen, sollte es bei der Hightech Agenda jedoch ernsthaft um die Verteidigung der inneren und äußeren Sicherheit unseres Landes oder zum Beispiel unsere Universitäten und Institute gehen, dann doch bitte ohne Gleichstellungsbeauftragte und ohne links-grünes Korsett!

Wir, die AfD, setzen immer wieder die gleichen Prioritäten:

(Ulrich Watermann [SPD]: Von rechts gegen die Demokratie!)

keine Ideologie in der Wissenschaft, keine EU-Abhängigkeiten und Sicherheitsforschung nur zur Landesverteidigung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Frau Schülke. - Für die Fraktion der CDU erteile ich das Wort dem Abgeordneten Lukas Reinken. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

## Lukas Reinken (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst bei der SPD-Fraktion dafür bedanken, dass sie dieses wichtige und auf Landesseite manchmal etwas unterschätzte Thema der Sicherheits- und Militärforschung in das Zentrum des heutigen Plenartags gerückt hat. Ich bin auch froh, dass die SPD dieses Thema nun auch als relevant für die Debatten hier wahrnimmt

Wir haben uns gefragt: Was wird der Minister hier denn Neues verkünden? Was wird er an Neuigkeiten berichten? Im Grunde war es nur ein Sachstandsbericht und insbesondere eine Tatsachenbeschreibung dessen,

(Wiard Siebels [SPD]: Sachstand, Tatsachen, ja!)

was der letzte Wissenschaftsminister Björn Thümler auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Wir haben dann noch etwas zur Hightech Agenda gehört - zur Hightech Agenda, die die CDU-geführte Bundesregierung auf den Weg gebracht hat! Es ist ganz klar: Sie kann nicht im luftleeren Raum schweben, sondern sie braucht auch die Mitarbeit der Länder. Und das geht nur mit eigenen finanziellen Mitteln. Da möchte ich den Wissenschaftsminister selbst zitieren. Im *Rundblick*-Interview hat er gesagt:

"Wenn wir im Vergleich zu anderen Nationen aufholen wollen, müssen wir massiv investieren."

Ich finde, damit hat er vollkommen recht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, bei aller Euphorie mit Blick auf die Sicherheitsforschung, die hier gerade vonseiten des Ministers gezeigt wurde, möchte ich doch einmal in den Raum fragen, ob Sie das eigentlich mit Ihrem grünen Koalitionspartner geklärt haben. Denn ich erinnere mich noch sehr genau an die Debatte, die wir hier vor einigen Monaten zu unse-

rem Gesetzentwurf, bei dem es auch um eine Stärkung der Bundeswehr und um eine Stärkung der Sicherheitsforschung gegangen ist, geführt haben und in der wir von der grünen Kollegin hören mussten, dass die Hochschulen nicht zu einem Zulieferer militärischer Technologien verkommen sollen. Was für ein hanebüchenes Weltbild wurde dort präsentiert!

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ministerpräsident hat in der Regierungserklärung nach der Annahme seiner Wahl erklärt, dass der Wissenschaftsminister die Sicherheitsforschung weiter stärken wird. Darüber haben wir uns sehr gefreut und direkt nachgefragt, was das konkret bedeuten solle. Wir haben im Juli dieses Jahres in der Drucksache 19/7758 eine Antwort darauf bekommen. Dort wird in drei Absätzen ausgeführt, wie die Sicherheitsforschung durch den Wissenschaftsminister weiter gestärkt werden soll.

Der erste Punkt ist, dass die Landesregierung die Initiative des Wissenschaftsrates zu den sicherheitsrelevanten Innovation Hubs unterstützt. Das haben Sie also nicht selbst gemacht, das ist keine eigene Erfindung, sondern das ist eine Unterstützung des Wissenschaftsrats. Bleiben noch zwei Punkte.

Dann ist in der Antwort auf die Kleine Anfrage ausgeführt worden, dass der Minister Austauschformate zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Bundeswehr angeschoben habe. Donnerwetter, was für ein Aufbruch!

Bleibt also noch der letzte Punkt. Da haben Sie geschrieben: Die Landesregierung schafft "geeignete Rahmenbedingungen für niedersächsische Universitäten und Hochschulen". Konkreter wurde es in der Antwort auf die Kleine Anfrage nicht. Ich habe eben ganz genau hingehört: Da wurde das Thema Transparenzregel erwähnt, was wir grundsätzlich begrüßen.

Aber wenn das und diese drei Punkte alles sind, womit der Wissenschaftsminister die Sicherheitsforschung im Konkreten ausbauen will, dann können wir nur sagen: Sie sind bei diesem Thema offensichtlich vollständig blank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es bleibt also die Frage: Was war der Sinn dieser Fragestunde? Offensichtlich wusste die SPD auch nicht so genau, was der Wissenschaftsminister in diesem Bereich macht, deswegen mussten Sie nachfragen. Wir haben den Eindruck, dass das hier eher ein Trainingscamp für die bevorstehenden Podiumsdiskussionen im Zusammenhang mit der OB-Wahl in Wolfsburg war. Das ist zu wenig für das wichtige Thema Sicherheitsforschung!

Herzlichen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Reinken. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich zu Wort gemeldet: die Abgeordnete Schneider. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

## Pippa Schneider (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schaut man sich auf der Welt um, sieht man international immer mehr Konflikte und Krisen: der furchtbare Angriffskrieg gegen die Ukraine, die schreckliche Lage im Nahen Osten.

Wir müssen darüber reden, was das auch für uns hier vor Ort konkret bedeutet. Und wer könnte uns bei diesen gesellschaftlichen Debatten besser unterstützen als unsere Wissenschaft? Hier werden Fakten gecheckt und wird Forschung betrieben, hier kann ein gesellschaftlicher Austauschraum entstehen: Was braucht Sicherheit in der Bundesrepublik? Wie kann es gelingen, kritische Infrastruktur zu schützen? Wie gelingt es, unabhängig von autoritären Regimen zu werden, gerade auch im Energiebereich? Aber wo gibt es vielleicht auch Grenzen im Sicherheitsbestreben?

Wir dürfen das Thema Sicherheit aber nicht nur als rein technisches Thema begreifen. Sicherheit ist ebenfalls ein gesellschaftliches und soziales Feld. Sicherheit zu gewährleisten, ist eine Kernaufgabe demokratischer Staaten und erfordert dabei die Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger - von uns allen! Sicherheit ist auch der Schutz unserer Demokratie. Das umfasst Investitionen in die politische Bildung, in zivilgesellschaftliches Engagement und in die Infrastruktur vor Ort.

Für unsere Sicherheitspolitik ist es wichtig, zivilgesellschaftliches Engagement zu unterstützen und diesem keine Steine in den Weg zu legen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion: Mit Ihrem Verhalten tun Sie genau dies immer wieder: (André Bock [CDU]: Moralisieren Sie nicht über unser Verhalten!)

Sei es mit Ihren 551 Fragen an zivilgesellschaftliche Initiativen oder mit der Drohung, alle Projekte, die aus dem Programm "Demokratie leben!" gefördert werden, erst mal vom Verfassungsschutz durchleuchten zu lassen. Das alles ist keine Förderung unserer demokratischen Strukturen, sondern Kriminalisierung von zivilgesellschaftlichem Engagement. Und das stärkt unsere Gesellschaft nicht, sondern stellt Menschen, die sich für Demokratie einsetzen, unter Generalverdacht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - André Bock [CDU]: Das ist aber notwendig!)

Vor diesem Hintergrund bin ich sehr froh, dass unser Minister in der Fragestunde gerade erläutert hat, wie unsere Landesregierung die niedersächsische Sicherheitsforschung unterstützt.

Aber bei all der manchmal auch hitzig geführten Diskussion zu dem Thema gilt es, eines immer im Sinn zu behalten: Die Wissenschaftsfreiheit ist ein hohes Gut. Sicherheitsdebatten, so wichtig und richtig sie auch sind, dürfen nicht zulasten der Autonomie unserer Hochschulen geführt werden. Hier wird frei und selbstbestimmt entschieden, wie und zu was geforscht wird.

Wozu politische Einflussnahme auf Wissenschaft und Forschung führt, sehen wir ja momentan in den USA. Trump versucht unter Vorwänden, seine politische Agenda an den US-amerikanischen Hochschulen durchzusetzen, und bestraft die Unis, die da nicht mitmachen, mit dem Entzug von Geldern, mit dem Eingriff in die Freiheit der Forschung und mit weiteren Barrieren für internationale Studierende.

(Klaus Wichmann [AfD]: Der Mann kriegt demnächst einen Friedensnobelpreis!)

Ein Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit ist ein Angriff auf die Wiege der Demokratie. Wer also den Zusammenbruch einer vermeintlich stabilen Demokratie live mitverfolgen möchte, braucht nur den Kopf gen Westen zu drehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Frau Schneider.

Der Herr Minister hat seine 15 Minuten Redezeit schon zur Beantwortung der Fragen aufgebraucht und verzichtet auf einen Beitrag in der Aussprache, sodass wir in Kürze den Tagesordnungspunkt 28 b, die Anfrage der Fraktion der CDU, aufrufen. Zuvor nehmen wir aber einen Wechsel im Sitzungsvorstand vor.

## (Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer übernimmt den Vorsitz)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Wie schon angekündigt, behandeln wir jetzt:

b) Wie ist es um die Zukunft der Tagesbildungsstätten in Niedersachsen bestellt? - Anfrage der Fraktion der CDU - Drs. 19/8541

Die Anfrage wird von dem Abgeordneten Herrn Fühner vorgetragen. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

## Christian Fühner (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

"Wie ist es um die Zukunft der Tagesbildungsstätten in Niedersachsen bestellt?"

Tagesbildungsstätten sind fester Bestandteil der niedersächsischen Bildungslandschaft: Als Einrichtungen der Eingliederungshilfe erfüllen die Tagesbildungsstätten derzeit für rund 3 000 Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung die Schulpflicht. Sie bieten lebenspraktische Bildung, pflegerische Betreuung und verlässliche Tagesstruktur - jedoch ohne den rechtlichen Status einer Schule.

Mehrere Gerichtsurteile - unter anderem: Bundessozialgericht 2017, Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen 2021 - haben klargestellt, dass Bildungsleistungen nicht aus Mitteln der Eingliederungshilfe finanziert werden dürfen. Dies stellt die Kommunen, die bislang die Tagesbildungsstätten vollständig finanzieren, nach eigener Aussage vor erhebliche rechtliche und finanzielle Herausforderungen. Gleichzeitig verpflichtet die UN-Behindertenrechtskonvention zu einem inklusiven Bildungssystem, das allen Kindern diskriminierungsfreien Zugang zu hochwertiger Bildung ermöglicht.

Mit dem fraktionsübergreifenden Antrag "Stärkung der Inklusion - Entwicklung der Tagesbildungsstätten unterstützen" hat der Landtag bereits Schritte zur Weiterentwicklung der Tagesbildungsstätten angestoßen. Es bedarf nun nach Einschätzung von Experten einer strukturierten, verlässlichen und gerechten Umwandlung der Tagesbildungsstätten in Förderschulen. Dieser Transformationsprozess betrifft die Lebensrealität von über 3 000 Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen, ihre Familien, die Fachkräfte in den Einrichtungen und die kommunalen Träger. Deshalb empfehlen Experten, die Kommunen und Landkreise in diesen Prozess eng einzubinden, klare Zuständigkeiten zu schaffen, verbindliche Zeitpläne aufzustellen und eine faire Finanzierung durch das Land zu gewährleisten.

- 1. Wie stellt sich der aktuelle Zeitplan des Entwicklungsprozesses zur Zukunft der Tagesbildungsstätten konkret dar?
- 2. Wie soll die grundsätzliche Finanzierung der freien Träger im Rahmen des Entwicklungsprozesses der Tagesbildungsstätten erfolgen?
- 3. Wie will die Landesregierung die Bestandssicherung für das vorhandene pädagogische Personal mit seinen multiprofessionellen Kompetenzen und Erfahrungen gegebenenfalls gewährleisten?

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Danke, Herr Fühner. - Die Kultusministerin, Frau Hamburg, hat sich für die Landesregierung zur Beantwortung zu Wort gemeldet. Bitte, Frau Hamburg!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Julia Willie Hamburg, Kultusministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich bei der Fraktion der CDU für diese Frage, denn das ist in der Tat ein Thema, das derzeit viele Menschen im Land beschäftigt.

Lassen Sie mich als Allererstes feststellen, dass ich heute hier stehe, um einen Weg zu finden, die bestehenden Tagesbildungsstätten weiterzuentwickeln. Mein Ziel ist es, gemeinsam mit Ihnen, mit allen Beteiligten, dafür einen geeigneten Weg für die Zukunft zu finden.

Wir sind nun dabei, für den Weiterentwicklungsprozess der Tagesbildungsstätten tragfähige Lösun-

gen voranzubringen. Ich glaube, dass allen Beteiligten mittlerweile deutlich geworden ist, dass dieser Prozess hoch komplex ist. Er wird bereits seit Jahrzehnten - erfolglos - diskutiert. Aber nachdem es immer wieder Versuche gab, diesen Weg zu beschreiten, können wir jetzt feststellen, dass wir noch nie so weit und so konkret waren wie jetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir als Kultusministerium haben für die Schulträger und auch für die Träger der Tagesbildungsstätten einen Werkzeugkasten zur Verfügung gestellt, um verschiedene Wege zur Beschulung aufzuzeigen. Die zukünftige Finanzierung der Tagesbildungsstätten, die Weiterentwicklung der schulischen Bildung und die Weiterbeschäftigung und Sicherung des Bestandspersonals sowie deren Anerkennung und Wertschätzung für die zu leistende Arbeit sind hierbei von elementarer Bedeutung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Tagesbildungsstätten im Land sind keine Schulen und haben insofern eine besondere Perspektive auf ihre Einrichtung, denn sie vereinen Förderangebote und therapeutische Angebote, die an den Förderschulen geistige Entwicklung in dieser Form nicht vorhanden sind. Insofern muss man, um diese Angebote zusammenzudenken, einen ganzheitlichen Ansatz zur Unterstützung und Förderung in den Blick nehmen.

Das bedeutet auch, dass dieser Prozess viele Akteure braucht, um erfolgreich zu sein: Das ist das Land, das sind aber auch die Schulträger, das sind die Träger der Eingliederungshilfe sowie der Jugendhilfe und die Träger der Tagesbildungsstätten selbst bzw. ihre Verbände. Alle Beteiligten - das heißt, die Kommunen, die Träger und das Land - müssen mit ihrer jeweiligen Verantwortung und ihrer Expertise zusammenwirken. Am Ende ergibt erst das Zusammenfügen der einzelnen Puzzleteile das notwendige Gesamtbild.

Was aber zweifellos festgestellt werden kann, ist, dass das Niedersächsische Kultusministerium unmittelbar nach Einbringung des gemeinsamen Entschließungsantrags der Fraktionen von SPD, Grünen und CDU die Verantwortung für seinen Teil des Prozesses übernommen und die Arbeit begonnen hat. Es wurden große Anstrengungen unternommen, um die Weiterentwicklung der Tagesbildungsstätten für alle Beteiligten und vor allem im Interesse der Kinder und Jugendlichen positiv zu gestalten,

und es wurden auch schon erste Meilensteine erreicht. Auf diese möchte ich im Weiteren mit der Beantwortung Ihrer Fragen gerne eingehen.

Zu Frage 1: In meinem Haus wurden 2024 erstmalig ein konkreter, mit Ressourcen hinterlegter Rahmen für eine Projektarchitektur und verschiedene mögliche Szenarien für den Prozess entwickelt. Dort, wo gewünscht, gibt es regionale Planungsgruppen unter Beteiligung der Schulträger, der Träger der Tagesbildungsstätten, der Eltern an diesen Tagesbildungsstätten - ich finde es ganz wichtig, dass auch die betroffenen Eltern einbezogen sind - und der Regionalen Landesämter, um den Prozess vor Ort zu planen und zu entwickeln.

In einem Beirat auf Landesebene erörtern die unterschiedlichen Interessenvertretungen miteinander die Herausforderungen und begleiten das Projekt und die Fragen vor Ort beratend für das Kultusministerium. Auch hierbei ist es uns wichtig, alle Perspektiven mit einzubeziehen.

Die Voraussetzungen für den Prozess sind somit 2024 geschaffen worden. Jetzt werden in den Regionen viele Gespräche geführt, um zu klären, wie wir im Hinblick auf die konkreten Fragen und Herausforderungen vor Ort weiter vorangehen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor dem Hintergrund der dargestellten besonderen Bedeutung, die Tagesbildungsstätten für viele Familien haben, muss die Entwicklung mit besonderer Sorgfalt betrieben werden; ich glaube, darin sind wir uns alle einig. Das Gesetzgebungsverfahren des inklusiven SGB VIII sorgt bei diesem Prozess für Zeitdruck. Die konkrete Taktung und Planung, wie dann eine Beschulung für Schülerinnen und Schüler in den jeweiligen Regionen umgesetzt wird, obliegt allerdings den Schulträgern und den Trägern der Einrichtungen vor Ort. Wir zwingen niemanden in eine bestimmte Richtung oder, in einer bestimmten Schrittigkeit vorzugehen.

Zu Frage 2: Bis die Prozesse vor Ort abgeschlossen sind, bedarf es einer rechtssicheren Übergangslösung. Mit Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses - örtliche und überörtliche Träger der Eingliederungshilfe - in 2024 ist dank aller Beteiligten dafür Sorge getragen worden, dass die Träger der Tagesbildungsstätten ihre Aufwendungen für die Leistungen in Tagesbildungsstätten inklusive des schulischen Anteils mit den örtlichen Trägern der Eingliederungshilfe weiterhin abrechnen können. Diese wiederum können die dadurch entstehenden Aufwendungen vollständig, zu 100 %, gemäß § 22 Abs. 3 Nr. 2 Nds. AG SGB IX/XII in die

Abrechnung mit dem Land einstellen. Dies schafft einen zeitlichen Rahmen, um die weiteren Planungen vor Ort voranzutreiben und ein nachhaltiges Angebot zu gestalten.

Für den schulischen Bereich leistet das Land mit der Finanzhilfe einen erheblichen Zuschuss für die Betriebskosten von freien Schulen. Die Berechnung dieser Finanzhilfe hat der Landtag, wie Sie wissen, gerade erst vor wenigen Monaten neu beschlossen. Die Träger der Tagesbildungsstätten müssen prüfen, ob diese Finanzhilfe für sie infrage kommt und sie eine freie Schule gründen möchten.

Für die Schulträger haben wir verschiedene Wege im Rahmen des Schulsystems dargestellt, die unterschiedliche Finanzierungsmodalitäten mit sich bringen. Sie sind allen Beteiligten bekannt. Für die im Schulgesetz vorgesehene Übergangsphase von drei Jahren haben wir Szenarien aufgezeigt, um die Tagesbildungsstätten in ihren konzeptionellen Überlegungen auf der Grundlage der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten zu schaffen. So kann die Umwandlung aufwachsend erfolgen.

Die Landesregierung hat zudem dafür Sorge getragen, dass zur Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft während der dreijährigen Wartefrist kommunale Zuschüsse in Höhe von bis zu 20 % möglich sind. Das war vorher nicht der Fall. Insofern haben wir hier auf die Hinweise vor Ort auch deutlich reagiert.

Auch Leistungen der Eingliederungshilfe in der sachlichen Verantwortung der örtlichen Träger der Eingliederungshilfe können und müssen im Sinne der Kinder und Jugendlichen auch an neu zu gründenden Schulen zur Gewährleistung der Teilhabe nutzbar gemacht werden.

Natürlich hören wir aus dem Prozess immer noch, dass es Unsicherheiten gibt oder vor Ort Lösungsmöglichkeiten noch nicht rund erscheinen. Das Kultusministerium beabsichtigt deshalb, sich auch mit dem Sozialministerium und den kommunalen Spitzenverbänden über die zukünftige Ausgestaltung und Finanzierung der Angebote der Tagesbildungsstätten weiter zu beraten. Hier werden wir prüfen, welche weiteren Wege beschritten werden können.

Zu Frage 3: Die multiprofessionellen Teams in den Tagesbildungsstätten, bestehend aus Erzieherinnen und Erziehern, Therapeutinnen und Therapeuten sowie Pflegepersonal und weiterem Unterstützungspersonal, leisten seit Jahrzehnten einen wich-

tigen Beitrag und eine großartige Arbeit zur Teilhabe der dort betreuten Kinder und Jugendlichen im Bildungssystem.

Für die Weiterbeschäftigung des Personals hat das Kultusministerium praxistaugliche und vor dem Hintergrund der langjährigen Berufserfahrung sehr weit geöffnete Vorgaben für Gleichwertigkeitsprüfungen nach § 144 Abs. 4 NSchG geschaffen, um möglichst viele Mitarbeitende als Lehrkräfte für den schulischen Bereich halten zu können. Kann eine Gleichwertigkeit, etwa aufgrund eines fehlenden akademischen Abschlusses, nicht festgestellt werden, besteht für den Einsatz der Fachkräfte dennoch - das ist mir wichtig zu betonen, weil das vor Ort zum Teil noch nicht angekommen ist - ein großer Bedarf.

Unser gemeinsames Ziel der Träger, Kommunen und uns ist es, das Personal mit seinem Einsatz und seinen Erfahrungen zu halten. Hierfür gibt es je nach Modell unterschiedliche Einsatzmöglichkeiten: etwa als pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unterrichtsbegleitender und therapeutischer Funktion, Schulbegleitungen, gegebenenfalls auch im Rahmen des Poolings, Angebote im Rahmen der darüber hinausgehenden Betreuung, Therapie und Förderung. Insofern kommt den unterschiedlichen Akteuren, von denen ich vorhin bereits gesprochen habe, und damit den regionalen Planungsgruppen hier eine besondere Bedeutung zu.

Ich bin mir bewusst, dass die Personalfrage für die Schülerinnen und Schüler, Eltern, Mitarbeitenden sowie die Träger selbst von entscheidender Bedeutung ist. Wir loten deshalb anhand der Gegebenheiten und Fragen, die vor Ort gerade entstehen, noch weitere Möglichkeiten aus.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die erste Zusatzfrage hat sich von der Fraktion der CDU Herr Fühner zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

## Christian Fühner (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Verehrte Frau Kultusministerin Hamburg, vielen Dank für die Beantwortung der Fragen.

Vor dem Hintergrund, dass Sie darauf hingewiesen haben, dass das Sozialministerium in den Prozess der Finanzierung und in die Gespräche mit den kommunalen Trägern eingebunden werden soll, stellt sich die Frage, wie viele Mittel im Bereich des Sozialministeriums - Eingliederungshilfe - zur Verfügung stehen, die, wenn es zu der Umwandlung zu einer Schule kommt, ja nicht mehr benötigt werden und die man dann für eine mögliche Finanzierung nutzen könnte. Über welche Größenordnung reden wir da, und können diese Mittel einen substanziellen Beitrag dazu leisten, die Finanzierungslücke zu schließen?

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank. - Der Sozialminister macht sich auf den Weg. Herr Dr. Philippi, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

**Dr. Andreas Philippi**, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung:

Eine Zahl ist schwierig zu nennen. Sie wissen ja, wie die Systematik ist.

Eine hundertprozentige Finanzierung über die Eingliederungshilfe ist nicht möglich. Die aktuelle Rechtsprechung steht dagegen. Aufgrund der mittlerweile gefestigten Rechtsprechung besteht kein Rechtsanspruch mehr auf die vollständige Finanzierung der Tagesbildungsstätten aus den Mitteln der Eingliederungshilfe. Aus einem Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen folgt im dort entschiedenen Einzelfall, dass sich der Anteil der Aufwendungen für schulische Bildung auf ca. 42 % und für Eingliederungshilfe auf ca. 58 % beläuft.

Das ist der Rahmen, über den wir hier reden und innerhalb dessen wir verhandeln. Ich reiche Ihnen das gerne nach, aber eine ungefähre Zahl werde ich Ihnen hier nicht nennen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank, Herr Minister. - Zur zweiten Zusatzfrage für die CDU-Fraktion hat sich ebenfalls Herr Fühner zu Wort gemeldet.

(Beifall bei der CDU)

## Christian Fühner (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass in der Beantwortung der Fragen noch nicht klar geworden ist, wie freie Träger - das sind diejenigen, die heutzutage die Tagesbildungsstätten in der Regel betreiben - eine Umwandlung finanzieren sollen, wenn sie drei Jahre lang keine Finanzhilfe bekommen, frage ich die Landesregierung, ob es ihr politisches Ziel ist - das sie auch finanziell hinterlegen möchte -, dass es bei den umgewandelten Förderschulen für geistige Entwicklung auch weiterhin freie Träger gibt. Oder ruht sie sich einfach nur darauf aus und sagt: Die finanziellen Mittel sind nicht vorhanden, und dann muss es kommunal bzw. staatlich organisiert werden? Damit würde man den freien Trägern am Ende auch die Trägerschaft dieser Einrichtungen nehmen.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Ich weise darauf hin, dass die Fragen kurz und knapp sein sollen. - Frau Ministerin wird Ihre Frage beantworten.

#### Julia Willie Hamburg, Kultusministerin:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Fühner, vielen Dank für Ihre Frage, gibt sie mir doch Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass die Landesregierung natürlich ein Interesse daran hat, dass sich Träger dafür entscheiden, Verantwortung für eine freie Schule zu übernehmen. Das gewährleistet die Vielfältigkeit unserer Schullandschaft, und gerade bei den erfahrenen Tagesbildungsstätten ist ja auch eine erhebliche Expertise vorhanden.

Sie wissen, dass am Ende der Schulträger entscheidet, wie er die Beschulung der Kinder und Jugendlichen im jeweiligen Landkreis darstellt. Aber ich habe deutlich gemacht, dass wir bereits erhebliche Anstrengungen unternehmen, dass freie Träger eine Beschulung vornehmen können, sowohl im Blick auf das Personal als auch insofern, als dass wir künftig beispielsweise ermöglichen, dass der Schulträger 20 % der Kosten für die Schule übernimmt. Und natürlich liegt es auch weiterhin im Ermessen der Träger der Eingliederungshilfe - also der Landkreise und der Städte -, Bereiche der Eingliederungshilfe einfließen zu lassen. Hier verfügen wir also über einen Grundstock an Finanzierungsoptionen.

Darüber hinaus haben wir den Trägern in der Beratung aufgezeigt, dass sie nicht mit allen Jahrgängen beginnen müssen, sondern dass sie das Ganze auch aufwachsend organisieren können. Das heißt, in der dreijährigen Wartezeit können sie die meisten Jahrgänge, finanziert über die Eingliederungshilfe, als Tagesbildungsstätte weiterführen und müssen nur die unteren Jahrgänge aufwachsend abbilden. Das hat sowohl für die Personalfrage, die viele umtreibt, eine entlastende Wirkung als auch für die Frage, wie viel Geld man eigentlich für die Übergangsfinanzierung braucht.

Und wenn Sie dann noch bedenken, dass die Eingliederungshilfe ohnehin Teil dieser Finanzierung ist und dass darüber hinaus der Schulträger künftig 20 % als freiwillige Leistung zusätzlich übernehmen darf, dann stellt sich das Finanzierungsdelta schon deutlich kleiner dar.

Ich habe aber auch gesagt, dass wir mit den kommunalen Spitzenverbänden noch einmal darüber reden, ob wir weitere Finanzierungswege sehen. Insofern nehmen wir die Hinweise von vor Ort natürlich sehr ernst.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die erste Zusatzfrage der Fraktion der AfD hat sich Herr Rykena zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

## Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Wie hoch schätzt die Landesregierung die Kosten pro Jahr für die Übernahme der vollständigen Kosten in der Übergangszeit ein?

(Beifall bei der AfD)

#### Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Die Kultusministerin wird antworten.

#### Julia Willie Hamburg, Kultusministerin:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Rykena, das ist schwer zu beziffern, da es von den Schulträgern abhängt, welche Modelle sie fahren: ob sie alle Tagesbildungsstätten erhalten, ob es alles freie Träger waren oder ob sie Schulen zusammenlegen, ein größeres System bauen und

mehrere Tagesbildungsstätten zusammen betrachten. Insofern kann ich das nur beziffern, wenn Sie die Frage konkretisieren.

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Herr Rykena, Sie können für die zweite Zusatzfrage der AfD-Fraktion nach vorne kommen!

(Beifall bei der AfD)

#### Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels: Wie hoch schätzt die Landesregierung den Bedarf an ausgebildeten Förderschullehrkräften nach erfolgter Umwandlung in Förderschulen ein?

(Beifall bei der AfD)

#### Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Auch hier will die Kultusministerin antworten. Bitte, Frau Ministerin!

## Julia Willie Hamburg, Kultusministerin:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch das hängt von der Planung ab, weil der Bedarf jeweils unterschiedlich ist, wenn wir freie Schulen haben, wenn wir öffentliche Schulen haben, wenn man das effizienter zusammendenkt oder auch nicht. Wenn es so kommt, wie Sie unterstellen, dass also alle Tagesbildungsstätten einfach so bleiben, dann hätten wir einen Bedarf von etwa 600 Lehrkräften.

#### Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Die erste Zusatzfrage für die Fraktion der SPD stellt Frau Lansmann. Kommen Sie bitte nach vorne!

(Beifall bei der SPD)

#### Kirsikka Lansmann (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich frage die Landesregierung: Welchen Vorteil hat denn eigentlich die Weiterentwicklung der Tagesbildungsstätte für die Kinder und Jugendlichen? - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Frau Ministerin, bitte!

## Julia Willie Hamburg, Kultusministerin:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vorteil für die Kinder und Jugendlichen ist - neben der Tatsache, dass wir endlich Rechtssicherheit haben und eine dauerhafte Perspektive schaffen -, dass wir für sie künftig eine Schule haben.

Wenn Sie in andere Bundesländer schauen: Das niedersächsische Modell der Tagesbildungsstätten gibt es zwar schon sehr lange, und es hat sich auch bewährt, aber wir stehen damit auch eher alleine da. Mich haben schon häufig Eltern gefragt: Warum gibt es für mein Kind eigentlich keine Schule? Mein Kind gehört doch auch in das Bildungssystem, in die Schulstatistik und verdient im Rahmen von inklusiven Settings seinen Platz.

Wir diskutieren ja schon lange über die Weiterentwicklung der Tagesbildungsstätten, auch unabhängig von diesen rechtlichen Fragen. Debatten über ihre Umwandlung hat es schon in den 80ern und 90ern gegeben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Wir kommen zur ersten Zusatzfrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Frau Nzume, kommen Sie bitte gerne nach vorne!

#### Lena Nzume (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Vielen Dank für die Information, Frau Ministerin. Wir haben gestern ja sehr viel über Inklusionsprozesse vor Ort gesprochen. Meine Frage ist: Wie fügt sich die Transformation der Tagesbildungsstätten in die regionalen Inklusionsprozesse ein, und welche Rolle übernehmen die RZIs, also die Regionalzentren Schulische Inklusion, bei der Weiterentwicklung? - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank. - Die Ministerin wird antworten.

## Julia Willie Hamburg, Kultusministerin:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Weiterentwicklung der Tagesbildungsstätten verändert sich die Schullandschaft in den Regionen. Insofern nehmen die Tagesbil-

dungsstätten, je nach Entscheidung der Schulträger, ganz unterschiedliche Rollen ein: Einige werden sie als ergänzendes Förderzentrum, Therapiezentrum, Unterstützungszentrum oder auch zur Ferienbetreuung nutzen. Andere werden Kooperationsmodelle bauen. Wieder andere werden bestehende Schulen erweitern und der Tagesbildungsstätte einen ergänzenden Raum geben oder auch die Tagesbildungsstätte dorthin überführen.

Die Regionalzentren Schulische Inklusion als Fachberatungsstellen und in diesem Bereich unterstützende Einrichtungen entwickeln die regionalen Inklusionskonzepte und haben somit die Möglichkeit, zu schauen, inwiefern die Veränderungen in den jeweiligen Landkreisen Möglichkeiten für ein neues, übergeordnet betrachtetes regionales Inklusionskonzept mitbringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

### Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank.

Mir liegen keine weiteren Fragen vor. Damit kommen wir zur Aussprache. Die Landesregierung hat quasi eine Punktlandung hingelegt. Das heißt, Sie haben jeweils vier Minuten Redezeit.

Die erste Wortmeldung kommt von der Fraktion der CDU. Herr Fühner, bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

## Christian Fühner (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Tagesbildungsstätten sind ein fester Bestandteil der Bildungslandschaft in unserem Bundesland. Seit Jahrzehnten wird dort unverzichtbar wichtige Arbeit geleistet, insbesondere für Kinder mit besonderem Förderbedarf und ihre Familien. Die Tagesbildungsstätten bieten verlässliche Strukturen und eine qualifizierte pädagogische Begleitung - und damit eine echte Chance auf Teilhabe.

Trotz meiner kurzen Redezeit will ich die Gelegenheit wahrnehmen, all den Menschen, die in den Tagesbildungsstätten tätig sind - den Lehrerinnen und Lehrern, den Erzieherinnen und Erziehern, den heilpädagogischen Kräften - ein großes Dankeschön für die so wertvolle Arbeit sagen, die sie seit Jahr-

zehnten in diesem Land leisten. Sie haben es verdient, dass das Parlament ihnen dafür seinen Respekt zollt.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Juni des letzten Jahres - das ist also schon lange her - haben wir hier im Niedersächsischen Landtag den Entschließungsantrag "Stärkung der Inklusion - Entwicklung der Tagesbildungsstätten unterstützen" diskutiert, den wir gemeinsam mit den regierungstragenden Fraktionen eingebracht hatten. Dieser Entschließungsantrag war damals nicht nur ein gutes Signal, sondern er hatte auch einen klaren Fahrplan für das aufgezeigt, was wir als Parlament erwarten, welche Ideen wir für den Umwandlungsprozess haben und welche Möglichkeiten wir dort sehen.

Umso ernüchternder ist es, dass die Landesregierung mit diesem Thema so behäbig und langsam umgeht. Die heutige Fragestunde wäre eine gute Gelegenheit gewesen, ein bisschen mehr Klarheit zu schaffen: für die Kinder und ihre Familien, für die Träger, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch für unsere Kommunen. Leider ist dies nicht geschehen.

Frau Hamburg, Ihre Antworten in dieser Fragestunde waren leider nicht zufriedenstellend. Es gibt weder einen Zeitplan, wie man den Umwandlungsprozess in vernünftigen Strukturen organisieren möchte, noch ein Finanzierungskonzept für die Lücke von drei Jahren, die durch das Ausbleiben von Finanzhilfezahlungen entsteht. Und es gibt auch keine Lösungen für das Personal.

Was Sie hier vorgetragen haben, sind bruchstückhafte Ansätze, aber schafft keine Klarheit. Alle die, die die Hoffnung hatten, Antworten zu bekommen - die Träger, die Eltern, die Kinder -, müssen von dem, was heute aus diesem Parlament hervorgegangen ist, enttäuscht sein.

(Beifall bei der CDU)

Wir als CDU-Fraktion nehmen jedenfalls eine große Beunruhigung in den Tagesbildungsstätten überall im Land wahr. Wir können es den Kindern, den Familien und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht mehr vermitteln, dass diese Prozesse so lange dauern. Deswegen hätten wir uns gewünscht, dass es heute klare Aussagen gibt: beispielsweise, ob man § 151 des Schulgesetzes eine klare Absage erteilt oder ob seine Anwendung immer noch in Betracht gezogen wird.

Ich finde es auch erstaunlich, dass Herr Philippi nicht in der Lage ist, auch nur ansatzweise darzulegen, welche Mittel aus dem Etat des Sozialministeriums herübergezogen werden könnten. Aber wenn man sich damit noch nicht beschäftigt hat, dann kennt man die Zahlen natürlich auch nicht. Das heißt, man hat die Arbeit noch gar nicht aufgenommen. Denn sonst hätte er ja eine Range nennen bzw. sagen können, über welche Größenordnung wir da reden. Ich muss sagen, auch diese Antwort war sehr enttäuschend.

In all diesen Fragen gibt es keine Klarheit, und das ist die große Enttäuschung am heutigen Tag.

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerin, es geht hier um die Teilhabechancen von Kindern, es geht um die Arbeitsbedingungen von Fachkräften. Wer, so wie Sie, das Thema auf die lange Bank schiebt, riskiert, dass wichtige Strukturen wegbrechen.

Wir erwarten wir von Ihnen in den nächsten Monaten ein klares Bekenntnis zu einer fairen und verlässlichen Finanzierung im Umwandlungsprozess, und wir erwarten ein klares Bekenntnis zur Unterstützung der engagierten Fachkräfte, die tagtäglich Unglaubliches leisten. Alles andere wird den Kindern, den Familien und dem Anspruch auf inklusive Bildung in Niedersachsen nicht gerecht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank, Herr Fühner. - Für die Fraktion der AfD hat sich Herr Rykena zu Wort gemeldet. Herr Rykena, Sie haben das Wort.

#### Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! "Never change a running system" ist ein bekanntes Sprichwort, das man unter Umständen auch hierbei im Hinterkopf haben sollte. Die Tagungsbildungsstätten sind anerkannt eine gute Möglichkeit, die betroffenen Kinder und Jugendlichen zu betreuen. Das sollte die Richtschnur bei allen Überlegungen sein, die wir in diesem Zusammenhang anstellen.

(Zuruf von der SPD: Das Bundessozialgericht hat ein Urteil gefällt!)

Gleichzeitig kann man sagen, dass das nur so weit wie möglich umsetzbar ist, da es, wie gesagt, besagte Rechtsprechung gibt. Trotz allem sehe ich eine Umwandlung in eine Förderschule nicht als alternativlos an.

Insgesamt gesehen ist die Situation aber doch verfahren. Frau Hamburg hat eben gesagt, sie sei sehr komplex. Das ist richtig. Aber es gibt bei den Diskussionen zwischen Land und den Trägern, den Kommunen, den Eltern und den Einrichtungen offensichtlich noch sehr viel Klärungsbedarf. Dieser Klärungsbedarf braucht Zeit. Insofern muss ich Herrn Fühner ein wenig widersprechen. Diese Zeit muss man sich nehmen, damit man tragbare Lösungen finden kann.

(Christian Fühner [CDU]: Wir diskutieren das seit zwei Jahren!)

- Ja, trotz allem scheint die Zeit derzeit nicht auszureichen. Wenn wir etwas übers Knie brechen, scheint es nicht umsetzbar zu sein.

Das Land hat daher eine Übernahme der vollständigen Finanzierung bis 2027 angeboten. Damit sind die Kommunen nicht einverstanden, weil das keine langfristige Rechtssicherheit bietet. Daher mache ich den Vorschlag, dass man diesen Zeitraum ausdehnt, deutlich über den Zeitpunkt von 2027 hinaus, um ausreichend Zeit für tragbare Lösungen zu gewinnen.

Betreffend tragbare Lösungen: Ich hatte zu Beginn gesagt, ein Erhalt der Tagesbildungsstätten in bisheriger Form wäre meiner Ansicht nach eher anzusteuern als die Umwandlung in eine Förderschule. Dafür gäbe es möglicherweise das Modell, dass man die Verwaltungshoheit über die Tagesbildungsstätten den Kommunen überträgt, die Finanzierung aber das Land übernimmt, und das Ganze auf einer gesetzlichen Regelung, die wir hier treffen würden, basiert. Ein Vorbild dafür gibt es: das SVIK, das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität. Dort wird so vorgegangen. Das wäre eine Idee, die hier noch gar nicht diskutiert worden ist.

Ich möchte schließen: Alle Beteiligten sollten sich zusammenraufen. Der Streit darf auf keinen Fall auf dem Rücken von 3 000 betroffenen Kindern und Jugendlichen ausgetragen werden. Hoffen wir, dass wir das Ganze zu einem guten Ergebnis bringen!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

#### Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Danke schön. - Die nächste Wortmeldung kommt von der Fraktion der SPD. Frau Lansmann, bitte schön!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Kirsikka Lansmann (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eben von der Ministerin gehört, wie viel in den vergangenen Monaten auf den Weg gebracht wurde. Herzlichen Dank, Frau Ministerin Hamburg, dass Sie uns den Prozess und das bereits Erreichte aufgezeigt haben!

Herr Rykena, es liegt ein Urteil des Bundessozialgerichts vor, also müssen wir uns auf den Weg machen. Und wir machen uns ja auch auf den Weg. Daher kann man nicht einfach in einem Running System stehen bleiben.

Hier muss man natürlich erwähnen, dass dies kein Selbstläufer ist. Wir haben es gehört: Bei der Weiterentwicklung der Tagesbildungsstätten sind wir so weit wie nie zuvor. Aber dieser Prozess ist anspruchsvoll, weil er viele Ebenen miteinander verbindet: das Land, die Kommunen, die Träger, das Kultus- und das Sozialministerium. Nur wenn alle ihre jeweilige Verantwortung übernehmen und gut zusammenarbeiten, kann das große Ganze gelingen. Und genau das passiert jetzt Schritt für Schritt!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wir haben gehört, dass es rechtssichere Übergangslösungen gibt, damit die Tagesbildungsstätten ihre Arbeit fortsetzen können. Diese Regelung über die Eingliederungshilfe verschafft uns Zeit - Zeit, um weiter tragfähige Strukturen für die Zukunft zu entwickeln.

Besonders im Blick haben wir die Beschäftigten in den Tagesbildungsstätten. Sie leisten seit vielen Jahren hervorragende Arbeit mit Herz, Fachwissen und einem tiefen Verständnis für die Kinder.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Diese Menschen tragen den Alltag dieser Einrichtungen. Sie geben Stabilität und schaffen Vertrauen bei den Kindern, den Eltern und in den Teams. Gerade weil wir wissen, dass wir in Niedersachsen nicht genug Lehrkräfte haben, ist klar, dass wir diese engagierten Fachkräfte weiterhin mit ihren Kompetenzen, ihrem pädagogischen Blick und ihrer Erfahrung brauchen.

Darum ist es wichtig, dass wir schauen, wie wir diese Expertise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch weiterhin einbinden können. Und genau das machen wir derzeit und prüfen die Möglichkeiten. Denn die geleistete Arbeit wird nicht von heute auf morgen weniger wertvoll. Bildung, Betreuung und Förderung gehören zusammen. Diese Teams sind das Rückgrat eines inklusiven Bildungssystems.

Aber nicht nur die Beschäftigten brauchen Planungssicherheit, sondern auch die Eltern und Kinder müssen wissen, wie es weitergeht. Sie brauchen Verlässlichkeit. Sie müssen darauf vertrauen können, dass ihr Kind weiterhin gut gefördert wird, unabhängig davon, in welcher Trägerschaft oder Struktur das künftig geschieht. Deshalb ist es gut, dass die Gespräche mit den Trägern und Kommunen fortgesetzt werden und dass die Ministerin deutlich gemacht hat: Niemand wird in eine Richtung gezwungen. Es geht um Lösungen, die vor Ort passen, die gemeinsam entwickelt und getragen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Weiterentwicklung ist kein einfacher Schritt, aber sie ist notwendig. Sie stärkt die Inklusion, sie schafft Perspektiven, und sie sorgt dafür, dass die großartige Arbeit, die in den Tagesbildungsstätten geleistet wird, auch in Zukunft möglich bleibt. Wir alle, Land, Kommunen, Träger und Politik, tragen hier Verantwortung. Wir nehmen sie wahr - mit Sorgfalt, mit Respekt vor der Arbeit der Beschäftigten und mit dem Ziel, für Kinder und Familien in Niedersachsen verlässlich gute Bildung und Förderung zu sichern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank. - Die nächste Wortmeldung kommt von Bündnis 90/Die Grünen. Frau Nzume, kommen Sie gerne nach vorne! Sie haben das Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Lena Nzume (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleg\*innen! Die Landesregierung hat den Transformationsprozess angestoßen, um allen Kindern und Jugendlichen wohnortnahe und passgenaue Bildungsangebote zu ermöglichen. Es geht um einen Schritt in eine wirklich gute Richtung zum gemeinsamen Lernen.

Um diesen Prozess zu unterstützen, ist viel passiert. In den letzten Monaten wurde viel unternommen. Es gab Planungsgruppen, regionale Planungsgruppen. Es gibt eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Kultus-, Sozial- und Finanzministerium. Und wie gesagt, in den Modellregionen passiert schon sehr viel mit den Trägern, mit den Elternvertretungen und mit den Kommunen.

Das Kultusministerium - das haben wir gerade gehört - hat einen Werkzeugkoffer für die Personalentwicklung und die Organisationsentwicklung zur Verfügung gestellt, um das Personal anzuerkennen und weiter zu qualifizieren. Das Land hat darüber hinaus zugesagt, die Kosten für den schulischen Teil zu übernehmen. Denn die Tagesbildungsstätten sind uns sehr wichtig. Sie leisten - das haben wir auch schon von allen gehört - eine wirklich sehr gute Arbeit. Wir wollen natürlich den Prozess unterstützen, damit die Kinder auch weiterhin gut versorgt sind.

Gerade mit dieser Expertise und im Umgang mit den Kindern ist es natürlich nötig und auch möglich, wirklich genau hinzuschauen, mit Bedacht vorzugehen, damit sie in Zukunft ein wichtiger Teil unserer inklusiven Bildung bleiben. Genau deshalb ist es entscheidend, regionale Inklusionskonzepte vor Ort zu machen und regionale Planungsgruppen weiterarbeiten zu lassen.

Die Weiterentwicklung der Tagesbildungsstätten ist allerdings keine alleinige Aufgabe des Kultusministeriums. Das haben wir schon gehört. Es ist eine gemeinsame Verantwortung von Land, Kommunen und Trägern. Das Ministerium kann die Rahmenbedingungen schaffen, aber die konkrete Umsetzung muss vor Ort passieren und der jeweiligen Situation angepasst gestaltet werden.

Klar ist auch: Die Einrichtungen müssen sich nicht vollständig transformieren. Der Prozess kann schrittweise mit Übergangs- und Zwischenlösungen verlaufen.

Wichtig ist uns, dass das Personal bei diesem Prozess mitgenommen wird. Viele Mitarbeitende werden keine Lehrkräfte werden können, aber wir wollen sie im System behalten. Das hat Frau Lansmann gerade ausgeführt. Daher erarbeiten wir gerade Wege, um sie als pädagogische Mitarbeitende weiterhin zu beschäftigen, damit sie die Möglichkeit haben, ihre Erfahrungen einzubringen.

Einige der Tagesbildungsstätten sind bereits verschiedene Wege gegangen. Denn dort, wo Vertrauen, Beteiligung und klare Strukturen sind, gelingt der Wandel.

So geht es am Ende um Planungssicherheit für die Kinder, für die Eltern, aber eben auch für die Beschäftigten.

Uns ist klar: Dieser Prozess wird einige Jahre dauern, vielleicht auch einige Jahrzehnte. Aber wir sind bereit und willens, diesen Prozess nach besten Kräften zu unterstützen, auch finanziell. Denn gelingen kann er nur, wenn alle gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Genau deshalb sollten wir den Druck, der derzeit vielerorts spürbar ist, nicht weiter erhöhen, und wir sollten keine Ängste schüren, sondern auf Ruhe, Klarheit und Verlässlichkeit setzen. Denn nur so kann Inklusion gelingen, Schritt für Schritt und gemeinsam.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank.

Die Landesregierung hat die 15 Minuten ausgeschöpft. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Fragestunde für diesen Tagungsabschnitt beendet.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

Tagesordnungspunkt 29:

Erste Beratung:

KI in der Wissenschaft: Forschung und Lehre auf die Auswirkungen der technischen Revolution vorbereiten - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8548

Zur Einbringung hat sich Frau Dr. Lesemann gemeldet. Frau Dr. Lesemann, kommen Sie gerne nach vorne!

#### Dr. Silke Lesemann (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Das, was sich auf dem Feld der künstlichen Intelligenz vollzieht, ist revolutionär und unaufhaltsam. Während die Industrialisierung die körperliche Arbeit revolutionierte, krempelt die Digitalisierung nun die geistige Arbeit um. Die Wissensproduktion wandelt und beschleunigt sich enorm, wodurch auch die allgemeine Gültigkeit von Wissen infrage gestellt wird.

ChatGPT und andere KI-basierte Tools sind für viele längst ein Teil der Lebensrealität geworden. Sie sind eine Chance zur Verbesserung, Ergänzung und Optimierung von Lehren und Lernen in der digitalen Welt. Das alles hat natürlich Folgen für den Wissenschaftsbetrieb, für Forschung und Lehre, und berührt dabei auch ethische und rechtliche Fragestellungen.

Meine Damen und Herren, vermutlich sind nicht viele von Ihnen von der Kalamität verschont geblieben, unter Zeitdruck eine Prüfungsarbeit zu erstellen. Der Abgabetermin rückt näher. Der Kopf ist leer, aber die KI ist bereit und kann mit relativ wenigen Stichworten in Minutenschnelle die Arbeit erstellen oder mindestens inspirieren. Klar, einige Korrekturen und Ergänzungen sind dann immer noch nötig. Aber es stellt sich die Frage: Wenn die KI meine Gedanken sortiert und mit Leben erfüllt, aber ich sie kontrolliere, bin ich in dem Moment noch die Autorin?

Dieses kurze Beispiel veranschaulicht die Herausforderung, wie in einer Welt mit umfassenden KI-Technologien wie zum Beispiel ChatGPT anspruchsvolle Prüfungen bestanden und Leistungsnachweise gestaltet werden können und sollen. In der Wissenschaft gehören Verständnis und Erstellung von Texten bzw. Textinhalten zum grundsätzlichen Handwerkszeug. ChatGPT ist zum Beispiel in der Lage, viele Fragen aus typischen Bachelorprüfungen mindestens auf dem Leistungsstand durchschnittlicher Studierender zu beantworten.

Der Einsatz von KI stellt in der wissenschaftlichen Praxis wie auch in Studium und Lehre sowohl Anreiz als auch Herausforderung dar. Denn das Ziel ist ein sinnvoller, didaktisch gerechtfertigter und rechtssicherer Umgang. Das gilt besonders im Umgang mit und bei der Erstellung von schriftlichen Haus- und Prüfungsarbeiten. Die selbstständige Leistungserbringung durch Studierende muss auch weiterhin im Fokus des Studiums stehen. Wie die Leistungsnachweise künftig aussehen sollen, wird die Lernenden zukünftig teilweise neu zu definieren sein.

Sicherlich ist nicht davon auszugehen, dass KI in erster Linie als Schummelwerkzeug eingesetzt wird. Wenn das so einfach wäre, dann wäre nicht die KI das Problem, sondern die Gestaltung der Prüfung, weil sie nur reines Wissen abfragt. KI kann Informationen zusammenbringen. Aber das Denken und Durchdringen muss der Mensch leisten. Es geht dabei auch darum, mit den Studierenden über ein Werteverständnis im Zusammenhang mit der Verwendung von KI zu sprechen.

Mittlerweile nutzt die Mehrheit der Studierenden KI-Tools, vor allem zur Ideenfindung und zum Brainstorming, zur Recherche und zur Informationsbeschaffung, als Formulierungs- und Strukturierungshilfe beim Schreiben, zur Unterstützung beim Lernen. Fragt man die Studierenden allerdings nach der Zulässigkeit des Prüfungseinsatzes, plädiert laut einer Bitkom-Umfrage knapp die Hälfte für ein Verbot von ChatGPT bei Haus- und Abschlussarbeiten, weil Studierende sich dadurch unzulässige Vorteile verschaffen können. Und immerhin drei Viertel der Studierenden sind sich einig, dass man an der Hochschule den richtigen Einsatz von KI lehren sollte.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund dieses Problemaufrisses finden wir es sinnvoll, dass die Landesregierung - selbstverständlich unter Wahrung der Hochschulautonomie - in Zusammenarbeit mit den Hochschulen die Vereinbarung eines KI-Kodexes diskutieren soll. Studierende und Dozierende wissen nicht immer, ob es erlaubt oder sogar gewünscht ist, KI-Tools wie ChatGPT bei der Bearbeitung von Aufgaben oder bei der Erstellung von Studienleistungen einzusetzen.

Unsere Hochschulen haben hier schon Initiativen ergriffen. Beispielhaft nenne ich die Hochschule.digital und das didaktische Interface HAWKI. Hierbei soll ausdrücklich an bereits bestehende Handlungsempfehlungen unserer niedersächsischen Hochschulen angeknüpft werden; didaktische und prüfungsrechtliche Fragen sollen aufgegriffen werden.

Die zunehmende Nutzung künstlicher Intelligenz durch Studierende stellt die Hochschulen vor die Herausforderung, angemessene Rahmenbedingungen und Lernangebote zu schaffen. Dabei gilt es, sowohl die Chancen der Technologie zu nutzen als auch ethische und datenschutzrechtliche Aspekte zu berücksichtigen, in der Forschung und in der Lehre gleichermaßen.

Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass der gezielte Einsatz von KI auch ungeahnte positive Folgen für den Wissenschaftsbetrieb haben kann. Von der Medizin bis zu den Geisteswissenschaften wie der Sprachwissenschaft gibt es konkrete Anwendungsgebiete, in denen künstliche Intelligenz die Arbeit

von Forschenden spürbar erleichtert und die Gewinnung neuer Erkenntnisse fördert.

Aufgabe von uns Politikerinnen und Politikern muss es sein, unsere Hochschulen und Bildungseinrichtungen, die in dieser Sache bereits heute über immenses Expertenwissen verfügen, weiter darin zu unterstützen, die durch KI entstehenden Potenziale zu nutzen, die Risiken zu minimieren und noch offene Fragen zu beantworten, die sich bei technischen Revolutionen zwangsläufig ergeben, und zwar im Geiste der humboldtschen Bildungsideale und im Sinne einer freien Wissenschaft.

Dieser Antrag soll einen Beitrag dazu leisten, KI-Kompetenzen gezielt zu fördern, das didaktische Potenzial von KI auszuschöpfen, dabei fachspezifische Unterschiede zu berücksichtigen und die Nutzung von KI in Prüfungen klar zu regeln. Gleichzeitig sollen Chancengleichheit und Lernerfolg sichergestellt werden. Die Hochschulen sollten daher ermöglichen, dass alle Studierenden grundlegende KI-Kompetenzen erwerben. Dazu gehört auch ein chancengerechter Zugang zu KI-Tools, beispielsweise durch Hochschullizenzen für kostenpflichtige Tools.

Wir begrüßen die vielfältige Initiativen, die unsere Hochschulen und die Landeshochschulkonferenz auf diesem hochdynamischen Feld bereits in die Wege geleitet haben - und selbstverständlich auch das MWK unter Minister Mohrs.

Mit diesem Antrag wollen wir eine breitere Öffentlichkeit stärker für die hochwichtigen Aspekte interessieren. Wir halten eine Diskussion auch im Parlament über dieses hochaktuelle, mit weitreichenden Wirkungen behaftete Thema für wichtig.

Ich freue mich auf die Ausschussberatungen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank. - Die nächste Wortmeldung kommt von der Fraktion der AfD. Frau Schülke, bitte schön! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

## Jessica Schülke (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Werte Herren und Damen! Heute liegt uns ein Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen vor mit dem Titel: "KI in der Wissenschaft: Forschung und Lehre auf die Auswirkungen der technischen Revolution vorbereiten".

Ein ähnlicher Antrag wurde von Rot-Grün bereits im November 2024 eingebracht. Damals ging es um künstliche Intelligenz in Kunst und Kultur. Was ist aus Ihrem damaligen Antrag geworden? Nach der Plenardebatte und einer Unterrichtung durch die Landesregierung ist erst einmal nichts weiter passiert. Der Antrag dümpelt nun im Ausschuss vor sich hin, während sich die KI-Technologie mit rasanter Geschwindigkeit weiterentwickelt.

Werte Kollegen von SPD und Grünen, jetzt noch KI im Hochschulrahmen regulieren zu wollen, ist, als hätte man 2012 Smartphones regulieren wollen - ein hoffnungslos veralteter Gedanke.

(Beifall bei der AfD)

Die technische Revolution durch KI hat längst Einzug in die Realität des Alltags gehalten, und KI ist egalitär: Jeder kann kostenlose Versionen nutzen mit mehr Zugang, mehr Leistung und mehr Gleichheit, als regierungsnah entwickelte Software je bieten könnte. Das gilt auch für Schüler, Auszubildende und Studenten. Ihre Forderung nach barrierefreiem KI-Zugang für Studierende ist somit obsolet. Tools wie ChatGPT und Grok beeinflussen und verändern Forschung und Lehre, bieten viele neue Möglichkeiten und führen zur globalen Wettbewerbsfähigkeit.

Doch statt die neue Technologie als Chance - auch für Niedersachsen - zu verstehen, schlägt Rot-Grün vor, mit einem KI-Kodex und bürokratischen Vorgaben die Nutzung von künstlicher Intelligenz in der Wissenschaft erst einmal wieder zu fesseln. Fortschritt sieht anders aus!

Und - Ich verstehe das Dilemma der Kollegen: Ihre regulierungswütige Ideologie steht dem technologischen Sprung einfach immer wieder im Wege.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das muss gerade sie sagen!)

Das beweist auch ein weiterer Punkt in Ihrem Antrag: die Beteiligung der sogenannten Zivilgesellschaft - mal wieder!

(Eva Viehoff [GRÜNE]: Das ist im Übrigen auch Fortschritt, Frau Schülke!)

Sollen zukünftig etwa Ihre eigenen NGOs darüber entscheiden, was künstliche Intelligenz generieren darf? Hoffentlich nicht!

(Michael Lühmann [GRÜNE]: Ihre Fraktion füttert doch den ganzen Tag die KI! - Gegenruf von Stephan Bothe [AfD])

Weiterhin fordert Ihr Antrag, primär auf KI-Anbieter aus der EU zu setzen. Warum betone ich das? Hier keimt der Verdacht auf, dass parallel zu den KI-Dienstleistungen gleich die richtige Überwachungsagenda dazugeliefert werden soll. Davon abgesehen: Welche KI-Anbieter gibt es denn in der EU überhaupt, außer Mistral vielleicht? Und was ist mit deutschen KI-Dienstleistern? Werte Kollegen, trauriger Fakt ist: Deutschland ist längst abgehängt und abhängig, und zwar von Ländern wie den USA und Kanada, aus denen 90 % der KI-Dienstleistungen kommen. Der Rest kommt aus China und dem asiatischen Raum.

Mein Fazit: Der Blick auf Ihren Antrag verheißt demnach nichts Neues oder Innovatives. Wir freuen uns dennoch auf die weiteren Beratungen im Ausschuss und hoffen auf eine Debatte, die endlich Freiheit, Wettbewerb und regionale Innovation priorisiert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

# Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Ich bin sicher, dass die beiden Fraktionen, von denen sich noch niemand zu Wort gemeldet hat, gerne auch dazu sprechen möchten. - Ich habe richtig vermutet. Dann würde ich jetzt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Schneider nach vorne bitten!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# Pippa Schneider (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Momentan gibt es kaum eine wissenschaftliche Ausschreibung, die ohne den Begriff KI auskommt. Wenn man die Website des Bundesministeriums für Forschung öffnet, kommt unter dem Reiter "Spitzenforschung" als Allererstes ein Eintrag mit dem Titel "KI - die neue Zukunftstechnologie". Der Nobelpreis für Physik ging Ende letzten Jahres an zwei Wissenschaftler, die Weiterentwicklungen in der KI-Grundlagenforschung geschaffen haben. Wir sehen also: Das Thema KI ist in aller Munde.

Wie die Rednerin der SPD-Fraktion bereits ausgeführt hat, beschäftigen sich sowohl die Praxis als auch die Politik schon ausführlich mit dem Thema KI. Hier will ich nur beispielhaft die Initiative "Hochschule.digital Niedersachsen" sowie unser KI-Papier, in dem wir dezidiert das Thema KI-Forschung beleuchten, nennen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Auch unsere Hochschulen beschäftigen sich mit dem Thema KI: mit den Chancen, aber auch mit den Herausforderungen, mit dem großen Einfluss, den KI auf Forschung und Wissenschaft hat, wo sie die Möglichkeiten schafft, neue, bahnbrechende Entdeckungen zu machen. Aber auch mit den Auswirkungen von KI auf Lehre und Studium, denn eines ist ganz gewiss: Lernen und Lehren funktioniert mit KI nicht mehr so wie in der Zeit vor KI.

Genau bei diesem Prozess wollen wir unsere Hochschulen unterstützen. Wie gestalten wir Prüfungen in einer Zeit, in der man Hausarbeiten einfach mit der KI schreiben kann? Wie prüfen wir dann eigentlich Wissen ab? Wie nutzen wir aber auch die neuen Möglichkeiten, die KI bietet, beispielsweise für personalisierte Lernpläne, für neue Tools in der Lehre, um so vielleicht auch mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen? Und wie lehren wir Studierenden das Handwerkszeug, das sie für einen verantwortungsvollen und auch kritischen Umgang mit KI brauchen?

Kurz: Wir dürfen die KI nicht verteufeln, aber auch nicht als Lösung aller Probleme verklären, sondern wir müssen einen sensiblen Umgang damit lehren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Um genau diesen verantwortungsvollen Umgang geht es uns. Wer über KI redet, muss auch über Themen wie diskriminierungsfreie Algorithmen und Datenschutz reden, neben der technologischen Entwicklung auch über ethische, rechtliche und soziale Auswirkungen von KI. Und genau das, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, fehlt mir in Ihren Lobpreisungen von Innovationen durch KI viel zu oft.

"Diskriminierungsfreie Algorithmen", das klingt jetzt vielleicht erst mal sperrig. Wo sollen Algorithmen eigentlich diskriminieren, und wie funktioniert das genau? Das kommt daher, dass wir unsere Vorstellungen von Gesellschaft auf die KI übertragen. Ein Beispiel: KI wird fast ausschließlich mit den Daten von weißen Menschen trainiert.

(Zuruf von der AfD: Oh Gott!)

Daraus entsteht dann ein Bias.

Ich will das einmal an einem Beispiel verdeutlichen. In einem öffentlichen Bad will ein schwarzer Mann einen automatischen Seifenspender benutzen. Als er seine Hand darunter hält, kommt aber keine Seife. Das Gerät hat die Hand schlicht nicht als solche erkannt. Bei weißer Haut oder sogar bei einem weißen Papierhandtuch löst es aus.

(Zurufe von der AfD: Hä? Was?)

Es klingt jetzt vielleicht erst mal banal, ob man Seife hat oder nicht. Aber wenn wichtige Entscheidungen mit KI getroffen werden - Entscheidungen in Versicherungen, Entscheidungen zur Gesundheitsversorgung von Menschen, Entscheidungen in Bewerbungsprozessen, zur Eignung von Menschen für eine Stelle -, dann hat das ganz konkrete Auswirkungen: Dann verändern Algorithmen ganz konkret die Lebensrealität von Menschen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir uns nicht nur mit den schönen und innovativen Seiten von KI beschäftigen, sondern auch interdisziplinäre Forschung zur Entwicklung alternativer KI-Modelle unterstützen: von KI-Modellen, die finanzierbar, stabil und transparent und damit ethisch und rechtlich besser einschätzbar und kontrollierbar sind. Digitale Systeme müssen vertrauenswürdig sein. Dafür braucht es dann aber auch hohe Ansprüche an Nachhaltigkeit und ethische Maßstäbe.

Mit unserem Antrag stellen wir sicher, dass nicht nur bestimmte Geschäftsmodelle von KI profitieren, sondern KI ein echter Gamechanger sein und für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank.- Damit kommen wir zur letzten Wortmeldung: von der Fraktion der CDU. Frau Lutz, bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

# Cindy Lutz (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Wir sprechen heute über ein Zukunftsthema, das längst Realität ist. KI verändert Forschung und Lehre nicht irgendwann, sondern schon jetzt. Schön, dass Rot-Grün jetzt, drei Jahre nach Amtsantritt, auch mit einem eigenen Antrag dazu kommt.

Erinnern wir uns kurz: Wir als CDU-Fraktion haben bereits vor über einem Jahr einen umfassenden Antrag zu KI in Wissenschaft und Lehre eingebracht. Unser Antrag fordert nicht nur zum Prüfen auf, sondern zum Handeln. Wir schlagen konkrete Maßnahmen vor. Wir wollen die Hochschulen mit klaren Leitplanken auf dem Weg begleiten und verantwortungsvoll und innovativ damit umgehen. Den Antrag hätten wir hier vor über einem Jahr gemeinsam beschließen können. Aber was passierte? Es folgte eine Unterrichtung im Ausschuss mit ein paar allgemeinen Worten aus dem Ministerium, die besagten: Wir sind schon auf dem Weg.

Sollte man, wenn man auf dem Weg ist, aber nicht auch irgendwann ankommen? Deshalb haben wir vor drei Wochen eine erneute Unterrichtung beantragt, weil wir wissen wollten: Wo stehen wir? Was wurde bisher getan? - Und was kam?

(Uwe Schünemann [CDU]: Nichts!)

Nichts! Keine Unterrichtung bisher, kein Fortschrittsbericht.

Stattdessen - das ist nun wirklich bemerkenswert - bringen die regierungstragenden Fraktionen nach 15 Monaten einen eigenen Antrag ein. Und was fordert dieser Antrag? Entweder haben Sie unsere Ideen mit blumigen Worten umschrieben, oder Sie wollen mal wieder prüfen.

(Beifall bei der CDU)

# Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Frau Lutz, entschuldigen Sie, bitte! Es gibt den Antrag von Frau Viehoff auf eine Zwischenfrage. Möchten Sie diese zulassen?

Cindy Lutz (CDU):

Klar.

# Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Bitte, Frau Viehoff!

# Eva Viehoff (GRÜNE):

Danke, Frau Lutz, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Ich würde gerne wissen, welche Maßnahmen Sie vorsehen, damit KI auch in der Lehre an unseren Hochschulen verantwortungsvoll umgesetzt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# Cindy Lutz (CDU):

Vielen Dank für die Frage. Dazu komme ich noch in meinem Vortrag. Ich weiß nicht, ob Sie Zeit haben, zu warten, dass ich es ausführe. Ich kann es vorziehen. Ich hätte dadurch ein bisschen mehr Redezeit. Wie Sie möchten!

Für uns sind zum Beispiel Ethikleitlinien etwas, das unheimlich wichtig ist. Wir möchten gern, dass die Hochschulen mit uns und dem Ministerium gemeinsam die Leitlinien dafür errichten. Frau Schneider, wir haben das Thema tatsächlich auf dem Schirm. Wenn man unseren Antrag gewissenhaft liest, sieht man, dass auch genau dieses Thema darin steht. Nur, wir sehen nicht immer nur die Risiken, wir sehen auch die Chancen.

#### (Beifall bei der CDU)

Herr Minister Mohrs, wenn Ihre eigenen Fraktionen jetzt schon Anträge schreiben müssen, um Sie aufzufordern, überhaupt tätig zu werden, dann fragen wir uns ernsthaft: Was genau haben Sie eigentlich seit Ihrem Amtsantritt in Sachen KI an den Hochschulen gemacht? Die Hochschulen brauchen Rahmenbedingungen, die Forschung braucht Investitionen, die Lehre braucht Klarheit und vor allem Unterstützung - und das nicht morgen, sondern jetzt.

(Beifall bei der CDU)

Frau Viehoff, hier sind die Vorschläge, die wir dazu in unserem Antrag gemacht haben:

Wir haben erstens einen Landesaktionsplan "KI für Hochschulen" vorgestellt - nicht irgendwann, sondern sofort.

Wir möchten zweitens, dass dabei ethische Leitlinien für den Einsatz von KI in Forschung und Lehre aufgestellt werden.

Wir haben drittens konkrete Hilfen zum Beispiel für Lehrende, um Prüfungsleistungen fair und sicher bewerten zu können, im Antrag gefordert.

Wir fordern viertens Strukturen, um KI in Lehre und Verwaltung sinnvoll einzubauen.

Wir fordern fünftens Weiterbildungen für alle Hochschulmitarbeiter, die mit KI arbeiten, nicht nur für Professoren.

Sechstens: sichere und vertrauenswürdige KI-Systeme, vom Land finanziert.

Das ist keine Utopie - das ist machbar. Aber dazu braucht es Gestaltungswillen. Und der ist - mit Verlaub, Herr Minister - bei Ihnen leider nicht erkennbar.

(Jan Henner Putzier [SPD]: Das ist ja wohl Quatsch!)

Gerade beim Thema KI an unseren Hochschulen können wir es uns nicht leisten, den Anschluss zu verlieren, Herr Minister. Während Sie weiter prüfen, startet der Bund bereits durch. Mit der neuen Hightech Agenda, die Sie heute Morgen in der Fragestunde schon selbst erwähnten, macht sich die CDU-geführte Bundesregierung auf den Weg und fördert gezielt sechs Schlüsseltechnologien.

An erster Stelle steht künstliche Intelligenz. Dafür entstehen gerade große europäische Rechenzentren, sogenannte Gigafactories für KI, das Rückgrat der digitalen Souveränität Europas. Niedersachsen darf dabei nicht erneut eine Zukunftschance verpassen. Andere Länder bewerben sich bereits um KI-Rechenzentren. Wir prüfen noch, ob wir überhaupt mitmachen wollen. Gerade der Norden hätte mit günstiger Energie die idealen Voraussetzungen, um hier führend zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Aber es fehlt an Strategie, an Mut und vor allem an Tempo. Herr Mohrs, wenn Sie weiter zögern, dann werden andere Länder die Hightech Agenda gestalten, und Niedersachsen schaut wieder von der Seitenlinie zu. Wir brauchen jetzt eine klare Entscheidung, dass Niedersachsen bei dieser nationalen Kraftanstrengung mitzieht: mit eigenen Standorten, mit unseren Hochschulen und mit einer echten Digitalstrategie. Denn nur wer mitspielt, kann letztendlich auch gewinnen.

Meine Damen und Herren, KI ist die Schlüsseltechnologie der Zukunft - nicht in zehn Jahren, sondern jetzt! Sie verändert nicht nur, wie wir lernen und lehren, sie verändert auch, was wir überhaupt unter Bildung verstehen. Es geht um die Zukunft unseres Wissenschaftsstandortes. Diese entscheidet sich nicht durch rot-grüne Prüfaufträge.

Deshalb sagen wir heute ganz deutlich: Dieser Antrag der regierungstragenden Fraktionen ist zu spät, zu vage und viel zu defensiv. Wer drei Jahre lang nichts vorlegt und dann sagt: "Wir prüfen jetzt mal", hat einfach nicht verstanden, wie schnell sich die Welt da draußen dreht.

Unsere Botschaft ist klar: Die Hochschulen brauchen klare Regeln und Ressourcen. Die Studierenden brauchen keine Unsicherheit, sie brauchen Kompetenz und Klarheit. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, sagen wir: Nicht noch mehr Zeit verlieren, nicht noch eine weitere Runde prüfen!

Herr Minister, nutzen Sie die Chance der Hightech Agenda! Bringen Sie Niedersachsen nach vorne! Denn Chancen verfallen nicht nur, sie werden irgendwann auch zur Last, Herr Minister Mohrs.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank.

Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Wir kommen jetzt zur Ausschussüberweisung.

Vorgesehen ist der Ausschuss für Wissenschaft und Kultur. Wer dem so zustimmen möchte, bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

Tagesordnungspunkt 30:

Erste Beratung:

Prüfung und Erarbeitung eines landesweiten Unterstützungsmodells für Pflegebedürftige ab Pflegegrad 2 (Prüfung eines niedersächsischen "Landespflegegeldes") - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/8537

Zur Einbringung hat sich Frau Klages von der Fraktion der AfD gemeldet. Bitte schön! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

# Delia Klages (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie stimmen mir sicher zu: Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und sie wird in den nächsten Jahren weiter an Bedeutung gewinnen. Deshalb möchte ich auf die Situation der Pflege in unserem Land und die besondere Rolle der pflegenden Angehörigen eingehen.

Ein großer Teil der häuslichen Versorgung beruht auf dem unentgeltlichen Engagement von Partnerinnen und Partnern, Kindern, Geschwistern, Freundinnen und Freunden, wie Sie an vielen Stellen nachlesen können. Gleichzeitig ist klar: Das System der professionellen Pflege - also ambulante Pflegedienste, Tages- und Kurzzeitpflege, stationäre Einrichtungen - ist weder strukturell noch personell in der Lage, die von Angehörigen erbrachten Leistungen teilweise, geschweige denn vollständig aufzufangen. Ohne das Engagement pflegender Angehöriger würde die Versorgung bereits heute zusammenbrechen.

Ich will das gerne mit ein paar Zahlen belegen: Zum 31. Dezember 2023 waren in Deutschland knapp 5,7 Millionen Menschen als pflegebedürftig registriert. Etwa 86 % dieser Menschen wurden zu Hause versorgt. Damit liegt die häusliche Pflege absolut im Zentrum der Versorgung. Diese Größenordnung ist nicht nur eine statistische Information. Sie bildet die Lebenswirklichkeit von Millionen Angehörigen ab, die tagtäglich Pflegeleistungen erbringen, die sonst von professioneller Hilfe erbracht werden müsste, was aber völlig unmöglich ist.

Auch in Niedersachsen zeigt sich diese Entwicklung. Auswertungen und Berichte der Kostenträger und Krankenkassen berichten für 2023 von über 600 000 Pflegebedürftigen in Niedersachsen mit dem Schwerpunkt in den Pflegegraden 2 und höher.

Die exakten Zahlen je Stichtag können je nach Datenquelle und Zählweise variieren. Das grundsätzliche Bild ist jedoch eindeutig: Mehr Menschen benötigen Pflege, und die meisten von ihnen erhalten sie zu Hause.

Was bedeutet das konkret für die betroffenen Angehörigen? Aktuelle Erhebungen zeigen, dass Hauptpflegepersonen im Mittel sehr hohe Wochenbelastungen haben. Jüngste Untersuchungen sprechen von rund 49 Stunden pro Woche, die für pflegerische Tätigkeit aufgewendet werden. Das hat unmittelbare Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit, die Gesundheit und die wirtschaftliche Absicherung der Pflegenden selbst. Viele reduzieren ihre Arbeitszeit, gehen also in Teilzeit, oder steigen ganz aus dem Erwerbsleben aus. Diese Belastung ist damit nicht nur ein soziales, sondern auch ein arbeitsmarktund wirtschaftspolitisches Thema, wie das Wissenschaftliche Institut der AOK, das WIdO, unlängst mitgeteilt hat.

Die Vorausberechnungen der Gutachten weisen auf Engpässe hin. Mittelfristig werden bundesweit 100 000 zusätzliche Pflegekräfte benötigt. Die regionalen Versorgungslücken sind aber bereits heute real und deutlich spürbar. Bei allen Bemühungen um die Nachwuchsgewinnung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist eine vollständige Substitution der Angehörigenpflege durch professionelle Leistungen nicht zu erwarten.

Wir stellen also fest, dass wir uns auf eine Krisensituation in den nächsten Jahren zubewegen, die wir ohne das Engagement pflegender Angehöriger niemals bewältigen können. Deshalb ist es längst überfällig, ein landesweites Unterstützungsmodell für Pflegebedürftige ab Pflegegrad 2 einzuführen. Aus

diesem Grund bringen wir hier den vorliegenden Antrag ein.

An dieser Stelle darf ich Sie an Ihren eigenen Koalitionsvertrag erinnern. Denn der Koalitionsvertrag liefert relevante Orientierungspunkte. Er erklärt, dass gute und sichere Pflege im Alter und bei Krankheit ein unverzichtbarer Teil der Daseinsvorsorge ist, und nennt explizit die Entlastung pflegender Angehöriger.

Diese bereits beschlossenen politischen Ziele sollten wir als Rahmen verstehen, innerhalb dessen eine Prüfung eines Landesmodells, wie im Antrag gefordert, erfolgen muss. Daher freue ich mich sehr auf die Beratungen im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

# Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Danke schön. - Die nächste Wortmeldung, die mir vorliegt, ist von der Fraktion der SPD. Frau Prell, kommen Sie gern nach vorn! Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

# Andrea Prell (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In diesem Plenum haben wir wieder mehrfach gehört, welche negativen Eigenschaften insbesondere den von Frau Behrendt so genannten migrantischen Freunden von der AfD zugeschrieben werden. So funktioniert Rechtspopulismus!

Sie gründen eine Gruppe: die Guten. Die sind ehrlich, patriotisch, arbeiten hart, sind das Volk der Biodeutschen.

(Harm Rykena [AfD]: Was hat das mit dem Antrag zu tun?)

# - Zuhören hilft!

Das Volk stellen Sie als bedroht und betrogen durch die Gruppe der Bösen dar. Das sind die Parteien und die Migranten. Ziel dieser Einteilung ist es, die Gesellschaft in Lager zu spalten, um klare Fronten zu schaffen.

Genau diese Spaltung ist der Untergang für den gesellschaftlichen Zusammenhalt!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Es ist damit auch das Gegenteil von Entlastung für die Pflege. Denn sie braucht vor allem ein funktionierendes Miteinander, eine gute Nachbarschaft, ein gutes gesellschaftliches Miteinander im Wohnquartier und eine solidarische Gemeinschaft, die sich gern gegenseitig unterstützt und trägt.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Mit Ihrer Politik erreichen Sie das Gegenteil. Das ist der Untergang der Pflege, sowohl für die professionelle Pflege als auch für die Angehörigenpflege.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Die Wahrheit ist: Ohne Pflegekräfte aus dem Ausland würde das System schon jetzt zusammenbrechen. Sie haben die pflegenden Angehörigen genannt, das ist richtig. Aber auch ohne die ausländischen Pflegefachkräfte und Pflegehilfskräfte wäre das System nicht mehr zu stemmen. Denn heute hat bereits jede fünfte Pflegekraft einen Migrationshintergrund, in der Altenpflege ist es jede dritte Pflegekraft.

In den nächsten Jahren werden zahlreiche Pflegekräfte in Rente gehen und stehen dem Markt dann nicht mehr zur Verfügung. Zeitgleich wächst die Zahl der Pflegebedürftigen drastisch weiter an. Es ist vollkommen illusorisch, zu glauben, dass ein Land mit überalterter Bevölkerungsstruktur aus eigener Kraft ohne den Zuzug von Menschen aus anderen Ländern das System Pflege auch in Zukunft wird stemmen können.

# Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Frau Prell, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche! Es gibt den Antrag auf eine Zwischenfrage: von Frau Klages. Möchten Sie sie zulassen?

# Andrea Prell (SPD):

Da auf meine letzten fünf Versuche eine Zwischenfrage auch nicht zugelassen wurde: Danke, nein!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Diese so dringend benötigten Menschen werden aber nicht zu uns kommen, wenn sie sich bei uns nicht willkommen fühlen und wenn sie durch Rechtsextremismus um ihre Sicherheit fürchten müssen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Sie verstärken absichtlich die ohnehin schon prekäre Lage durch Ihre sich ständig wiederholende Rhetorik "Messermänner" und "Kopftuchmädchen", wie sie von Ihrer Chefin im Bund zu hören ist.

(Stephan Bothe [AfD]: Sie hat nichts zu sagen! Nur Gerede, nur Gelaber!)

- Doch, das kommt noch! Einfach ruhig bleiben! Dann werden Sie vielleicht noch Inhalte hören.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Marten Gäde [SPD]: Nur Gelaber hören wir hier von Ihnen!)

- Ich lerne von dieser Seite.

(Zuruf von Stephan Bothe [AfD] - Gegenruf von Marten Gäde [SPD]: Hören Sie doch mal zu! - Stephan Bothe [AfD]: Was soll ich denn da hören? - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

# Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Hören Sie jetzt bitte mal alle Frau Prell zu! Denn sie hat das Wort. - Bitte!

#### Andrea Prell (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Zuruf von der AfD: Zur Sache!)

Frau Klages, Sie sagten hier gestern, Sie könnten ambitionierte Pläne von Schaufensteranträgen unterscheiden. Offensichtlich ist das nicht ganz richtig, denn dieser Antrag ist genau das: ein Schaufensterantrag.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Fishing for Compliments, ein Placebo, um beim Thema Pflege zu bleiben. Denn mit Blick auf Bayern zeigt sich ja: Das Landespflegegeld wird ab dem 1. Januar 2026 halbiert. Bislang gab es 1 000 Euro, ab dem 1. Januar sind es noch 500 Euro, und zwar nicht im Monat, sondern im Jahr - im Jahr!

Die langfristige Finanzierung ist auch im reichsten Bundesland angesichts des demografischen Wandels und der angespannten Haushaltslage unter Druck. Ein pauschal ausgeschütteter Geldbetrag, ohne systematische Versorgungskapazitäten und Entlastungsangebote zu schaffen, hilft nicht. Ein Geldbetrag behebt keinen einzigen strukturellen Engpass, macht Kurz- und Tagespflegeplätze sowie helfende Menschen zur Entlastung nicht automatisch verfügbar.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN) Die tatsächliche Entlastung bleibt in Bayern sehr begrenzt. Davon kann sich die Betroffene am Ende auch nichts kaufen.

Ich habe mir die Mühe gemacht, zum Pflegesachverstand Ihrer Partei in Ihr Bundesprogramm hineinzuschauen. Daraus will ich mal ein paar Sachen vortragen:

"Um Anreize für eine Entscheidung zur Ausbildung als Fachkraft in der Altenpflege zu schaffen, sollte die Ausbildungszeit auf zwei Jahre verkürzt werden, denn junge Menschen wollen schnell in das Berufsleben einsteigen."

Entgegen allen Stimmen aus der Wissenschaft der Pflege und von sämtlichen Pflegeverbänden! Und: Das wollen die jungen Menschen offenbar nicht.

Die jungen Menschen sollen gut qualifiziert sein, sich sicher und kompetent fühlen und den Angehörigen und Pflegenden gegenüber Sicherheit vermitteln. Zu dieser Ausbildung gehören Anatomie, Physiologie, Krankheitslehre, Pharmakologie, Validation - der komplette Pflegeprozess. Das kann man nicht in zwei Jahren lernen!! Das ist schier utopisch, es sei denn, man dequalifiziert sich weiter herunter.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Claudia Schüßler [SPD]: Mit der Folge von weniger Gehalt!)

Nächster Punkt im Programm - jetzt kommt es -:

"Allein mit inländischen Pflegekräften ... wird die Fachkräftelücke bis 2030 nicht zu schließen sein."

Immerhin haben Sie das erkannt. Ein Spoiler: Sie wird auch bis 2045 nicht zu schließen sein. Glückwunsch zu dieser Erkenntnis!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Es geht weiter:

Es bedarf "einheitlicher Regelungen hinsichtlich der vorzuweisenden Sprachkenntnisse der Bewerber, der Befristungen und der vorgesehenen Rückkehrmöglichkeiten."

Keine Perspektive in Deutschland für die Menschen, die uns hier den Allerwertesten retten, kein Familiennachzug! Keine Dankbarkeit für die Menschen, die uns hier durch diese Krise helfen!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und von Barbara Otte-Kinast [CDU])

Es geht munter weiter. Nächster Punkt: Moderne Standards, wie sie bereits im europäischen Ausland gelten, sollen angepasst werden. - Noch mal ein Spoiler: Ihre Vorschläge zur Dequalifizierung entfernen uns noch mehr von den Standards um uns herum. Fast weltweit ist Pflege ein Studiengang. Mit Ihren Vorschlägen wird es weiter dequalifiziert. Das ist das Gegenteil dessen, was Sie in Ihrem eigenen Programm stehen haben.

(Beifall bei der SPD)

Vertretung und Selbstverwaltung, Voranbringen der Profession - möchte man auch nicht. Und auch keine Zwangsfortbildungen.

Jetzt ein Punkt, der sich erst einmal gut anhört: Leistungen von pflegenden Angehörigen sollen genauso vergütet werden wie pflegerische Leistungen durch soziale Einrichtungen. - Ich habe das mal zu Ihren Gunsten berechnet und dabei nicht das Gehalt einer Pflegefachkraft zugrunde gelegt, sondern die 1 000 Euro - aber pro Monat; Sie hatten diese Zahl ja genannt, Frau Klages. Ich bin davon ausgegangen: 600 000 Pflegebedürftige in Niedersachsen mal 1 000 Euro pro Monat macht 600 Millionen Euro mal zwölf macht 7,2 Milliarden Euro. Das ist fast das Volumen des Sozialhaushaltes - schwierig!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Dann bleibt noch 1 Million Euro übrig für den ganzen Rest. Ich möchte gerne wissen, wie Sie den Menschen erklären wollen, wie wenig dann übrigbleibt.

Aber trotz dieser großen Anerkennung heißt es weiter: Pflegende Angehörige sollen unterstützt und kontrolliert werden, um eine hochwertige Versorgung sicherzustellen. - Diese Sicherstellung und Kontrolle erfolgt dann also durch das dequalifizierte Personal ohne Bleibeperspektive. Hut ab!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ich spare mir die weiteren Seiten. Die Zeit rennt ein bisschen davon.

Dies ist die Woche der pflegenden Angehörigen. Ich möchte die Chance nutzen und mich herzlich für die tolle Auftaktveranstaltung im Leibnizhaus am Montag bedanken: bei der Organisation "Wir pflegen in Niedersachsen e. V." und allen, die daran beteiligt waren. Ich möchte mich sehr herzlich bei meinen Kolleginnen und Kollegen Eva Viehoff und Jan Bauer bedanken, mit denen wir konstruktiv zusammengearbeitet haben, um das vorzubereiten.

Ganz herzliche Grüße gehen auch - das sei mir erlaubt - an meinen Wahlkreis, in dem sich die Kinos in Gronau und Alfeld gestern an der landesweiten Aktion der Woche der pflegenden Angehörigen beteiligt haben.

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Frau Prell, auf Ihren Beitrag gibt es eine Kurzintervention von Frau Klages. Frau Klages, kommen Sie bitte nach vorne!

(Beifall bei der AfD)

### Delia Klages (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Frau Prell, zuerst habe ich gedacht: Reden Sie überhaupt zum Antrag der AfD?

(Lachen bei den GRÜNEN - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Denn außer Hetze und Polemik ist ja nicht viel gekommen.

> (Claudia Schüßler [SPD]: Was? Das ist ja eine Frechheit! - Zuruf von der SPD: Hetze kommt doch von Ihnen! - Weitere Zurufe - Unruhe)

# Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Ich bitte um Ruhe!

### Delia Klages (AfD):

Wer hier hetzt und wer hier spaltet, das liegt doch wohl auf der Hand. Das haben Sie hier doch eindrücklich bewiesen.

Jetzt komme ich zu Ihren Aussagen. Natürlich ist die Pflege hier ohne ausländische Pflegekräfte überhaupt nicht zu stemmen.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Aha!)

Wenn Sie schon im Programm der AfD lesen, dann lesen Sie bitte auch weiter und gucken, was wir zur Arbeitsmarktintegration sagen!

(Zurufe von der SPD - Unruhe)

Das ist ganz klar. Aber Sie halten uns ständig etwas anderes vor. Das ist Lüge, und das ist Hetze!

(Anhaltende Unruhe)

# Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Ich bitte die SPD, jetzt langsam zur Ruhe zu kommen. Wir haben hier ein parlamentarisches Mittel der Kurzintervention. Das müssen Sie sich jetzt anhören. Sie können darauf entsprechend antworten. - Bitte!

(Ulf Thiele [CDU]: Sie hat gerade "Lüge" und "Hetze" gesagt!)

# Delia Klages (AfD):

Jetzt würde ich gerne noch einmal auf den Punkt mit den Studiengängen zu sprechen kommen. Sie wollen immer alles weiterentwickeln

(Eva Viehoff [GRÜNE]: Sie wollen alles runterentwickeln!)

und die Ausbildung weiter qualifizieren. Super! Aber dann machen Sie doch bitte die aktuelle Ausbildung nicht kontinuierlich schlechter! Denn die Studienabgänger sind die Letzten, die die Versorgung am Bett durchführen. Ich glaube, das dürfte Ihnen auch klar sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

# Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Bevor wir mit der Antwort fortfahren, möchte ich darauf hinweisen, dass Ausdrücke wie "Lüge" und "Hetze", wenn man andere damit bezeichnet, in keinster Weise in Ordnung sind. Dafür erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf, Frau Klages.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Frau Prell, jetzt haben Sie das Wort.

# Andrea Prell (SPD):

Frau Präsidentin! Sie sprachen von der Wichtigkeit der Integration am Arbeitsmarkt. Im letzten Plenum haben Ihnen die Fraktionen der SPD und der Grünen den Antrag zum Thema Arbeit und Migration vorgestellt. Dabei geht es darum, dass Fachkräftebündnisse einbezogen werden. Start Guides, Welcome Center und all das haben wir in epischer Breite vorgestellt.

Wenn das auch Ihre Intention ist, dann frage ich mich, warum Ihre Antwort war: Die SPD und die Grünen fördern illegale Migration. Das passt ja dann nicht so richtig zusammen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN) Zu der Ausbildung: Sie haben selbst gefordert - das steht in Ihrem Programm -, wir sollen uns den Qualifikationen im Umland anpassen. Das tun wir! Wir brauchen ein System von Pflegehelfenden und Pflegeassistenzen - gestern ist im Bund dazu ein Gesetz verabschiedet worden -, die dreijährige Ausbildung und Studiengänge bis hoch zum Master, weil die Aufgaben in der Pflege wachsen und - das habe ich hier schon gesagt - Pflege nicht Grundpflege ist.

Sie kommen vom Fach. Das wundert mich täglich. Das sollten Sie eigentlich am besten wissen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

### Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Die nächste Wortmeldung kommt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Frau Viehoff!

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Eva Viehoff (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist ja nicht so, dass Pflegebedürftige heute gar keine Leistungen bekommen. Nach § 45 b SGB XI ist es möglich, Entlastungsbeiträge zu beantragen. Wenn man Rechnungen über den Anspruch von Versorgungsleistungen - dazu gehören Tages- und Nachtpflege, Kurzzeitpflege und Leistungen des ambulanten Pflegedienstes - nachweist, dann werden diese im Rahmen von 131 Euro erstattet. Auch Leistungen zur Unterstützung im Alltag können eingesetzt werden und entlasten pflegende Angehörige.

Förderprogramme der Regierung aus 2016 fördern die strukturelle Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen in der ambulanten Pflege, gerade im ländlichen Raum. Dort gibt es ja das Problem. Das wurde schon zweimal neu aufgelegt. Wir fördern das mit 5 Millionen Euro, um genau diese Arbeitsbedingungen zu verbessern, die Vereinbarkeit zu verbessern und Kooperation und Digitalisierung zu stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir investieren in ambulante Pflegedienste, in die Tagespflege und in Kurzzeitpflegeeinrichtungen und sichern so vor Ort die Versorgung und verbessern damit durch Entlastung auch die Situation pflegender Angehöriger.

"Landespflegegeld" klingt auf den ersten Blick wie eine soziale Tat. Wenn man aber genauer hinschaut, wird man feststellen, dass dieses vorgeschlagene Pflegegeld gerade mal 500 Euro im Jahr bedeutet, also der Betrag - wir haben es gerade gehört -, auf den jetzt in Bayern kürzt wird. Das ist aber insgesamt eine recht hohe Summe. Bei den ca. 600 000 Pflegebedürftigen kommen wir auf 300 Millionen Euro, die der Sozialhaushalt erbringen muss. Die 500 Euro im Jahr scheinen nicht wirklich eine echte Entlastung für die Situation von pflegenden Angehörigen zu sein.

Auch ich komme auf die Veranstaltung am Montag zu der Woche der pflegenden Angehörigen zu sprechen. Dort hat sich gezeigt: Es ging nicht um Einmalzahlungen, sondern darum, dass pflegende Angehörige mehr Beratung brauchen und dass sie in diesem Bereich mehr Fachkräfte zur Unterstützung ihrer eigenen pflegerischen Aufgabe, die sie gerne übernehmen - auch das haben sie betont -, bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Pflege- und Fachkräfte bekommen wir nur aus dem Ausland. Sie sind unersetzlich, und wir brauchen sie. Dennoch wird hier auf der rechten Seite immer wieder von "Masseneinwanderung" gesprochen. Das blockiert das System, das hat meine Kollegin gerade ausgeführt. Ohne eine vernünftige Migration mit Bleibeperspektive und Familiennachzug werden wir das Problem der Pflege in Niedersachsen und in Deutschland nicht lösen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir müssen die Pflege zukunftsfest machen. Wir müssen den Angehörigen Fachkräfte an die Seite stellen und sie beraten und dürfen sie nicht mit symbolischen Einmalzahlungen abspeisen. Eine solche Beratung wäre eine wirkliche Unterstützung. Deshalb: Schauen wir doch mal, was die Beratung ergibt!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank. - Bevor wir zum Wortbeitrag von Frau Koehler kommen, nehmen wir noch einen Wechsel im Sitzungsvorstand vor.

(Vizepräsident Jens Nacke übernimmt den Vorsitz)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren mit der Beratung fort. Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Koehler. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

# Heike Koehler (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Pflegende Angehörige leisten in unserem Land Großes. Sie tun das aus Liebe, aus Verantwortung, aus Menschlichkeit und oft über ihre eigenen Grenzen hinaus. Sie pflegen ihre Eltern, ihre Partner, ihre Kinder, Tag für Tag, oft ohne Pause, oft ohne Hilfe.

Ich weiß, wovon ich spreche. Ich habe selbst erlebt, was es bedeutet, wenn ein geliebter Mensch auf Unterstützung angewiesen ist, wenn plötzlich alles andere zurücktritt, wenn die Verantwortung wächst und die Kraft manchmal fehlt. Diese Erfahrung verändert den Blick auf das Leben. Sie lehrt Demut, aber auch Entschlossenheit. Darum ist mir persönlich dieses Thema ganz besonders wichtig.

Es geht nicht um Zahlen, Paragrafen oder Anträge. Es geht um Menschen, um diejenigen, die für die anderen da sind, weil sie sie lieben. In Niedersachsen werden die meisten Pflegebedürftigen zu Hause von ihren Angehörigen versorgt. Das ist ein Ausdruck von Würde, von Selbstbestimmung, von Menschlichkeit. Aber es ist auch eine enorme Belastung: körperlich, emotional, organisatorisch. Viele pflegende Angehörige arbeiten nebenher, kümmern sich um ihre Familie und stoßen an ihre Grenzen. Und Frauen tragen dabei den größten Teil dieser Last. Das ist Realität, keine Statistik.

Diese Realität wird nicht leichter. Die Pflegebedürftigkeit in Niedersachsen steigt stetig. Immer mehr Menschen werden älter. Gleichzeitig fehlen Fachkräfte, und Entlastungsangebote sind vielerorts Mangelware. In der ländlichen Region gibt es manchmal nicht einmal eine Tagespflege, die man spontan erreichen kann. Familien müssen improvisieren und bleiben am Ende doch oft alleine. Gerade jetzt in der Woche der pflegenden Angehörigen müssen wir ganz klar sagen: Diese Menschen brauchen Unterstützung, nicht bloß warme Worte.

(Beifall bei der CDU und von Nadja Weippert [GRÜNE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute reden wir über einen Antrag der AfD, der vorgibt, genau das zu bieten. Aber dieser Antrag ist keine Hilfe, er ist eine Nebelkerze. Ein sogenanntes Pflegegeld zu prüfen, klingt gut, aber in Wirklichkeit ist es ein leeres Versprechen. Die AfD versucht, mit einem Scheinantrag Mitgefühl zu suggerieren, aber sie bleibt eigentlich jede Antwort schuldig. Wir wollen die Menschen im Alltag wirklich spürbar entlasten. Wie wollen Sie das tun? Ein jährlicher Beitrag löst keine strukturellen Probleme. Er schafft keine zusätzlichen Pflegeplätze. Er verschafft keine wirkliche Pause. Das ist Symbolpolitik, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der CDU und von Nadja Weippert [GRÜNE])

Wir als CDU-Fraktion wollen natürlich mehr. Wir wollen Lösungen, die wirken. Pflege braucht Strukturen, die Familien entlasten. Wir brauchen Nachbarschaften, Vereine, Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte, die zusammenarbeiten. Wir brauchen Menschen vor Ort, die beraten, koordinieren und frühzeitig unterstützen. Wir brauchen digitale Angebote, die Wege verkürzen, Zeit ersparen und Informationen leichter zugänglich machen.

Pflegende Angehörige dürfen nicht gezwungen sein, ihren Job aufzugeben, um zu pflegen. Flexible Arbeitszeiten, Homeoffice-Möglichkeiten und betriebliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner können helfen, die Belastung zu verringern.

(Beifall bei der CDU)

Das stärkt die Familien und sichert zugleich Fachkräfte für unser Land.

Wir dürfen die jungen Menschen nicht vergessen, die Pflege übernehmen. Die sogenannten Young Carers verdienen Unterstützung, Sichtbarkeit und Begleitung. Auch sie brauchen eine Stimme in unserer Gesellschaft.

# Vizepräsident Jens Nacke:

Frau Kollegin Koehler, ich muss Sie leider unterbrechen, weil es den Wunsch nach einer Zwischenfrage gibt: der Frau Kollegin Klages. Wollen Sie dem entsprechen?

Heike Koehler (CDU):

Nein, danke.

# Vizepräsident Jens Nacke:

Dann fahren Sie bitte fort!

#### Heike Koehler (CDU):

Wir setzen uns für finanzielle Anerkennung ein. Aber ein Landespflegegeld allein ist kein Allheilmittel. Es muss eingebettet sein in ein tragfähiges Gesamtkonzept, das Menschen entlastet, Strukturen stärkt und nachhaltig wirkt.

(Beifall bei der CDU)

Wer Pflegepolitik ernst meint, braucht Herz und kluge Konzepte - keinen Schnellschuss, keinen Scheck auf Zuruf, keine Schlagzeilen, keine Empörung. Pflege gelingt nicht mit Parolen, sondern mit spürbaren, durchdachten Lösungen. Pflege gelingt, wenn Bund, Land und Kommunen an einem Strang ziehen, wenn Bürokratie abgebaut wird, wenn Infrastruktur ausgebaut wird, wenn Familien gestärkt werden, wenn Pflege mit dem Beruf vereinbar ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Pflege darf nicht zur Überforderung werden. Pflege muss wieder menschlich und machbar sein. Dafür kämpfen wir mit Herz und Engagement: für die Menschen, die pflegen, für die Menschen, die gepflegt werden, für ein Niedersachsen, das Verantwortung übernimmt.

In der Pflegepolitik ist kein Raum für Nebelkerzen. Pflege ist eine Lebensaufgabe für uns alle. Ein besseres Niedersachsen ist machbar, und dafür setzen wir uns ein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Koehler.

Weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Deswegen kommen wir zur Ausschussüberweisung.

Vorgeschlagen ist der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 31:

Erste Beratung:

Ein aktives Wolfsmanagement in Niedersachsen - für die Weidetierhaltung, den Deichschutz und die Sicherheit der Menschen im ländlichen Raum - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/8539

Der Antrag wird für die Fraktion der CDU vom Kollegen Dr. Mohrmann eingebracht. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

## Dr. Marco Mohrmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe Ihnen versprochen, dass wir beim Thema Wolf dranbleiben. Ich will Sie da auch nicht enttäuschen. Wir werden dranbleiben, bis der gesunde Menschenverstand Einzug gehalten hat und endlich gehandelt wird.

Damit wir alle wissen, wovon wir sprechen, will ich Ihnen das einmal in Erinnerung rufen: Wir haben jetzt vermutlich über 600 Wölfe in Niedersachsen. Das dürfte mutmaßlich eine der höchsten Wolfsdichten weltweit sein. Die damit einhergehenden Probleme sind bekannt: unzählige Risse von Weidetieren, zu Hochsicherheitstrakten verwandelte Feldmarken und dazu das lediglich mit Schulterzucken zur Kenntnis genommene Ausrotten von Wildarten wie beispielsweise dem Muffel.

Meine Damen und Herren, die EU hat geliefert. Die Formulierungen im Koalitionsvertrag von Union und SPD sind eindeutig, und der Prozess läuft. Konsequentes Handeln in den Bundesländern muss nun folgen, daher folgerichtig unser Antrag.

(Jörn Domeier [SPD]: Was hat denn der Bund gemacht? - Thordies Hanisch [SPD]: Hat der Bund schon etwas beschlossen?)

Im Kern geht es um diese Punkte:

Erstens. Das Land soll den Bund bei der zügigen und notwendigen Anpassung des BNatSchG und des Bundesjagdgesetzes für ein rechtssicheres und regional differenziertes Wolfsmanagement unterstützen.

(Beifall bei der CDU und von Alfred Dannenberg [AfD])

Zweitens. Wir fordern regional angepasste Obergrenzen.

Drittens. Wir fordern die Einführung mehrmonatiger Jagdzeiten und Abschusspläne und darüber hinaus die Möglichkeit zur Problemwolfentnahme.

Meine Damen und Herren, die Agrarminister der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen - Frau Ministerin Staudte, Sie ahnen,

was jetzt kommt - haben bei der Agrarministerkonferenz am 26. September 2025 eine sehr kluge Erklärung zu Protokoll gegeben.

(Christian Schroeder [GRÜNE]: Keine sehr kluge!)

Ich fasse kurz zusammen:

Erstens. Die bisherige Bewertung des Erhaltungszustands in Deutschland ist veraltet und berücksichtigt die positive Bestandsentwicklung und Ausbreitungsdynamik der letzten 20 Jahre nicht.

Zweitens. Die Bundesregierung soll diese Entwicklung methodisch stärker berücksichtigen.

Drittens. Das Ganze soll erfolgen, um dann den deutschlandweit erkennbar günstigen Erhaltungszustand des Wolfs bei der Europäischen Kommission schnellstmöglich zu melden - mit kontinentaler und alpiner Region, und mit der atlantischen im Norden sowieso.

Die Schweiz, meine Damen und Herren, hat in der vergangenen Jagdsaison pauschal 125 Wölfe aus der eben angesprochenen alpinen Region zum Abschuss freigegeben. Südlich der Grenze ist sie möglich, die gesetzlich geregelte und reguläre Bejagung. Das betrifft exakt die gleichen Wölfe, die sich auch nördlich der Grenze in Deutschland tummeln. Und die Schweiz unterliegt genauso wie wir der Berner Konvention zum Schutz der europäischen wildlebenden Tiere und Pflanzen sowie ihrer natürlichen Lebensräume, was beim Namen dieser Konvention auch nicht überraschen dürfte.

Nun zur sogenannten kontinentalen biogeografischen Region: Sie erstreckt sich von Russland über Weißrussland, Polen und Deutschland - mit Teilen Niedersachsens - bis nach Frankreich, in Teile Italiens und des Balkans mit Zigtausenden Wölfen.

Vor diesem Hintergrund will ich Ihnen ganz deutlich sagen: Sachlich-fachlich macht diese Aufteilung in biogeografische Regionen gar keinen Sinn. Sie ist lediglich Teil eines Meldeinstruments. Wildbiologisch handelt es sich nämlich samt und sonders um Wölfe der mitteleuropäischen Gesamtpopulation. So ist auch für die Beurteilung des Erhaltungszustands die Population die entscheidende Größe.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Meine Damen und Herren, sonst würde es ja in den Grenzgebieten der jeweiligen Regionen zu Hybridisierungen kommen. Ich kann Ihnen deutlich sagen: Genetisch ist das Unsinn. (Beifall bei der CDU)

Frau Ministerin Staudte, es ist ein wirklich unfassbares Signal gegenüber den anderen Bundesländern, aber insbesondere gegenüber den Menschen im ländlichen Raum in Niedersachsen, dass Sie sich dieser Protokollerklärung der anderen Länder zur Anerkennung des deutschlandweiten guten Erhaltungszustands verweigert haben.

(Christian Schroeder [GRÜNE]: Sie kennen die Gründe, warum sie sich so entschieden hat!)

Denn damit machen Sie eines klar: Sie wollen auch weiterhin keine niedersachsenweite Regulation der Wolfsbestände.

(Beifall bei der CDU)

Die hiesigen Wölfe gehören ja, grob gesagt, im Norden der atlantischen und im Südosten der kontinentalen biogeografischen Region an, wo Sie ihnen den guten Erhaltungszustand ja nicht attestieren wollen. Meine Damen und Herren, das ist ein Abgesang auf vernunftorientierte Realpolitik. Stattdessen tun Sie sich als einzige Vertreterin eines Flächenlandes mit den Stadtstaaten Bremen und Hamburg zusammen und geben gemeinsam mit ihnen zu Protokoll, dass Sie Obergrenzen für die Zahl der Wölfe ablehnen.

Dass Sie die grundsätzliche Bestandsregulierung mit prozentualer Entnahme ablehnen, haben Sie ja auch noch einmal in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses bekräftigt. Auch da sitzen übrigens fachkundige Kolleginnen und Kollegen.

Frau Ministerin, Ihr eigener Koalitionsvertrag ist damit hinfällig! Darin haben Sie sich noch zu einem europarechtskonformen und regional differenzierten Wolfsmanagement bekannt. Fast gleichzeitig, am Montag dieser Woche, lässt sich Ihr Ministerkollege Christian Meyer in der *Nordsee-Zeitung* zitieren mit: "Niedersachsen will ein regional differenziertes Bestandsmanagement."

(Britta Kellermann [GRÜNE]: Genau!)

Ja, wer soll Ihnen das noch glauben?

Herr Meyer, da hatten Sie vermutlich ein paar Hemmungen, den dort in den letzten vier Wochen von zwölf Wolfsübergriffen geplagten Menschen reinen Wein einzuschenken, wo die Grünen stehen.

(Marie Kollenrott [GRÜNE]: Das ist Unsinn! Das stimmt einfach nicht!)

Frau Kollenrott, was soll das Ganze? Geht es gar um Wissenschaft oder um Wildbiologie? Nein! Nichts dergleichen! Die Antwort konnten wir am 26. September bei der *dpa* lesen. Dort betonte Ministerin Staudte, dass nur sogenannte Problemwölfe geschossen werden sollten, weil - jetzt kommt's! - die Ressortleitung ihrer Partei nichts von pauschalen Obergrenzen halte.

(Zuruf von der CDU: Ui! - Christian Schroeder [GRÜNE]: Blödsinn!)

Frau Ministerin Staudte, da will ich Ihnen mal sagen: Hier geht es nicht um den nächsten Parteitag der Grünen. Es geht um Ihre Verantwortung für die Menschen in Niedersachsen! Sie sind Ministerin!

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, ich habe Ihnen im letzten Plenum gesagt, dass ich Ihnen Ihr Interesse am ländlichen Raum sehr wohl abnehme. Sebastian Zinke, der Sie nächster Landrat im Heidekreis werden wollen, oder Philipp Raulfs, der Landrat im Landkreis Peine werden möchte

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Gifhorn!)

- Gifhorn!; übrigens Teil der kontinentalen Region, an die Frau Staudte ja nicht ran will -, oder Karin Logemann und Christoph Willeke, die Sie sich immer wieder erfreulich deutlich äußern - übrigens, Kollege Willeke, auch Goslar zählt zur kontinentalen Region -, und Ministerpräsident Lies, der leider gerade nicht hier ist, der sich bereits 2022 in Visselhövede unmissverständlich für Abschussquoten und Obergrenzen ausgesprochen hat, und auch alle anderen in der SPD-Fraktion: Ich bitte Sie, weisen Sie in dieser Angelegenheit Ihren Koalitionspartner in die Schranken!

Es sei denn, die Position, die gerade deutlich wurde, die Position der Ministerin Staudte, ist neuerdings auch Ihre, womöglich um den Koalitionsfrieden zu retten. Dann seien Sie bitte auch so ehrlich und sagen das den Menschen vor Ort, in Ihren Wahlkreisen und in den betroffenen Regionen. Denn eines ist ganz sicher: Wir machen das ganz bestimmt!

(Beifall bei der CDU - Jörn Domeier [SPD]: Da müssen Sie sich in Berlin durchsetzen!)

Ein letzter Hinweis an Herrn Minister Meyer: Sorgen Sie genau jetzt für Wolfsentnahmen, insbesondere im Kreis Cuxhaven! Das geht auch bei der jetzigen Rechtslage. Die Risszahlen gehen dort kräftig in die Höhe, und jeder Übergriff verleidet dem nächsten Tierhalter wieder seinen Job.

(Zuruf von Britta Kellermann [GRÜNE])

Verehrte Abgeordnete, Frau Kollegin, wenn nun tatsächlich das Jagdgesetz novelliert werden soll, dann können wir eines auch gleich heilen, und zwar den Verweis im Landesjagdgesetz auf das BNatSchG beim Thema Wolfsentnahmen. Auch dieses Hemmnis aus einer Zeit des damals höheren Schutzstatus kann ersatzlos weg.

Ich freue mich auf die Beratung unseres Antrags im Agrarausschuss.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Mohrmann. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der SPD Herr Kollege Willeke. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

## Christoph Willeke (SPD):

Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich die Gelegenheit nutzen und den Präsidenten des Deutschen Jagdverbandes hier begrüßen: Lieber Helmut, schön, dass du heute gekommen bist!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Willeke, es tut mir leid, dass ich Sie bereits zu Beginn unterbrechen muss. Aber das Präsidium ist mit den Fraktionen übereingekommen, dass die Begrüßung von Gästen in den Logen und auf den Besucherrängen ausschließlich dem Präsidium vorbehalten ist. Ich darf Sie bitten, das zukünftig zu berücksichtigen.

# Christoph Willeke (SPD):

Alles klar, vielen Dank, Herr Präsident. Daran werde ich mich in Zukunft halten.

Erst einmal halte ich fest: Wir haben das gleiche Ziel: ein regional differenziertes Bestandsmanagement. Wir wollen auf regionale Gegebenheiten eingehen und zum Beispiel Deiche, wie Sie es auch in der Überschrift Ihres Antrags fordern, besonders in den Fokus nehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Im Fokus des vorliegenden Antrags der CDU stehen Forderungen an den Bund. Das hat sich in Ihrer Rede teilweise anders angehört. Ich zitiere:

- "... sich beim Bund für ein aktives Wolfsmanagement und die dazu erforderlichen Anpassungen im Bundesjagdgesetz einzusetzen und dabei insbesondere einzutreten
- für eine mehrmonatige, unter Berücksichtigung der Interessen ländlicher Räume wie des Natur- und Artenschutzes näher zu bestimmende Jagdzeit für Wölfe,
- für Wolfsobergrenzen nach skandinavischem Vorbild, die den regionalen Besonderheiten (Deichschutz, Stellenwert der Weidetierhaltung, Siedlungsdichte etc.) Rechnung tragen".

Das Thema ist also hauptsächlich das Bundesjagdgesetz, was Sie hier richtigerweise im Bereich Landwirtschaft einordnen. Den Bundeslandwirtschaftsminister stellt die CDU/CSU.

(Christian Fühner [CDU]: Wie viele Ausreden wollen Sie eigentlich noch bringen?)

Und Herr Lechner wirft unserem Umweltminister vor, dass zum Thema Wolf nichts passiert!

(Wiard Siebels [SPD]: Das sagt ja der Richtige! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Ihr Landwirtschaftsminister möchte laut eigenen Aussagen bis zum Frühjahr eine bundeseinheitliche Lösung vorlegen.

(Djenabou Diallo Hartmann [GRÜNE]: So, so!)

Ihren Widerspruch kann man sich schon ein bisschen auf der Zunge zergehen lassen. Ihr Agrarminister Rainer betont, dass es bis Frühjahr eine bundeseinheitliche Regelung geben soll. Darauf warten wir. Und dann liest man im NDR, dass Herr Lechner dem Umweltminister im Land Niedersachsen Untätigkeit vorwirft. Na gut!

### Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Willeke, ich muss Sie noch mal unterbrechen, denn jetzt gibt es den Wunsch des Kollegen Dr. Mohrmann nach einer Zwischenfrage. Möchten Sie dem entsprechen?

### Christoph Willeke (SPD):

Nein.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Hätte mich auch gewundert! - Weitere Zurufe von der CDU)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Dann fahren Sie bitte fort!

# Christoph Willeke (SPD):

Dann könnte man jetzt ja sagen: Es läuft in allen CDU-geführten Bundesländern wunderbar; dort werden schon Wölfe entnommen. Nein, da passiert nichts!

(Nadja Weippert [GRÜNE]: Überraschung!)

Ich überlasse es den Parlamentariern hier im Raum, zu bewerten, wie viel Wolfsgeheul das also alles ist und wie viel Substanz dahintersteckt.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Was ich sehr begrüße: Sie schreiben im Antrag: "die Instrumente zur Förderung des Herdenschutzes weiter zu entbürokratisieren".

(Zuruf von der CDU: Wie stehen Sie denn jetzt dazu?)

Erst mal nehme ich das Lob zur Kenntnis: Schön, dass Sie unsere Leistungen bei der Entbürokratisierung eingestehen können. Die Forderung nach Bürokratieabbau ist immer gut. Aber was ist denn einfacher als eine Pro-Kopf-Pauschale für Schafhalter, die eingeführt wurde? Sie haben nicht gesagt, wie Sie weiter entbürokratisieren wollen. Politik mit Inhalten wäre an dieser Stelle ziemlich wichtig.

Vielleicht noch mal zum Titel - und das, finde ich, macht diesen Antrag dann schon sehr populistisch -, der lautet: "Ein aktives Wolfsmanagement in Niedersachsen - für die Weidetierhaltung, den Deichschutz und die Sicherheit der Menschen im ländlichen Raum". Sie nennen also drei Motive: Weidetierhaltung, Deichschutz und Sicherheit.

Weidetierhaltung, na klar - - -

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Willeke, es tut mir leid, dass ich Sie noch mal unterbrechen muss. Es gibt erneut den Wunsch nach einer Zwischenfrage: des Kollegen Dr. Mohrmann. Möchten Sie dem entsprechen, oder möchten Sie grundsätzlich keine Zwischenfragen zulassen?

# Christoph Willeke (SPD):

Bitte, Herr Mohrmann, auf geht's!

### Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Dr. Mohrmann, Sie haben das Wort. Bitte schön!

(Jörn Domeier [SPD]: Die Hartnäckigkeit brauchen wir auch in Berlin, bitte! -Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

# Dr. Marco Mohrmann (CDU):

Herr Kollege Willeke, herzlichen Dank für das Zulassen der zweiten Zwischenfrage. Die erste wird sich dann im Rahmen einer Kurzintervention wiederfinden.

Vor dem Hintergrund, dass Sie gerade das Thema Entbürokratisierung bei Herdenschutzmaßnahmen angesprochen haben und jetzt auf die pauschalen Maßnahmen zu sprechen gekommen sind: Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund, dass es Tierhaltern im nicht privilegierten Bereich nicht möglich ist, Baugenehmigungen für Zaunanlagen im Außenbereich zu bekommen?

(Beifall bei der CDU - Thordies Hanisch [SPD]: Das wäre auch auf Bundesebene zu ändern, oder? Privilegierte Baumaßnahmen, § 35 BauGB, Bundesrecht! - Christian Schroeder [GRÜNE]: Bundesgesetz!)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Willeke, die Uhr habe ich im Auge. Die ist weitergelaufen, das habe ich gesehen. Die Redezeit bekommen Sie natürlich noch. Und Sie bekommen auch noch weitere anderthalb Minuten für die Beantwortung. Bitte schön!

#### Christoph Willeke (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident, für die Klarstellung.

Es wäre tatsächlich interessant zu klären, auf welcher Ebene das zu lösen ist. Natürlich müssen wir den Wolfsschutz gewährleisten. Ich würde hier aber

nicht zustimmen, dass wir in dieser Hinsicht untätig geblieben sind, und die Frage stellen, ob es tatsächlich eine Bundesangelegenheit oder eine Landesangelegenheit ist. Aber konstruktive Gespräche können wir da sehr gerne führen, gar kein Problem.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Kommen wir zurück zur Rede!

Sie nennen in der Überschrift drei Motive. Bei der Weidetierhaltung gehe ich mit: Na klar, ein Wolfsmanagement würde den Weidetierhaltern helfen. Da bin ich dabei.

Deichschutz wird im Antrag nur noch in einem Kettensatz zusammen mit den Sicherheitsbedürfnissen der Menschen erwähnt. Beim Deichschutz hätten Sie zumindest mal eine wolfsfreie Zone fordern können. Aber das hat Ihr Agrarminister im Bund ausgeschlagen. Ich zitiere ihn: "Es soll Gebiete geben, in denen Wölfe entnommen werden können, aber es soll nicht stellenweise ausgerottet werden." Das ist meiner Meinung nach ein ganz klares Aus für den intensiven Schutz an Deichen.

(Pascal Leddin [GRÜNE]: So, so!)

Wenn man sich parteiintern so uneinig ist und sich zumindest auf Bundesebene nicht für Deichschutz interessiert, dann würde ich das auch nicht in die Überschrift eines Antrags einbauen. Aber gut, das war Ihre Sache.

Zur Sicherheit der Menschen: Wir haben bislang nicht einen einzigen Vorfall gehabt, und wir sind momentan auch nicht unbedingt Tollwutrisikogebiet,

(Nadja Weippert [GRÜNE]: So ist es!)

was das Risiko überhaupt erst messbar machen würde. Trotzdem möchte ich Ihnen natürlich zugestehen, sich auch bei diesem Thema für die Sicherheit der Menschen im ländlichen Raum einzusetzen.

(Birgit Butter [CDU]: Das ist aber nett!)

- Natürlich!

Aber wenn Sie dann in Ihrem Antrag nicht eine einzige konkrete Maßnahme für die Verbesserung der Sicherheit der Menschen im ländlichen Raum fordern - abgesehen von einer unkonkreten Forderung nach einer nicht genau definierten Obergrenze mit Blick auf den Wolfsabschuss -, dann ist das einfach zu wenig.

(Alfred Dannenberg [AfD]: Das ist aber genau das, was wirkt!)

Dann muss man auch zu dem Schluss kommen: Wenn Sie in Überschriften mit Ängsten spielen und dann im Antrag nicht mehr darauf eingehen, trifft das so ziemlich jede Definition von Populismus. Das muss man einfach mal so sagen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Nadja Weippert [GRÜNE]: Das ist *Bild*-Niveau!)

Ich fasse zusammen: Drei Themen in der Überschrift, wovon sich mit gutem Willen ein Thema im Antrag wiederfindet. Von vier Punkten im Antrag richten sich zwei an den Bund, wo Sie selbst den Landwirtschaftsminister stellen. Die beiden verbliebenen Punkte betreffen den Bürokratieabbau - da sagen Sie, wir müssten mehr machen, aber sagen überhaupt nicht wie - und die Forderung nach einer Obergrenze für Wölfe.

Die richtige, vorbereitete und angestrebte Lösung, die auch im Dialog mit den Weidetierhaltern Konsens ist: Wir wollen Wölfe vor allem dort entnehmen, wo sie Probleme bereiten - nicht irgendwo in Niedersachsen, wenn eine herbeigerufene, auch regionale Zahl erreicht ist, bei der Sie überhaupt nicht sagen, wie diese zu berechnen sein soll. Bei der Entnahme sind die Problemlage und der gute Erhaltungszustand unsere Leitlinie, nicht etwa unklare Obergrenzen.

Die Einführung einer Obergrenze ist absurd. Sollen Wölfe mitten in unbewohnten Gebieten ohne Weidetierhaltung entnommen werden, weil da noch "Quote übrig" ist, während dort, wo es echte Probleme gibt, kein Wolf entnommen werden kann, weil es dort der einzige auf weiter Flur ist? Na, das erklären Sie dann mal bitte den betroffenen Weidetierhaltern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Zurufe von der CDU - Jörn Domeier [SPD]: Ein besserer Antrag wäre machbar!)

Ich bin der Meinung, es wäre schlau, sich das alles zu sparen und auf Bundesebene mit den anderen Ländern eine einheitliche und wirksame Regelung zu treffen. Da bin ich mir sogar mit Ihrem Bundesminister einig, anscheinend aber nicht mit Ihnen.

Wir stehen zu unserem Ziel eines regional differenzierten Bestandsmanagements und sind mit der Interventionsgebietsverordnung im Land bestens vorbereitet auf den Zeitpunkt, wenn der Bund das Bundesnaturschutzgesetz und das Bundesjagdgesetz ändert. Sie arbeiten sich hier auf der falschen Ebene an den falschen Leuten ab.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Machen Sie Politik, die wirkt! Schieben Sie es auch nicht auf Ihren Lieblingsfeind, die Grünen! Die tragen im Bund nämlich keine Verantwortung mehr - Sie schon! Akzeptieren Sie Ihre Verantwortung und handeln Sie! Eine weniger populistische CDU ist machbar.

Glück auf!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Willeke.

Herr Kollege Seebeck, wir haben Ihre Meldung leider zu spät gesehen. Es tut mir leid, dass wir Sie an dieser Stelle nicht mehr drannehmen konnten.

Aber jetzt besteht die Möglichkeit für eine Kurzintervention auf diesen Redebeitrag. Den Wunsch dazu gibt es vom Kollegen Mohrmann. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

# Dr. Marco Mohrmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Möglichkeit der Kurzintervention muss ich hier natürlich wahrnehmen, um Ihnen, Herr Kollege Willeke, in einer Sache ein bisschen auf die Sprünge zu helfen. Beziehungsweise: Ich nenne gleich zwei Dinge.

Ein Punkt, den ich hier klar benennen will: Natürlich ist auch im Entwurf des Bundesagrarministeriums vorgesehen, in Weidegebieten eine verschärfte Bejagung herbeizuführen - da sind wir uns inhaltlich völlig einig -, und zwar pauschal.

Dann will ich Ihnen nur kurz mitteilen, dass der Entwurf des Bundesjagdgesetzes bereits seit Mitte August im Bundesumweltministerium vorliegt. Der Entwurf des BNatSchG ist bislang allerdings noch nicht bekannt. Und vielleicht noch einen letzten Hinweis: Die Bundesbauministerin ist übrigens SPD-Mitglied.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Mohrmann. - Herr Kollege Willeke möchte nicht antworten.

Dann kommen wir zum nächsten Redebeitrag: für die Fraktion der AfD Herr Kollege Dannenberg. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

## Alfred Dannenberg (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit Start der rot-grünen Regierung in Niedersachsen, vor knapp drei Jahren, sind hier bei uns 2 500 Weidetiere vom Wolf gerissen und 800 verletzt worden. In der Gesamtbilanz seit 2008 marschieren wir - gerissene, verletzte und verschollene Weidetiere addiert - auf die 10 000 zu. In Panik auf Straßen und Bahngleise gelaufene Schafe, der in den Zaun gehetzte Wallach Charlie, der dann in seiner Stallbox verblutet ist, das Pony der Familie von der Leyen und so weiter. So viel Leid bei den Weidetieren, so viel Leid bei den Tierhaltern! Wölfe, die in Siedlungen auftauchen, plötzlich vor spielenden Kindern stehen oder sich mit einem Fahrradfahrer ein Rennen liefern - alles dokumentiert.

Die Sorge, dass möglicherweise noch Schlimmeres passiert, können nur noch Ideologen oder komplett Naive zurückweisen. Denn die Anzahl der Wölfe ist hoch: offiziell in Niedersachsen über 500, Insider sprechen eher von 1 000. So oder so: die höchste Wolfsdichte der Welt. Irre, oder? Wie viele sollen es denn noch werden? Dass die grüne Ministerin sich jüngst gegen eine Wolfsobergrenze ausgesprochen hat, ist unverantwortlich.

In den letzten drei Jahren gab es hier im Niedersächsischen Landtag rund um den Wolf neun Entschließungsanträge, drei Aktuelle Stunden, drei Dringliche Anfragen, zwei Anfragen zur Fragestunde und rund 80 schriftliche Anfragen. Viel Papier, Debatten, Appelle der Opposition, Ankündigungen der Regierung! Und: Ist die Entnahme der Wölfe in Gang gekommen? Nein!

# Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Dannenberg, ich muss Sie einmal unterbrechen, denn es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage: des Kollegen Schroeder. Möchten Sie dem entsprechen?

# Alfred Dannenberg (AfD):

Nein, möchte ich nicht. Ich möchte gerne weiter ausführen.

# Vizepräsident Jens Nacke:

Dann fahren Sie bitte fort!

#### Alfred Dannenberg (AfD):

Es gab eine großspurige Regierungserklärung vor zwei Jahren: Jetzt käme das Schnellabschlussverfahren für übergriffige Wölfe. Ein kompletter Rohrkrepierer!

Es gab dieses Bonmot "Chefsache Wolf". Und als ich nach einem Jahr den damaligen Ministerpräsidenten Weil gefragt habe, was daraus geworden ist, hieß es: Das Wort "Chefsache" habe er nie in den Mund genommen. Aber sich über ein Jahr lang im Lichte dieser Zuschreibung sonnen und es laufen lassen - das konnte der SPD-Regierungschef.

Was es sonst noch so gab? Ein fragwürdiges Wolfsbüro und ein weitgehend ergebnisloses Dialogforum "Weidetierhaltung und Wolf".

Jetzt kommt's: Ein Besendern von Wölfen, das so bahnbrechende Ergebnisse geliefert hat wie: Die Wölfe halten sich überwiegend im Wald auf. Ach was!

(Heiterkeit bei der AfD)

Hinzu kommen in der Praxis immer wieder Probleme bei der Umsetzung des Herdenschutzes. Nur ein Beispiel: Bei der Anschaffung von Zaunbaumaterial müssen Weidetierhalter mit knapp 50 % in Vorleistung gehen. Das kann sich gar nicht jeder leisten, meine Damen und Herren! Rot-Grün steht in Sachen Wolf de facto voll auf der Bremse.

Jedoch: Ein aktives Wolfsmanagement ist überfällig. Es bedarf klar definierter Wolfsbestandsobergrenzen, einer regulären Jagdzeit und natürlich auch des Schutzes der ausführenden Personen.

Alle Forderungen aus diesem CDU-Antrag sind richtig und wichtig. Aber, werte Kollegen der CDU, glauben Sie allen Ernstes, dass Sie mit Links-Grün in Sachen Wolfsmanagement irgendwas erreichen können? Ich frage vor allem, weil ja auch das Bundesnaturschutzgesetz angepasst werden soll. Dazu brauchen Sie den Bundesumweltminister, und der ist - Überraschung! - von der SPD. Zieht der mit? Und wenn nicht, macht der CDU-Kanzler von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch? Oder wedelt da am Ende mal wieder der Schwanz mit dem Hund, und die CDU lässt sich auch in diesem Politikfeld von der SPD am Nasenring durch die Manege ziehen? Wir werden es erleben.

Und wenn es auch hier mal wieder nichts werden sollte mit konservativer Politik: Suchen Sie sich endlich mal einen anderen Koalitionspartner! Denn: Ein besseres Niedersachsen ist tatsächlich machbar.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Dannenberg. - Auf Ihren Wortbeitrag gibt es eine Kurzintervention des Kollegen Dr. Mohrmann. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

### Dr. Marco Mohrmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Kollege Dannenberg, ich möchte Ihnen mit auf den Weg geben - und das sage ich auch in Richtung der Kollegen der SPD -, dass ich mir sehr sicher bin, dass man in der Bundesregierung auf einem sehr guten Wege ist, das Thema Wolf kurzfristig zu lösen, in guter Zusammenarbeit zwischen Bundeslandwirtschafts- und Bundesumweltministerium. Ich bin mir sehr sicher, dass wir in Wochen, wenn nicht vielleicht sogar in Tagen erste Ergebnisse sehen.

Insofern: Vertrauen Sie darauf, dass die Bundesregierung auf einem guten Weg ist!

Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Mohrmann. - Der Kollege Dannenberg verzichtet auf eine Antwort. Insofern kommen wir zum nächsten Wortbeitrag: für Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Kura. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

### Anne Kura (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleg\*innen! Wer immer noch suggeriert, die Landesregierung in Niedersachsen tue zu wenig beim Thema Wolf, der liegt nicht nur falsch, sondern der heizt bei diesem wichtigen Thema unnötig die Stimmung weiter an- und das ist populistisch!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Veronika Bode [CDU]: Beschämend ist das!)

Diese Landesregierung hat bereits viel getan und arbeitet weiter für ein möglichst konfliktfreies Zusammenleben von Menschen, Weidetieren und Wölfen, und das im Dialog mit allen Beteiligten, mit den Weidetierhalter\*innen und mit den Naturschutzverbänden. Das unterscheidet uns von der CDU!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Liebe Kolleg\*innen, der Ball liegt jetzt beim Bund. Wenn Sie von der CDU meinen, wir hätten einen besseren Draht zu Bundeslandwirtschaftsminister Rainer von der CSU, dann nehme ich das mal als Kompliment. Oder wie soll ich das auffassen? Wenn ein Vorschlag zum Bundesjagdrecht vorliegt, wäre es ja klug, ihn auch an die Bundesländer weiterzugeben, denn es wäre wichtig, das im Konsens zu erarbeiten. Das passiert aber nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

SPD und Grüne hier in Niedersachsen haben die Bundesebene schon mehrfach aufgefordert, für rechtssichere Rahmenbedingungen für ein regional differenziertes Bestandsmanagement zu sorgen. Der Bund muss jetzt liefern, Niedersachsen ist vorbereitet.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dass der günstige Erhaltungszustand für den Wolf in der atlantischen biogeografischen Region - das ist der Großteil von Niedersachsen - jetzt festgestellt wurde, der Wolf also bei uns nicht mehr vom Aussterben bedroht ist, ist doch ein Zeichen dafür, dass der Artenschutz, die FFH-Richtlinie funktioniert

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

und dass es wichtig ist, die wissenschaftlichen Kriterien einzuhalten, für eine rechtssichere Regelung, und nicht einfach politisch zu entscheiden.

(Dr. Marco Mohrmann [CDU]: In dem Punkt hat sich Ihre Ministerin verhauen! - Gegenruf von Christian Schroeder [GRÜNE]: Nein, eben nicht!)

Die Forderung der CDU nach pauschalen Obergrenzen ist nicht nur artenschutzrechtlich bedenklich, sondern auch nicht zielführend. Auch das ist populistisch! Sie suggerieren, das wäre eine einfache Lösung. Aber damit können funktionierende

Rudelstrukturen zerstört werden. Es geht doch nicht um Wölfe, die nur wild jagen. Es geht doch darum, Problemwölfe zu entnehmen, damit das Verhalten, den Herdenschutz zu überwinden, nicht weitergegeben wird!

(Uwe Dorendorf [CDU]: Das machen wir schon!)

Auch Bundeslandwirtschaftsminister Rainer sagt: Der Wolf soll nicht stellenweise wieder ausgerottet werden. Und Umweltminister Schneider sagt: Es geht um Problemwölfe, nicht um Pauschalabschüsse.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

### Vizepräsident Jens Nacke:

Frau Kollegin Kura, ich darf auch Sie kurz unterbrechen, denn es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage: des Kollegen Dr. Mohrmann. Möchten Sie dem entsprechen?

Anne Kura (GRÜNE):

Nein, danke.

# Vizepräsident Jens Nacke:

Dann fahren Sie bitte fort!

# Anne Kura (GRÜNE):

Ich komme zum Schluss.

Uns geht es um rechtssichere, unbürokratische Entnahmen in Gebieten, wo es vermehrt zu Problemen kommt und eine Intervention nötig ist, und um einen guten Herdenschutz. Die unbürokratische Förderung dafür ist hier in Niedersachsen schon längst Realität: mit der neuen Prämie für Schafe und Ziegen - 40 Euro pro Tier, am Deich 50 Euro.

Wer hier Ängste schürt, wer Menschen in ländlichen Räumen, Weidetierhaltung und Artenschutz gegeneinander ausspielt, dem geht es nicht um Lösungen, dem geht es um Schlagzeilen. Und das finde ich bedenklich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Weil der Fokus auf dem Jagdrecht, aber eben auch auf dem Naturschutzrecht liegt, beantrage ich eine Mitberatung im Umweltausschuss.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Kura. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Landesregierung Herr Minister Meyer. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Christian Meyer**, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Mohrmann, man merkt Ihnen Ihre Verzweiflung schon an. Ich glaube, es gab noch keine Landesregierung, die sich so stark für einen pragmatischen Umgang mit dem Wolf eingesetzt hat wie diese. Wir haben den Koalitionsvertrag in Niedersachsen umgesetzt. Ich persönlich war es, der bei der Bundesregierung massiv dafür gesorgt hat, dass man die Realität anerkennt und die Berner Konvention ändert, weil der Wolf nicht mehr vom Aussterben bedroht ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ministerpräsidenten Olaf Lies und ich haben uns gemeinsam bei der EU-Kommission, bei Ihrer Präsidentin, dafür eingesetzt, dass endlich ein Vorschlag kommt, die FFH-Richtlinie europaweit zu erfüllen. Dem hat Deutschland zugestimmt. Das war übrigens unter der Ampelregierung. Und was ist in den 16 Jahren CDU-Bundesregierung zum Wolf passiert? Nichts! Also, niemand hat so viel getan wie wir, um hier pragmatisch voranzukommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie kritisieren meine Kollegin Frau Staudte. Aber die Agrarministerkonferenz - und da sind ja CDUler dabei - hat einstimmig beschlossen, das so zu machen, wie meine Kollegin Staudte es vorgeschlagen hat.

Wir begrüßen den Koalitionsvertrag Ihrer Bundesregierung, den Sie ja immer mal zitieren:

"Wir unterstützen den Herdenschutz und setzen den Vorschlag der EU-Kommission zur Herabstufung des Schutzstatus des Wolfes ... unverzüglich in nationales Recht um. Mit den notwendigen Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes sorgen wir für eine rechtssichere Entnahme von Wölfen. Wir nehmen den Wolf umgehend ins Jagdrecht auf."

"Unverzüglich", "umgehend" usw. - ich hatte eigentlich gedacht, Sie wären vorbereitet.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Sie haben so oft gesagt: Wenn die CDU an die Bundesregierung kommt, dann wird das in den ersten 100 Tagen gelöst. Und jetzt fordern Sie mich auf, die Landesregierung soll sich beim Bund für zeitnahe Anpassungen des Naturschutzgesetzes einsetzen? Wir haben vor einem halben Jahr auch auf der UMK gesagt, dass wir das unverzüglich machen.

Auch der zweite Satz meiner Kollegin Miriam Staudte ist auf der AMK einstimmig beschlossen worden. Der Bund wird gebeten, umgehend einen Gesetzentwurf für die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes vorzulegen und mit den Ländern abzustimmen - weil wir Erfahrung haben, wie wir damit umgehen wollen. Der Kollege Mohrmann hat jetzt immer gesagt, was in diesem Entwurf steht. Legen Sie ihn doch bitte mal vor, dann können wir uns dazu äußern!

Sie fordern uns im zweiten Satz Ihres Antrags auf, wir sollen uns in den Ländern darauf vorbereiten, das umzusetzen - was wir nicht kennen! Wir sind auf alles vorbereitet. Wenn der Bund alles im Detail regelt, finde ich das zwar nicht so schön, aber wir werden das umsetzen. Wenn er sagt, wir Länder sollen es machen, regional differenziert, dann machen wir Interventionsgebiete.

Wir sind uns im Dialogforum Wolf einig: Wir wollen dort handeln, wo es Probleme gibt, und nicht in den unauffälligen Territorien. Das steht da drin, das haben wir einstimmig gesagt. Nur schnell soll es gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich hatte gedacht "unverzüglich" und "umgehend" bezog sich auf die 100 Tage. Aber gerade habe ich etwas von Ihrem Bundeslandwirtschaftsminister, Herrn Rainer, gelesen. Der hatte im Sommer ja noch angekündigt, im Januar wäre es im Bundesrat. Und jetzt lese ich bei *dpa Bayern*:

"Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer (CDU) will Erleichterungen für die Jagd auf den Wolf bundeseinheitlich bis Frühjahr nächsten Jahres geregelt haben."

- Nach meiner Kenntnis geht das Frühjahr bis Juli.

"'Ich gehe davon aus, dass wir im Frühjahr kommenden Jahres mit dem Bundesjagdrecht auch durch den Bundesrat durch sein müssten', sagte Rainer."

Und dann steht da noch so schön:

"Vor einigen Wochen hatte Rainer noch von "Ende Januar" als Zielmarke gesprochen."

Wir können doch jetzt nicht ein ganzes Jahr warten, bis unsere Kommunen endlich regional differenziert handeln können!

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Dann steht hier noch:

"Rainer will ein Wolfsmonitoring einführen"

- das haben wir in Niedersachsen schon super mit der Jägerschaft geklärt -

"und die Entnahme - also den Abschuss - von sogenannten Problemwölfen ermöglichen, etwa wenn sie wiederholt Nutztiere gerissen haben."

Wie gesagt, ein Zitat von *dpa Bayern* vom 22. September. Es ging um die Klausurtagung der CSU, wo Herr Rainer irgendwas erklärt hatte.

Also, ich weiß nicht, was Sie da noch wollen!

Sie fordern uns in Ihrem Entschließungsantrag auf, die Instrumente zum Herdenschutz für kleine und mittlere Betriebe unbürokratischer zu gestalten. Immerhin räumen Sie ein, dass wir schon dabei sind, zu entbürokratisieren - nachdem Sie diese komplizierte Zaunbauförderung ins Leben gerufen hatten, bei der man drei Anträge stellen musste. Und wenn ein Zaun ein paar Zentimeter zu hoch war, bekam der Schäfer keine Förderung, weil er zu viel beantragt hatte. - Wir haben dies auf Vorschlag der Schafhalterverbände auf eine einfache Prämie umgestellt.

Ich weiß nicht, ab wann ein Betrieb bei Ihnen ein "mittlerer Schafbetrieb" ist. Ab zehn Schafen?

Dann gibt es die von Anne Kura genannten 50 Euro pro Tier am Deich und 40 Euro pro Tier im Binnenland. Unbürokratischer geht es nicht! Der Landwirt kann selber entscheiden, wie er den Herdenschutz gewährleistet, ob er das mit einem größeren Zaun oder mit einem gebrauchten Zaun machen möchte. Dieses Prämienmodell ist erfolgreich. Für 625 Betriebe haben wir 4 Millionen Euro vorgesehen, die wir unbürokratisch ausgeben können. - Das hat

diese Landesregierung gemacht! Da stehen wir an der Seite der Landwirtschaft.

Ich will an Ihren Koalitionsvertrag im Bund erinnern. Darin steht: Der Herdenschutz ist zu fördern. Aber Geld vom Bund habe ich noch nicht gesehen! Wir unterstützen die Weidetierhalter mit Landesgeld.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Minister Meyer, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage: des Kollegen Dr. Mohrmann. Möchten Sie dem entsprechen?

**Christian Meyer**, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Ja, gerne. Vielleicht kriege ich jetzt ja den Entwurf.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Bitte schön, Herr Kollege Mohrmann!

# Dr. Marco Mohrmann (CDU):

Herr Minister Meyer, herzlichen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage.

Sie haben gerade ausgeführt, welch gutes Instrument Sie mit der SchaNa geschaffen haben. Sie haben weiterhin erwähnt, wie viel Geld Sie sozusagen ins Schaufenster gestellt haben. Aber wie ist eigentlich der Mittelabfluss? Wie ist die Inanspruchnahme? Und falls das so noch nicht zur Zufriedenheit läuft: Wären Sie bereit, die Ausführungsbestimmungen noch einmal zu überarbeiten?

**Christian Meyer**, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Wir haben ausreichend Geld. Die SchaNa ist sehr unbürokratisch. Zum 1. April musste man seine Anträge stellen. Man beantragt nicht einen Zaun, sondern man kriegt das jedes Jahr bezogen auf die Fläche, 40 Euro im Binnenland und 50 Euro am Deich. Wenn man die Voraussetzungen erfüllt, geht es sehr schnell. Man bekommt sogar die Gewährleistung, dass man das für fünf Jahre machen kann. Wir hatten 625 Anträge. Es sind insgesamt 4 Millionen Euro, die die Tierhalter bekommen, wenn sie die Voraussetzungen erfüllt haben.

Es ist eben ganz einfach: Man muss nicht nachweisen, wie man es macht, sondern man muss stets den Grundschutz Wolf gewährleisten. Das heißt, die Betriebe, die schon einen Zaun hatten, konnten für

den Unterhalt dieses Zauns die Förderung - die nämlich eine Naturschutz-, eine Weide-, eine Pflege- sowie eine Hochwasserschutzmaßnahme ist - beantragen. Da es sich auch um Hochwasserschutz handelt, zahlen wir am Deich diese 10 Euro mehr. Man muss nicht belegen, ob der Mehraufwand im Einzelfall bestand.

Zum Mittelabfluss: Schauen Sie in die Richtlinie! Das Weidejahr beginnt am 1. April. Im nächsten Jahr, wenn das Jahr rum ist, bekommt man die erste Rate, je nachdem, wie viele Schafe man hat und ob man die Voraussetzungen erfüllt hat. Dann gibt es einen Verwendungsnachweis, den wir übrigens auch einfach gestaltet haben: Man muss bei einer Fläche, die beweidet wird, angeben, ob sie am Deich liegt oder im Binnenland. Sie können die Flächen sogar noch nachträglich tauschen.

Wenn Sie sagen, Sie wollen 100 ha beweiden, aber es ist am Ende eine andere Größe gewesen - die natürlich auch beweidet gewesen sein muss -, dann kann man das in dem Verwendungsnachweis, den man nächstes Jahr abgeben muss, entsprechend erklären. Das ist wie bei anderen GAP-Maßnahmen, wie beim Blühstreifen, den man jährlich oder fünfjährlich abrechnet und bei dem man dann diese Prämie ausgezahlt bekommt. Man erhält die fünf Jahresraten immer nach der Erfüllung. Die werden, glaube ich, von der Landwirtschaftskammer als der zuständigen Behörde ausgezahlt. Es ist also ganz einfach.

Zwischendurch gibt es natürlich, wie immer, Stichprobenkontrollen. Aber wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, wird das ausgezahlt. Da es immer ein Jahr sein muss, wird natürlich erst im Folgejahr ausgezahlt.

Wir haben dafür ausreichend Geld. Das Schöne ist: Diejenigen, die es wegen der Schnelligkeit unserer Maßnahme nicht geschafft haben, rechtzeitig einen Antrag zu stellen, können es auch noch im nächstes Jahr zum 1. April machen. Der muss natürlich vorher eingereicht sein, denn er muss ja noch geprüft werden. Somit können dann weitere Betriebe aufgenommen werden.

Momentan haben wir, glaube ich, über 102 000 Tiere, die theoretisch in der Förderung sind. Im nächsten Jahr, im übernächsten Jahr können noch mehr Betriebe dazukommen. Wir halten die Fördermittel dafür bereit, weil wir das für einen längeren Zeitraum machen. Wir machen das aus reinen Landesmitteln als zusätzliche Prämie.

Und die Mittel für den Zaunbau für Pferde- und Rinderhalter gibt es ja auch noch. - Das zur Vereinfachung dieser Prämie.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das Formular ist kurz. Wir haben es mit ihnen besprochen. Es ist deutlich einfacher als die komplizierte Zaunbau- oder Herdenschutzhundeförderung, die man für diese Betriebe sonst hatte.

Mein letztes Wort: Ich hoffe, wir bekommen einen Konsens hin. Wir haben diese einstimmigen Beschlüsse. Wir wollen eine Lösung haben, um bei diesen Problemen regional differenziert zu handeln. Ich glaube, es wäre ein guter Konsens, wenn man das gemeinsam mit den Ländern, die so viel Erfahrung haben, macht. Wir in Niedersachsen sind dazu bereit.

Man muss es schnell machen. Man muss auch nicht erst das Bundesjagdrecht und dann das Bundesnaturschutzrecht ändern. Wir können eine gemeinsame Regelung entwickeln, die aber abgestimmt ist und die uns hilft, Probleme zu lösen - und nicht Populismus bedient. Dafür setzen wir uns parteiübergreifend ein.

In der Umweltministerkonferenz und in der Agrarministerkonferenz sind alle politischen Farben vertreten. Von dort kam auch die Bitte, dass der Bund das jetzt, wenn der Streit mal wieder nicht gelöst werden kann, an die Länder übertragen möge. Wir können es hinkriegen. Wir haben es auch in der letzten Periode hingekriegt: Steffi Lemke hatte eine andere Position, und wir haben dennoch eine gemeinsame Position in der EU gefunden. Wir setzen uns gerne für etwas Pragmatisches ein!

Sie haben die Fälle in Cuxhaven angesprochen und immer gesagt: Dort geht das alles nicht. Die Schnellabschüsse werden scheitern.

# Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Minister Meyer!

**Christian Meyer**, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Mit liegt die Bitte des Landkreises und der Stadt Cuxhaven vor, in diesem Fall, weil die Voraussetzungen erfüllt sind, einen Schnellabschuss zu prüfen. Ich habe entschieden: Ja, wir werden es machen. Der NLWKN wird handeln, es sei denn, er sagt, das geht rechtlich nicht.

Nur, sorry! Ich kann nicht darauf warten, dass der Bund seine Hausaufgaben macht. Es wird mühselig sein. Man wird mich wahrscheinlich wieder verklagen. Wenn wir vor Gericht scheitern, dann scheitern wir halt. Aber wir sehen die Voraussetzungen: Es gibt dort eine Häufung von Rissen. Wir haben immer gesagt, im Einzelfall müssen Problemwölfe auch entnommen werden.

Wenn Sie Ihre Hausaufgaben im Bund nicht hinbekommen, dann werden wir das ernsthaft prüfen. Das heißt, wenn es dort zu einem weiteren Riss käme und die Voraussetzungen dafür erfüllt wären, dann würde ich nicht zögern, zu handeln. Das werden wir auch machen. In dem Sinne sind wir dabei, einen sachlichen, einen pragmatischen Weg zu finden.

# Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Minister Meyer, bitte bleiben Sie am Rednerpult stehen!

Zum einen möchte ich Ihnen zumindest den Hinweis geben, dass Sie von dem Zeitpunkt an, als Sie gesagt haben "Mein letztes Wort", noch anderthalb Minuten geredet haben

(Heiterkeit - Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Der Minister darf das doch!)

und deswegen die Redezeit inzwischen deutlich überschritten haben.

Sie haben aber noch eine weitere Gelegenheit, hier das Wort zu ergreifen, denn es haben sich inzwischen zwei Fragen angesammelt: einmal vom Kollegen Seebeck und einmal vom Kollegen Dr. Mohrmann. Ich frage Sie: Möchten Sie diesen Fragewünschen entsprechen?

**Christian Meyer**, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Von den Demokraten immer.

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Dann beginnen Sie, Herr Seebeck. Bitte schön! Sie haben das Wort.

# Claus Seebeck (CDU):

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Minister! Vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage.

Eine kurze Anmerkung: Ich werde Sie hinsichtlich der letzten Ausführungen, die Sie gemacht haben,

beim Wort nehmen - ich bin Mitverfasser des Antrags, auf den Sie sich bezogen haben -, dass wir im Landkreis Cuxhaven aufgrund der ständigen Übergriffe, die wir dort haben, von mehreren Wölfen, unbedingt eine Entnahme vornehmen müssen. Ich bin gespannt, wie Sie darauf eingehen.

Meine Frage - weil Sie das öfter betonen, und es von den regierungstragenden Fraktionen auch immer wieder kommt -: Was verstehen Sie ganz genau unter einem regional differenzierten Bestandsmanagement?

(Dr. Marco Mohrmann [CDU]: Sehr gute Frage!)

**Christian Meyer**, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Das ist so, wie es der Bundeslandwirtschaftsminister und der Bundesumweltminister jetzt auch gesagt haben. Wenn ich etwas in ganz Deutschland einheitlich mache, dann ist es nicht regional differenziert. Die Wolfsdichte ist auch in Niedersachsen regional unterschiedlich.

Wir werden Wölfe da entnehmen, wo wir Probleme mit einer Häufung von Nutztierrissen haben - so war es auch beim Schnellabschuss -, wo es erhöhte Schäden gibt. Das ist die Voraussetzung, um handeln zu können. Da geht es dann nicht mehr um einzelne Tiere, sondern um Interventionsgebiete, aus denen man, weil sich dort Nutztierrissen häufen, auch ganze Wolfsrudel entnehmen kann.

Ich habe das einmal im Umweltausschuss dargestellt: 80 oder 90 % der niedersächsischen Rudel haben keinen einzigen Nutztierschaden verursacht. Die sind völlig unauffällig. Da sagen auch die Schäfer: Rottet die bloß nicht aus, sonst kommen andere, die Probleme machen!

Aber wir haben auch drei, vier, fünf, sechs - je nachdem, wie man das betrachtet - Rudel, die gehäuft Nutztiere in bestimmten Regionen reißen. Das ist die Voraussetzung für eine Entnahme. Wir haben zum Beispiel einen Cluster im Landkreis Cuxhaven, wo, wie Sie wissen, eine Vielzahl von Rindern und Schafen gerissen wurde, auch nachdem der Grundschutz überwunden wurde.

Ich sage Ihnen aber auch: Im Bundesrat haben CDU-geführte Länder einen Antrag beschlossen, in dem es heißt, dass es momentan keine rechtlichen Möglichkeiten gibt, Wölfe zu entnehmen. Ich habe damals zu diesem Antrag geredet und gegen ihn gestimmt. Das Oberverwaltungsgericht hat gesagt, dass Schnellabschüsse grundsätzlich möglich sind.

Die Begründung mag schwierig sein. Aber es kann Notlagen geben, in denen ich nicht mehr auf den Bund warten kann. Aber kritisieren Sie mich dann nicht dafür, wenn der Schnellabschuss scheitert! Wenn die Bundesregierung ihre Hausaufgaben in den ersten hundert Tagen gemacht hätte, hätten wir im Kreis Cuxhaven und in anderen Regionen sofort handeln können.

Im Landkreis Helmstedt zum Beispiel ist zurzeit eine Allgemeinverfügung zur Entnahme eines Wolfs in Kraft. Für den Landkreis Cuxhaven prüfen wir das jetzt ernsthaft. Damit komme ich einer Bitte des Landkreises und der Stadt Cuxhaven nach. Die hätten das natürlich auch selber machen können, aber okay! Ich kriege dann wieder die Haue, aber ich werde mich der Verantwortung stellen. Wenn die Voraussetzungen gegeben sind, wird es in diesem Fall eine Entscheidung nach dem alten, dem aktuellen Recht geben.

Jetzt die zweite Frage!

(Dr. Marco Mohrmann [CDU]: Ich habe noch Redezeit! Das machen wir gleich!)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Gut, dann ist die Frage zurückgezogen.

Herr Minister Meyer, ich bedanke mich für Ihren Wortbeitrag.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es gibt eine weitere Wortmeldung für die CDU-Fraktion: von Herrn Kollegen Dr. Mohrmann. Sie haben noch Restredezeit. Außerdem hat die Landesregierung ihre Redezeit um etwa dreieinhalb Minuten überzogen. Sie haben also eine Redezeit von drei Minuten. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

#### Dr. Marco Mohrmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Ich will die kurze Restredezeit gar nicht ausschöpfen, aber erstens noch einmal sehr deutlich zum Ausdruck bringen: Die regionale Differenzierung, die Sie, Herr Minister Meyer, gerade angesprochen haben, findet sich exakt in unserem Antrag wieder.

Zweitens. Eines ist in dieser Debatte sehr klar geworden: Wenn Sie davon sprechen, dass Niedersachsen ein regional differenziertes Bestandsmanagement will, dann können wir nach dem, was Sie uns heute gesagt haben, sicher davon ausgehen, dass Sie Obergrenzen wie in Schweden und anderen Ländern oder prozentuale Entnahmen, wie sie schon der jetzige Ministerpräsident Lies in seiner damaligen Eigenschaft als Umweltminister im Jahre 2022 vorgeschlagen hat, ablehnen.

Das heißt, Ihnen geht es nach wie vor "nur" um die Entnahme von Problemwölfen und nicht um ein Bestandsmanagement. Das müssen wir hier heute einmal deutlich herausarbeiten.

Insofern fordert unser Antrag tatsächlich das Gegenteil Ihrer Politik.

(Christian Schroeder [GRÜNE]: Totaler Quatsch! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Deswegen war es so wichtig, dass wir damit in dieses Plenum kommen und das auch nach draußen deutlich machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU - Anne Kura [GRÜNE]: Man muss auch mal zuhören!)

### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Mohrmann. - Es liegt eine weitere Wortmeldung seitens der Landesregierung vor. Herr Minister Meyer, bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

**Christian Meyer**, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Noch einmal, um das nicht stehen zu lassen:

Übrigens: Schweden macht keine regional differenzierten Obergrenzen. Welche Regionen sollen das sein? Die haben eine Zahl, und das sind andere Status. Das haben wir schon mehrfach geklärt.

Und zu dem, was Sie vorhin über die Schweiz gesagt haben: In der Schweiz gilt die FFH-Richtlinie nicht. Es ist vielmehr eine EU-Richtlinie, die man umsetzen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

In Ihrem Koalitionsvertrag steht, dass Sie den Vorschlag der EU-Kommission zur Herabstufung des Schutzstatus in der FFH-Richtlinie ins deutsche Recht umsetzen wollen. Um die FFH-Richtlinie zu

ändern, musste man die Berner Konvention ändern. Das nur zur Klarstellung.

Auch Niedersachsen ist kein Mitgliedstaat, kein Einzelstaat. Insofern muss das regional differenziert heruntergebrochen werden. Von daher ist das natürlich auch ein großer Widerspruch. Ich will es noch einmal sagen: Im Koalitionsvertrag des Bundes steht, dass Sie das ändern wollen, um das regional differenziert zu machen. Ich habe den Bundesumweltminister und den Bundeslandwirtschaftsminister zitiert.

Im Dialogforum Weidetierhaltung und Wolf stimmen wir uns mit den Weidetierhaltern ab. Die haben gesagt: Aus unauffälligen Territorien soll man nichts entnehmen. Wir wollen ja Schaden vermeiden. Der Wolf wird bleiben. Auch in Ihrem Antrag steht, dass eine Untergrenze nicht unterschritten werden soll, dass der günstige Erhaltungszustand nicht gefährdet werden soll.

Einen günstigen Erhaltungszustand haben wir in großen Teilen Niedersachsens erreicht. Das ist auch ein Erfolg dieser Regierung, dass die EU das endlich festgestellt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber der Wolf bleibt geschützt. Man darf ihn nicht in einen schlechteren Erhaltungszustand zurückfallen lassen. Das wäre nämlich ein Rechtsbruch.

Deshalb sollten wir Tiere nur dort entnehmen, wo wir Probleme haben. Dafür wird es, wenn der Bund uns endlich ein regional differenziertes Vorgehen ermöglicht, Interventionsgebiete geben. Denn in unserem Koalitionsvertrag steht nicht, dass wir das auf Landesebene machen können. Das steht vielmehr: Wir arbeiten an einem Konzept der Bundesregierung mit. Und wenn sie keines hat, dann soll sie unseres nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Minister Meyer.

Weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir zur Ausschussüberweisung kommen.

Der Ältestenrat hat vorgeschlagen, den Antrag dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu überweisen. Frau Kollegin Kura hat eine Mitberatung durch den Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz beantragt. Ich

schaue in Richtung der Antragsteller, ob es dagegen Bedenken gibt. - Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich über beide Vorschläge gemeinsam abstimmen. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

Tagesordnungspunkt 32:

Erste Beratung:

Ambulante sozialpädagogische Angebote für junge Straftäter zukunftsfähig weiterentwickeln - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8547

Der Antrag wird eingebracht: für die Fraktion der SPD vom Kollegen Gäde. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

#### Marten Gäde (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor einiger Zeit habe ich in Delmenhorst, im Wahlkreis des geschätzten Kollegen Deniz Kurku, eine Einrichtung des Vereins Brücke e. V. besucht. Ich saß dort mit den Sozialpädagog\*innen zusammen, die tagtäglich mit Jugendlichen arbeiten, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind. Vor Ort konnte ich mich von den zahlreichen Angeboten überzeugen. Straffällige Jugendliche werden dort durch projektorientierte und strukturierte Maßnahmen auf ihrem Weg der positiven Veränderung begleitet. Der Verein betreibt unter anderem eine Fahrradwerkstatt, ein Pro-Aktiv-Center und auch ein Projekt in Wildeshausen.

Was mir in Delmenhorst berichtet wurde, war ziemlich eindrücklich und, ehrlich gesagt, etwas alarmierend - eindrücklich, weil ich gesehen habe, mit wie viel Einsatz, Geduld und Haltung dort gearbeitet wird; alarmierend, weil dort Unsicherheit in Bezug auf die Zukunft herrscht. Eine Kollegin sagte mir sinngemäß: Wir geben hier alles, aber wenn die Finanzierung weiter so knapp bleibt, können wir bald niemanden mehr auffangen.

Das ist die Realität vieler freier Träger, die ambulante sozialpädagogische Angebote für straffällige Jugendliche in Niedersachsen anbieten, und das wollen wir ändern, und zwar im gesamten Land Niedersachsen. Deswegen bringen wir heute diesen Antrag ein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ambulante sozialpädagogische Angebote - kurz: ASA - sind ein Erfolgsmodell. Sie sind seit über 30 Jahren Praxis. Über 4 700 junge Menschen werden jährlich in 51 Projekten landesweit betreut. Aber 80 % der freien Träger meldeten 2023 eine existenzielle Bedrohung. Acht Projekte mussten seit 2019 geschlossen werden; ein Träger ist bereits insolvent.

Bereits seit 1986 fördert das Land ambulante sozialpädagogische Angebote der Jugendhilfe für junge Straffällige. Vor dem Hintergrund des erzieherischen Handlungsansatzes des Jugendstrafrechts tragen diese Jugendhilfeangebote dazu bei, den jungen Straffälligen sozial verantwortliches Handeln zu vermitteln. Im Zentrum stehen Wiedergutmachung und die Aufarbeitung von Konflikten. Junge Menschen erlernen Verhaltensweisen, um wieder in die Gesellschaft eingegliedert zu werden. Damit wird ein Weg geebnet, um wieder Teil der Gesellschaft zu sein und nicht wieder auf die schiefe Bahn zu geraten.

In geeigneten Fällen ersetzen ambulante Maßnahmen wie Betreuungsweisungen, soziale Trainingskurse und Täter-Opfer-Ausgleich die traditionellen Sanktionen wie Geldbuße oder Jugendarrest und Jugendstrafe. Diese Angebote brauchen wir heute unbedingt. Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2024 zeigt über 47 000 Tatverdächtige unter 21 Jahren. Die Zahlen sind stabil hoch, seit etwa 20 Jahren haben wir ähnliche Zahlen. Das zeigt auch, dass der Bedarf an solchen Maßnahmen weiterhin hoch ist.

Hinter jeder Statistik steckt ein Mensch. Die Ursachen für Straffälligkeit können ganz verschieden sein. Oftmals ist es ein junger Mensch aus schwierigen Verhältnissen, ohne Halt, ohne Perspektive. Da könnten wir sagen: Ab ins Gefängnis! Wir könnten aber auch sagen: Du bekommst eine Chance, aber du musst auch mitarbeiten.

ASA bedeutet, selbst Verantwortung zu übernehmen, Konflikte zu bearbeiten, statt sie zu verdrängen, nicht wegzusperren, sondern hinzusehen und zu begleiten. Das ist moderne Resozialisierung, das ist echte Prävention.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Die aktuelle Förderrichtlinie läuft 2025 aus, und deswegen ist genau jetzt der richtige Moment, sie neu zu denken. Wir fordern eine auskömmliche Finan-

zierung, angepasst an Tarifsteigerungen und Sachkosten, einfachere Verfahren für mehr Planungssicherheit und weniger Bürokratie, gleichwertige Lebensverhältnisse - egal, ob auf dem Land oder in der Stadt -, das Angebot und die Förderung innovativer Ansätze wie neuer Modelle aufsuchender Arbeit.

An dieser Stelle ist es aber ganz besonders wichtig, dass wir diese Angebote finanziell absichern. Schon in den Haushaltsberatungen 2024 ist es uns als Parlament gelungen, dass wir zusätzlich 1 Million Euro bereitgestellt haben. Der nächste Schritt erfolgt in diesem bzw. im kommenden Jahr.

## Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Gäde, ich darf Sie unterbrechen, weil es den Wunsch nach einer Zwischenfrage gibt: des Kollegen Holsten. Möchten Sie dem entsprechen?

## Marten Gäde (SPD):

Sehr gerne, Herr Holsten.

# Vizepräsident Jens Nacke:

Bitte schön, Herr Kollege Holsten! Sie haben das Wort.

#### Eike Holsten (CDU):

Sehr geehrter Herr Gäde, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Sie reden von einem Aufwuchs im Haushalt um 1 Million Euro zusätzlich. Ich glaube, wir sind jetzt bummelig bei 3,5 Millionen Euro. Können Sie mir sagen, wie viele Jugendliche das Land damit adressiert? Und haben Sie eine Idee, was einzelne Landkreise pro Jahr allein für einzelne Systemsprenger aufrufen?

(Beifall bei der CDU)

## Marten Gäde (SPD):

Ich habe eben gerade ausgeführt, dass ungefähr 4 700 Jugendliche in diesen Maßnahmen sind, die wir unterstützen. Sie haben recht: Es sind eher 3,6 Millionen Euro, die wir jetzt zur Verfügung stellen. Im Vergleich: Zu Ihrer Regierungszeit waren es ungefähr 2 Millionen Euro - das ist fast eine Verdopplung. Das zeigt, dass wir uns an dieser Stelle richtig gut eingesetzt haben, und das ist, finde ich, ein großer Erfolg unserer Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN) Für diesen Erfolg möchte ich mich bedanken: Vielen Dank, Herr Minister Philippi, dass Sie sich für diese Angebote so stark gemacht haben. Das ist wirklich ein sehr gutes Zeichen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wenn man sich mal zu Fragen der Jugendstraffälligenhilfe umhört, dann hört man relativ schnell populistische Stimmen. Und wenn ich die Populisten höre, die sagen, man müsste bei der Jugend stärker durchgreifen, dann frage ich mich: Was bringt denn eine härtere Strafe, wenn sie nicht wirkt? Studien zeigen, dass die Rückfallquote nach Jugendhaft über 60 % beträgt. Nach den ASA-Maßnahmen ist sie deutlich geringer.

Da ich schon mal bei den Populisten bin: Was macht denn eigentlich die AfD in Niedersachsen?

(Zuruf von der AfD: Was macht die SPD denn in Wilhelmshaven? - Gegenruf von Eike Holsten [CDU]: Die schickt die Junge Alternative in eine Maßnahme!)

Sie will gleich alle wegsperren, und zwar möglichst lang. Kein einziger Gedanke daran, wie man Rückfälle verhindert!

Ich erinnere mich an die Debatte vor einigen Monaten. Da wollte die AfD das Strafmündigkeitsalter senken. Sie vertreten die Position: "Kinder in den Knast", und ich finde, das geht überhaupt nicht!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Da sehen Sie den Unterschied zwischen Populisten und ernsthafter Politik: Wir nämlich treten für Lösungen ein.

Ich komme zurück nach Delmenhorst, zu den Pädagog\*innen, die mir erzählten, wie sie mit jungen Menschen arbeiten, die in Gewalt und Drogenkonsum abgerutscht sind. "Die Brücke e. V." ist nicht einfach nur ein Projekt, sie ist für viele ein Weg aus schwierigen Situationen. Und wir sorgen dafür, dass dieser Weg offen bleibt!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Das ist unser Antrag. Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Gäde. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der AfD Frau Kollegin Behrendt. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

### Vanessa Behrendt (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Erst kippen sie ihr Cola und Zigarettenasche über den Kopf, dann zünden sie ihre Haare an und stellen das Video ins Netz. Die 13-Jährige aus Heide ist für immer traumatisiert. - Die Täterinnen kriegen 40 Stunden gemeinnützige Arbeit und ein Anti-Gewalt-Training!

Nächster Fall im bayerischen Günzburg: Ein Junge wird von Mitschülern ins Krankenhaus geprügelt, weil sein Pausenbrot nicht halal ist. Er wird als dummer Deutscher beschimpft, gefilmt, ins Netz gestellt und fürs Leben gezeichnet. - Die Verfahren gegen die Täter werden eingestellt!

Dritter Fall in Wien: Zehn 16- bis 21-Jährige werden freigesprochen, nachdem sie die 12-jährige Mia wieder und wieder nächtelang gruppenvergewaltigten.

Meine Damen und Herren, es sind Taten wie diese, die Kollege Jan Schröder von der SPD im Februar als Einzelfälle relativiert. Er warnt vor einer zu frühen Kriminalisierung junger Menschen.

Und ich muss sagen: Ich finde das ungeheuerlich! Nicht wir kriminalisieren diese Jugendlichen, sondern sie kriminalisieren sich selbst. Als AfD sagen wir ganz klar: Unser Strafrecht hinkt der Realität hinterher. Es ist höchste Zeit, das Strafmündigkeitsalter endlich von 14 auf 12 Jahre abzusenken.

(Beifall bei der AfD)

Es kann nicht sein, dass die Mörderinnen von Luise vor ihrer Tat noch googeln, dass sie mit unter 14 Jahren nicht strafrechtlich belangt werden können.

Das vorausgeschickt, sagen wir: Natürlich muss es auch Maßnahmen für Jugendliche zwischen Straffälligkeit und Haft geben. Sogenannte ambulante sozialpädagogische Maßnahmen - kurz: ASA - verfolgen den Ansatz "erziehen statt bestrafen". Sie wollen die Rückfallquote reduzieren und verhindern, dass jugendliche Straftäter endgültig in die Kriminalität abdriften.

SPD und Grüne fordern nun mehr Geld für diese ASA. 81 % der nicht staatlichen Einrichtungen seien finanziell unter Druck. - Sozialpädagogische Maßnahmen für jugendliche Straftäter sind natürlich begrüßenswert, aber nur dann, wenn sie Erfolg haben.

(Marten Gäde [SPD]: Haben sie ja!)

Ja, wir müssen über die Förderpraxis von NGOs in diesem Bereich sprechen. Aber nicht, um sicherzustellen, dass AWO und Co. blind staatliche Mittel zufließen, sondern um neu zu definieren, welche Gegenleistungen wir dafür erwarten. Denn das muss klar sein: Wir wollen keine Sicherheit für NGOs, sondern wir wollen Sicherheit für die Bürger dieses Landes, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD - Swantje Schendel [GRÜNE]: Dann beschäftigen Sie sich doch mal damit, wer alles Fördergelder bekommt! Dann arbeiten Sie doch mal, statt nur Ihre populistischen Reden zu halten! Sie könnten das nachgucken!)

- Frau Schendel, sind Sie fertig?

(Swantje Schendel [GRÜNE]: Nein, ich bin nicht fertig! Sie könnten das nachgucken! Und wenn Sie wirklich mal im Ausschuss arbeiten würden, dann könnten Sie auch sehen, wohin diese Fördergelder gehen!)

- Darf ich weitermachen? Danke schön.

Gerade nichtstaatliche Organisationen müssen beweisen, dass sie liefern,

(Zuruf von der AfD: Frau Schendel! - Klaus Wichmann [AfD]: Sie können sich zu Wort melden! - Jens-Christoph Brockmann [AfD]: Zwischenrufe sind in Ordnung, aber nicht die ganze Zeit dazwischenreden! - Gegenruf von Ulrich Watermann [SPD]: Wer sagt das denn? Kräht ständig dazwischen, aber will dann hier Ruhe!)

insbesondere im Vergleich mit den nach unserer Ansicht guten Ansätzen der Häuser des Jugendrechts, in denen Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe gebündelt sind.

Liebe SPD, das können Sie den Ihnen nahestehenden Organisationen gerne mit besten Grüßen von der AfD ausrichten: Wir finanzieren keine Gewohnheiten, sondern Resultate. Und weil Sie das so gerne betonen: Natürlich sind sozialpädagogische Angebote günstiger als Haftstrafen. Doch, meine

Damen und Herren: Billig ist nicht billig, wenn die Wirkung ausbleibt.

(Beifall bei der AfD - Marten Gäde [SPD]: Das sind sehr gute Angebote, die jungen Menschen helfen, auf den richtigen Weg zu kommen!)

Mindestens ein Teil der Fördermittel muss daher zukünftig an Performance-Ziele gekoppelt werden. Wer Erfolge erzielt, darf sich der Förderung sicher sein, wer versagt, muss mit Streichung rechnen. Und NGOs, die ihr Geld wert sind, werden das nicht scheuen.

(Marten Gäde [SPD]: Das sind keine NGOs!)

Der Überweisung stimmen wir zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Behrendt.

Frau Kollegin Behrendt, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass es einen Beschluss des Ältestenrates, in Abstimmung mit den Fraktionen, gibt, dass das Parlament nicht dafür genutzt werden darf, neben dem gesprochenen Wort über Kleidung, Anstecker oder dergleichen eine zusätzliche politische Botschaft zu transportieren. Ich kann nicht genau lesen, was auf Ihrem T-Shirt unter dem Wort "Freedom" steht, aber ich habe mehrfach den Hinweis bekommen, dass es sich dabei um eine politische Botschaft handeln könnte.

(Omid Najafi [AfD]: Und was ist mit der Schleife?)

Wir werden das prüfen. Das wird Thema im Ältestenrat sein. Wir behalten uns vor, Ihnen gegebenenfalls einen Ordnungsruf dafür zu erteilen. Sollte es sich dabei um eine politische Botschaft handeln, darf ich Sie bitten, jetzt entweder die Kleidung zu wechseln oder sie abzudecken, denn das in diesem Plenarsaal nicht zulässig.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Wir kommen zum nächsten Wortbeitrag. Das ist, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der der Frau Kollegin Schendel. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# Swantje Schendel (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! - Ich kann Ihnen gerne erklären, was es mit der grünen Schleife auf sich hat. Das ist keine politische Botschaft, sondern ein Zeichen, um Menschen mit seelischen und psychischen Erkrankungen Sichtbarkeit zu verschaffen. Ich glaube, Sie können mir zustimmen, dass das in Ordnung ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Kolleg\*innen! Jugendstrafrecht ist - - -

# Vizepräsident Jens Nacke:

Frau Kollegin Schendel, ich muss jetzt doch noch intervenieren.

# Swantje Schendel (GRÜNE):

Soll ich das doch abnehmen?

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Nein, das müssen Sie nicht. Ich möchte das nur kurz erläutern - vielleicht habe ich mich nicht klar genug ausgedrückt -:

Der Beschluss ist letzten Endes dahin gehend gefasst worden, dass kleine Symbole wie beispielsweise ein Parteisymbol oder auch ein Symbol für die Zugehörigkeit zu einer Organisation oder Ähnliches - sofern deren Aussagekraft in der Übertragung der Plenardebatte im Fernsehen nicht über die des gesprochenen Wortes hinausgeht - zulässig sind.

Insbesondere Schleifen welcher Art auch immer, mit denen Sie Ihre Solidarität zum Ausdruck bringen will, wurden als zulässig betrachtet. Gleiches gilt für kleine Buttons im Knopfloch. Aber größere Buttons und insbesondere T-Shirts - diese Frage haben wir ausführlich diskutiert - oder Kleidung mit Beschriftung sind nicht erwünscht.

Insofern würde ich eine Schleife in dieser Größe gerade noch als akzeptabel ansehen. Sie kann natürlich eine politische Botschaft transportieren. Aber diese überschattet nicht das gesprochene Wort, und darum geht es.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Bitte schön, Frau Schendel, fahren Sie fort!

# Swantje Schendel (GRÜNE):

Danke. Herr Präsident.

Liebe Kolleg\*innen, Jugendstrafrecht ist Erziehungsstrafrecht. Das steht so im Gesetz, und das hat einen guten Grund: Junge Menschen sind keine kleinen Erwachsenen. Ihre Taten entstehen häufig aus Unsicherheit, fehlender Orientierung, aus belastenden Lebenslagen. Deshalb brauchen sie vor allem eines: eine Chance, es besser zu machen.

Ambulante sozialpädagogische Angebote geben ihnen genau diese Chance. Wir wissen - um auf den Beitrag von Frau Behrendt einzugehen -: Freiheitsentzug führt in den meisten Fällen nicht zur Besserung, sondern zur sozialen Entwurzelung. Wer Jugendliche in Haft steckt, der isoliert sie und vertieft oft genau die Probleme, die sie überhaupt erst in den Konflikt mit dem Gesetz gebracht haben.

Ambulante Hilfen dagegen holen die jungen Menschen in ihrem Umfeld ab. Sie setzen an den tatsächlichen Problemen an, die da lauten: familiäre Gewalt, Schulabbruch und oft Perspektivlosigkeit. Sie vermitteln genau das, was im Arrest niemals gelernt werden könnte: Verantwortung übernehmen, Konflikte gewaltfrei lösen und eigene Stärken erkennen.

Dass diese Maßnahmen funktionieren, ist bereits seit Jahren wissenschaftlich belegt. Kollege Gäde hat es gesagt: Trotzdem geraten diese Maßnahmen zunehmend unter Druck. Viele Träger gerade in den ländlichen Regionen kämpfen ums Überleben. Das ändern wir heute mit unserem Antrag und mit dem kommenden Haushalt langfristig.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich möchte die Zeit an dieser Stelle aber auch nutzen, um auf die öffentliche Debatte einzugehen, die auch in diesem Parlament immer mal wieder entfacht wird, wenn wir über jugendliche Straftäter\*innen sprechen. Ja, es gibt nach einem kurzen Rückgang in den Corona-Jahren nun wieder einen Anstieg bei der registrierten Jugendkriminalität. Ja, dabei gibt es auch beunruhigende Fälle, die Schlagzeilen machen.

Gerade der Wiederanstieg körperlicher Gewaltdelikte unter Jugendlichen muss uns besorgen, auch wenn diese Zahlen noch nicht so hoch sind wie in den 90er- und 2000er-Jahren, also in der Zeit meiner Jugend. Ich würde also auch dafür plädieren, das Maß zu wahren und nicht eine erneute Jugend-

gewaltwelle herbeizureden. Denn das ist zum großen Teil - das sage nicht ich, sondern aktuelle Studien, in denen diese Zahlen ausgewertet werden - ein statistischer Nachholeffekt nach den Corona-Jahren. Wenn wir genau hinsehen, dann erkennen wir auch: Bei den Täter\*innen - mehrheitlich Tätern - handelt es sich in vielen Fällen um Kinder und Jugendliche mit erheblichen sozialen Problemen und multiplen Problemlagen.

Wer aber jetzt die falschen Schlüsse zieht, der gefährdet nicht nur die Rechtsstaatlichkeit, sondern auch die Wirksamkeit unseres Handelns. Wer jetzt nach härteren Strafen ruft, wer die Strafmündigkeit auf zwölf Jahre senken will, wie die AfD es fordert, oder wer, wie Teile der CDU und namentlich Kanzler Merz, das Jugendstrafrecht verschärfen will, betreibt Symbolpolitik auf dem Rücken junger Menschen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das ist nicht nur populistisch, das ist nachweislich kontraproduktiv, denn die jungen Menschen, die wir heute abschreiben, die sehen wir morgen wieder: mit neuen Taten, mit neuen Opfern und neuen Schäden.

Deshalb müssen wir genau auf das schauen, was wirklich wirkt. Das sind nachweislich die ambulanten Hilfen, die wir nun stärken. Denn dort kümmern sich Sozialpädagog\*innen und ihre Kolleg\*innen intensiv um diese Jugendlichen. Sie schauen hin und reichen Jugendlichen Hände, die schon lange keine Hände mehr gereicht bekommen haben. Sie strafen die Jugendlichen nicht pauschal ab, aber sie fordern Verantwortungsübernahme ein. Sie schließen mit ihrer Arbeit keine Türen, sondern sie eröffnen neue Wege, eröffnen neue Perspektiven. Ich finde, für diese Arbeit verdienen die Angebotsträger unseren großen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der CDU)

Lassen Sie uns einmal schauen, wen wir mit Verschärfungen auch treffen würden. Fast alle Jugendlichen werden zumindest im Bagatellbereich irgendwann in ihrer Jugendzeit delinquent. Die meisten straffällig gewordenen Jugendlichen werden das auch nur ein- bis zweimal. Dabei handelt es sich größtenteils um Sachbeschädigung, um Fahren ohne Fahrschein, um so etwas wie Ladendiebstahl. Natürlich auch um ernstzunehmende Straftaten, aber das passiert halt ein- bis zweimal im delinquen-

ten Bereich. Ich wette, hier sitzen auch einige Abgeordnete, die von ihren Jugendstrafen berichten könnten.

(Delia Klages [AfD]: Das will ich aber nicht hoffen! - Veronika Bode [CDU]: Das ist vielleicht bei den Grünen so!)

Diese Jugendlichen brauchen Hilfen, Perspektiven und keine weiteren Härten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Jugendhilfe ist keine Schwäche des Rechtsstaats, sie ist ein Schatz, und sie ist eine Stärke. Die Jugendhilfe schützt die Gesellschaft nicht durch Wegsperren, sondern durch wirksame Integration straffällig gewordener Jugendlicher.

Ich persönlich finde, es ist ein Geschenk, ein großer Schatz unseres Rechtsstaats, dass wir Jugendlichen mit diesen Angeboten Perspektiven geben und ihre Lebenswege nachhaltig zum Positiven verändern können. Lassen Sie uns diese Angebote gemeinsam stärken!

In diesem Sinne: Ich freue mich auf die Ausschussberatung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schendel. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der CDU der Kollege Holsten. Bitte schön!

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

# Eike Holsten (CDU):

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Rot-Grün thematisiert heute den Umgang mit jungen Menschen, die straffällig geworden sind, und die Frage, wie wir ihnen eine echte Perspektive bieten können. Es geht dabei nicht nur um die Reaktion auf Fehlverhalten, sondern auch um die Chance, junge Menschen wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Die sozialpädagogischen Angebote der Jugendhilfe leisten dabei seit vielen Jahren eine sehr wertvolle Arbeit.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie setzen nicht nur auf Strafe, sondern auf Unterstützung, Begleitung und Verantwortung. Die jungen Menschen werden ernst genommen und erhalten die Möglichkeit, ihr Verhalten zu reflektieren und neue Wege zu gehen. Durch individuelle Betreuung, soziale Trainingskurse oder den Täter-Opfer-Ausgleich lernen sie, Verantwortung zu übernehmen und die Folgen ihres Handelns zu verstehen.

Diese Projekte zeigen eindrucksvoll, dass Erziehung und Hilfe oft mehr bewirken als Sanktionen. Sie geben jungen Menschen die Chance, ihr Leben wieder in die Hand zu nehmen und langfristig einen Teil unserer Gemeinschaft zu bilden. - So weit, so wertvoll und wichtig diese Arbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber gleichzeitig darf man nicht übersehen, dass wir es mit einer wachsenden Herausforderung zu tun haben: Die Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen nimmt zu. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Erst vor kurzem hat das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen alarmierende Ergebnisse einer Umfrage veröffentlicht, die zeigt: Die Täter werden immer jünger, das Durchschnittsalter bei der ersten Straftat sinkt. Diese Entwicklung macht auch vor unseren Schulen nicht halt.

# Vizepräsident Jens Nacke:

Ich muss Sie einmal unterbrechen. Es gibt den Wunsch der Kollegin Schendel, eine Zwischenfrage zu stellen. Möchten Sie dem entsprechen?

Eike Holsten (CDU):

Ja.

# Vizepräsident Jens Nacke:

Bitte schön!

# Swantje Schendel (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Vielen Dank, Herr Holsten, für das Zulassen der Zwischenfrage.

Da Sie gerade angesprochen haben, dass die Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen ein zunehmendes Problem sei, möchte ich Sie gerne fragen, ob Sie auch die Dunkelfeldstudien unter anderem mit Schüler\*innenbefragungen aus Niedersachsen kennen, nach denen Schüler\*innen eher von einem Rückgang der Gewalttaten unter Jugendlichen in den letzten Jahren berichten. Ist Ihnen das bekannt, oder soll ich Ihnen das mal zusenden?

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Eike Holsten (CDU):

Die Studie sagt mir ad hoc nichts.

Ich empfehle Ihnen aber gleichsam den Bericht von, ich meine, "Hallo Niedersachsen" - ich schicke ihn Ihnen zu -, in dem genau davon die Rede gewesen ist. Ich empfehle Ihnen sehr, einmal in Brennpunktschulen beispielsweise in Salzgitter zu gehen, in denen man Schülergespräche überhaupt nur noch unter Personenschutz stattfinden lassen kann, in denen es Panikräume gibt, in die sich Lehrer zurückziehen, in die Waffen und anderes mitgebracht werden

Es mag Dunkelfeldstudien geben, nach denen sich Gruppen in den vergangenen Jahren weniger betroffen fühlen. Wir erleben aber auch Lehrer, die exakt das Gegenteil berichten, und das wirklich in dramatischer Form.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Diese Lehrkräfte berichten von einem deutlichen Anstieg an Gewalt, Bedrohungen, Beleidigungen, räuberischen Erpressungen, Körperverletzungen und sogar Raub. Immer häufiger werden zudem Waffen in die Schule mitgebracht.

All das zeigt: Die Gewaltbereitschaft an unseren Schulen nimmt zu, und wir müssen dringend handeln. Wir brauchen Prävention, zügige Intervention und konkrete Maßnahmen, um junge Menschen wieder auf den richtigen Weg zu bringen.

Wie ernst die Lage von der Landesregierung genommen wird, zeigt uns aber der Haushalt. Ich möchte dabei auf einen Zusammenhang hinweisen, den wir alle uns hier sehr genau vor Augen führen müssen: bummelig 3,5 Millionen Euro - ich habe das eben in meiner Zwischenfrage an Herrn Gäde angeführt - für ambulante sozialpädagogische Angebote für junge Straftäter, für Reparaturbetrieb, wo vorher schon sehr viel schiefgegangen ist.

Wissen Sie was? Ich nehme einmal kurz die Vogelperspektive ein: Die Ausgaben in der Kinder- und Jugendhilfe haben sich in Deutschland von 2010 bis 2023 von 11 Milliarden Euro auf über 23 Milliarden Euro mehr als verdoppelt: über 2 Milliarden Euro in Niedersachsen. Dagegen nehmen sich die 3 Millionen Euro natürlich sehr bescheiden aus.

(Marten Gäde [SPD]: 3,6 Millionen!)

vor allem wenn man sieht, auf welchen Defiziten unsere Kommunen sitzen. Ich habe zum Auftakt der Haushaltsberatungen im Ausschuss die Erstattungen in der Kinder- und Jugendhilfe, der Eingliederungshilfe und anderen Dingen, auf denen die Kommunen hart sitzengelassen werden, thematisiert.

Jetzt kommen wir mal von den Milliardenbeträgen auf die Millionenbeträge ganz konkret in einer Kommune. Ich berichte Ihnen aus den Haushaltsberatungen bei mir im Landkreis Rotenburg (Wümme), wo wir gerade hart kämpfen und sämtliche Investitionen zusammenstreichen, obwohl es uns eigentlich gar nicht so schlecht geht.

Das kommunale Defizit bei mir im Landkreis Rotenburg in der Kinder- und Jugendhilfe - zugegeben: man muss die zwei Drittel Kita-Kosten herausrechnen, aber wir wollen uns da mal annähern; es geht schließlich auch um die Gebührenfreiheit in unseren Kindergärten, die nicht auskömmlich finanziert ist - betrug im Jahr 2024 57 Millionen Euro und beträgt jetzt im Jahr 2025 über 62 Millionen Euro. Für kommendes Jahr planen wir mit einem Defizit von über 71 Millionen Euro in diesem Bereich.

Wir haben in Rotenburg (Wümme) einen Haushalt von 450 Millionen Euro. Wissen Sie, was ich den Leuten erklären muss, wenn ich sage: "Ich saniere eure Schulen nicht und baue eure Straßen nicht mehr aus"?

(Swantje Schendel [GRÜNE]: Das kommt doch jetzt mit dem Investitionspaket! Nicht Äpfel mit Birnen vergleichen!)

Genau das! Wir hatten dort im Jahr 2010 ein Defizit von 16 Millionen Euro. Heute, binnen 15-Jahres-Frist, beträgt es 71 Millionen Euro. In dieser Lage befinden sich doch unsere Kommunen. Da sollten Sie bitte durchaus die Dramatik erkennen.

Das ist nur ein Beispiel, das zeigt, wie hart unsere Kommunen bereits am Limit sind und ausbluten, weil es an wirksamen Maßnahmen fehlt, die explodierenden Kosten in diesem Bereich in den Griff zu bekommen und die übergeholfenen Maßnahmen auskömmlich zu finanzieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU - Swantje Schendel [GRÜNE]: Ich bin gespannt auf Ihren Vorschlag!)

Wenn Sie hier die Jugendhilfe thematisieren und sich für mehr Geld im Haushalt feiern - was ja okay ist; ich habe die Wirksamkeit und die Notwendigkeit dieser Maßnahmen beschrieben -, dann gucken Sie doch aber auch dorthin, wo der Baum wirklich

brennt. Hier geht es um Milliarden und nicht um wenige Millionen. Helfen Sie den Kommunen ganz praktisch damit, wie man mit Systemsprengern umgeht! Einzelfälle mit 50 000 oder 60 000 Euro pro Fall und Monat sind da nicht mehr die Ausnahme. Das ist eine halbe Million Euro pro Fall!

Wir müssen doch einmal der Jugendhilfe helfen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann es nicht laut genug sagen, aber ich erwähne hier immer wieder sehr gerne, was die kommunalen Spitzenverbände von Ihrer Haushaltspolitik halten. Dieses Zitat, das man hier im Landtag nicht oft genug wiederholen kann, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist: "Halbzeit beim Land - Endzeit bei den Kommunen".

(Beifall bei der CDU)

Herr Gäde, Sie bedanken sich bei Minister Philippi. Ich kann Minister Philippi heute nur auffordern, endlich dorthin zu gehen, wo es bei den Kommunen brennt und wo es ihnen wehtut, und ihnen in der Jugendhilfe zu helfen, bei den Systemsprengern hinzusehen und zu gucken: Wie gehen wir das Problem gemeinsam an? Am Ende geht es nicht nur um Haushaltszahlen, aber eben um diese jungen Menschen. Da ist das Land sehr wohl in der Lage, endlich vernünftig zu helfen.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Holsten, es gibt noch einen weiteren Wunsch nach einer Zwischenfrage: erneut von der Kollegin Schendel. Möchten Sie diesem entsprechen?

# Eike Holsten (CDU):

Na klar.

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Bitte schön!

## Swantje Schendel (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Lieber Herr Holsten, vielen Dank.

Ich habe jetzt ein bisschen gewartet, dass Sie einen Vorschlag dazu machen, wenn Sie uns doch auffordern, konkret bei den Systemsprengern etwas aus Landesperspektive zu machen.

(Carina Hermann [CDU]: Sie regieren!)

Mich würde Ihr Vorschlag interessieren, was das Land konkret bei den Kosten der Systemsprenger machen sollte, und ob sich dieser Vorschlag dann auch in Ihren Haushaltsanträgen am Ende des Jahres abbilden wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Eike Holsten (CDU):

In diesem Bereich, gerade bei den Sozialausgaben - ich habe das eben sehr drastisch mit Zahlen geschildert, unter denen unsere Kommunen geknechtet werden; die Kurve ist exponenziell steigend -, geht es nicht darum, irgendwo etwas zusammenzustreichen, sondern darum, dafür zu sorgen, dass diese Kurve abflacht und wir endlich Maßnahmen im System ergreifen, die helfen. Das kann das Land sehr wohl.

(Swantje Schendel [GRÜNE]: Das war nicht meine Frage! - Wiard Siebels [SPD]: Jetzt müssen Sie nur noch sagen, wie!)

Systemsprenger, die ich nach Baden-Württemberg oder auf irgendein Schiff und vor wenigen Jahren noch für 50 000, 60 000 oder 70 000 Euro im Monat nach Osten geschickt habe - - -

(Ulrich Watermann [SPD]: Verantwortlich sind aber die Jugendämter, und die haben weggeguckt!)

- Ich beantworte die Frage. - Genau, wunderbar! Jetzt kommt es: "Die Kommunen sind doch verantwortlich! Ist mir völlig egal! Deren Problem! Mögen denen doch die Kosten weglaufen!" Herr Watermann, das ist die richtige Einstellung: "Nicht mein Problem! Die Kommunen gehen kaputt, aber mir ist das eigentlich egal, das ist deren gesetzliche Zuständigkeit!"

(Ulrich Watermann [SPD]: Keine Ahnung vom Thema!)

Sie schreien um Hilfe. Es gibt eine ganze Reihe Vorschläge des NLT, aber auch einzelner Kommunen.

Ich bin jüngst an der Universitätsmedizin in Göttingen gewesen, um mit dem Chef der Kinder- und Jugendpsychiatrie darüber zu reden. Er sagt, das muss nicht 50 000, 60 000 oder 70 000 Euro kosten. Er hat Herrn Minister Philippi Vorschläge geschickt und darum gebeten: Lasst uns das System doch mal vom Kopf auf die Füße stellen! Das können wir zentralisieren! Da gibt es kluge Apparate, wie wir helfen können! Das ist deutlich billiger!

Aber das Land müsste mal hingehen, den Kommunen endlich helfen und diesen Hilferuf hören. Das ist das, was wir von Ihnen erwarten.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, jetzt haben Sie meine Redezeit gesprengt. Aber ich will versöhnlich enden: Es geht hier um Jugendliche, die die Orientierung verloren haben, die keinen Halt mehr finden und viel zu oft in Gewalt und Kriminalität abrutschen. Jeder jugendliche Straftäter ist einer zu viel, aber jeder Einzelne von ihnen verdient auch die Chance, wieder auf die richtige Bahn zu kommen.

Helfen wir den jungen Menschen mit diesem guten Programm! Unterstützen wir das! Aber helfen wir auch den Kommunen, damit sie auch in Zukunft für die jungen Menschen da sein können! Es ist höchste Zeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Holsten.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor, sodass wir zur Ausschussüberweisung kommen.

Federführend soll der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung und mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen zuständig sein.

Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 33:

Erste Beratung:

Zentralisierung und Digitalisierung der Gebührenerhebung und -bearbeitung bei der Polizei voranbringen - Effizienz steigern, Digitalisierung nutzen, KI-Potenziale prüfen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8549

Für die Einbringung hat sich gemeldet: für die Fraktion der SPD Herr Kollege Zinke. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

# Sebastian Zinke (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man merkt es in den Rängen nicht mehr ganz so, aber wir kommen jetzt wahrscheinlich zum Höhepunkt dieses Plenarabschnitts, jedenfalls was den politischen Inhalt angeht.

Wir haben in diesem Plenarabschnitt schon über die Zukunft der Automobilindustrie diskutiert. Wir haben darüber diskutiert, wie wir Niedersachsen als Agrarland Nummer eins erhalten können. Wir haben über Tierwohl, Kommunalfinanzen und das Für und Wider eines Untersuchungsausschusses diskutiert.

# (Vizepräsident Marcus Bosse übernimmt den Vorsitz)

Alle diese Themen verblassen aber gegenüber dem, das jetzt beraten werden soll. Denn es geht um die Gebührenerhebung bei der Polizei, meine sehr geehrten Damen und Herren. Man glaubt es auf den ersten Blick nicht, aber das ist tatsächlich ein spannendes Thema.

Mit dem jetzt hier vorliegenden Antrag wollen wir einen Beitrag für Bürokratieabbau, für die Zentralisierung und die Digitalisierung der Gebührenerhebung bei unserer Polizei leisten.

Meine Damen und Herren, begonnen hat diese Geschichte mit einer sogenannten Prüfmitteilung des Landesrechnungshofs aus dem Jahre 2022. Darin hat der Landesrechnungshof aufgeführt, dass es Unterschiede darin gibt, wie unsere Polizeibehörden mit der Gebührenerhebung umgehen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Nicht zum ersten Mal!)

Es gibt einige Polizeibehörden, die das zentralisiert haben - darunter Hannover und die PD Lüneburg -, und andere, die das dezentral gemacht haben. Der Landesrechnungshof hat festgestellt, dass die Polizeibehörden, die zentralisiert haben, das Ganze deutlich effizienter und qualitativ besser machen. Insofern bitten wir in unserem Antrag die Landesregierung, dieses Modell bis zum Jahresende auch auf die anderen Polizeibehörden des Landes auszuweiten und quasi bis Silvester überall im Land die Gebührenerhebung zu zentralisieren.

Meine Damen und Herren, der Innenausschuss hat sich in den vergangenen Monaten aufgrund des Antrags der CDU-Fraktion intensiver mit dem Thema Gebührenerhebung bei der Polizei beschäftigt. Wir hatten zu diesem Thema auch eine größere Anhö-

rung, bei der herausgekommen ist, dass die Forderungen aus Ihrem Antrag nicht so ganz umzusetzen sind.

(André Bock [CDU]: Er ähnelt eurem Antrag!)

Aber es hat trotzdem die Anregung gegeben, diesen Antrag, den wir jetzt gerade diskutieren, zu erstellen, und es ist insbesondere aufgezeigt worden, dass wir auch bei den Gebührentatbeständen etwas nachbessern sollten.

Deshalb bitten wir die Landesregierung, ein Konzept zu erstellen, mit dem wir die Bußgeld-, Kostenund Leistungsstellen in Niedersachsen weiter zentralisieren. Wir haben die Vorstellung, dass wir künftig eine zentrale Stelle für das ganze Land haben werden, um noch effektiver Gebühren erheben zu können. Wenn das Ganze gut funktioniert, soll es nicht nur der Polizei dienen, sondern auch unseren Kommunen angeboten und für diese nutzbar gemacht werden, meine Damen und Herren, und das Ganze heutzutage natürlich idealerweise unter der Nutzung von KI.

Wir wollen auch, dass die Gebührentatbestände überarbeitet werden. Dass wir da einen Bedarf haben, ist, wie gesagt, auch aus der Anhörung hervorgegangen. Auch darum bitten wir die Landesregierung in diesem Antrag.

Letztlich bitten wir darum, dass die Landesregierung die ganzen Prozesse, die es dazu gibt - es gibt noch in der einen oder anderen Tasche einen Bußgeldblock - digitalisiert, sodass wir jetzt zu volldigitalisierten Prozessen kommen.

Meine Damen und Herren, der Titel verrät es nicht gleich, aber auch mit diesem Antrag leisten wir einen Beitrag dafür, das Leben und die öffentliche Verwaltung in Niedersachsen schneller, günstiger und leichter zu machen. Damit ist dieser Antrag ein Beitrag für einen moderneren Staat in Niedersachsen. Deshalb verdient er es eigentlich, nicht der vorletzte Antrag auf der Tagesordnung zu sein, sondern ganz oben zu stehen. Aber der Ältestenrat hat das so entschieden.

Wir freuen uns an dieser Stelle auf die Ausschussberatung und hoffen, dass wir am Ende einen guten Beitrag für ein modernes Niedersachsen leisten können.

(André Bock [CDU]: Ein besseres Niedersachsen ist machbar!)

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit, Herr Bock, und ich wünsche Ihnen nachher ein schönes Wochenende.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - André Bock [CDU]: Ebenso!)

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Ganz so weit ist es ja nun noch nicht. Jetzt hat erst mal die Kollegin Saskia Buschmann aus der CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Buschmann!

(Beifall bei der CDU)

#### Saskia Buschmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie Herr Zinke schon sagte, wird heute ein Antrag der Fraktionen von Rot und Grün eingebracht - 872 Tage, seitdem unser Antrag auf dem Tisch gelegen hat. Da ist man schon gespannt, was alles Neues drin ist. Ich gehe davon aus, dass es Ihnen genauso ergangen ist wie mir.

Doch als ich den Antrag gelesen habe, bin ich sehr ernüchtert worden. Denn wir lesen in dem Antrag: prüfen, evaluieren, berichten - alles schön der Reihe nach. Nur Handeln kommt nicht vor! Es soll geprüft werden, ob eine Zentralisierung vorgenommen werden kann, es soll bewertet werden, welche Effizienzpotenziale denkbar wären, und am Ende heißt es: Die Landesregierung soll berichten. Sehr geehrte Damen und Herren, das ist kein Antrag, das ist eine Behördenrundmail!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Während SPD und Grüne noch prüfen, ob sie irgendwann einmal prüfen könnten, hat die CDU längst gehandelt. Wenn man so will, ist der vorliegende Antrag die Fortsetzung unseres Antrags aus dem Mai 2023 - Herr Zinke hat es gesagt -, basierend auf den Ausführungen des Landesrechnungshofs von 2022. Nur, wie bei den meisten Fortsetzungen üblich, kommt die zweite Fassung nie an das Original heran.

Unser Antrag vom Mai 2023 basiert auf vier klaren Punkten:

Erstens. Alle Gebührentatbestände im Kostentarif 108 müssen überarbeitet werden. Jede polizeiliche Amtshandlung vom Platzverweis bis zur Räumung muss voll kostendeckend abgebildet werden. Der Landesrechnungshof schätzt, dass dem Land Niedersachsen jährlich bis zu 5 Millionen Euro an Gebühren entgehen, weil Verfahren nicht zentral, nicht digital und nicht konsequent bearbeitet werden.

Unsere zweite Forderung: Wir wollen die Gebührentatbestände erweitern. Wer vorsätzlich Einsatzlagen verursacht - durch Sitzblockaden, Klebeaktionen oder gezielte Polizeibindung -, soll auch die Kosten tragen.

(Beifall bei der CDU)

Das, meine Damen und Herren, ist keine Härtefrage, das ist eine Gerechtigkeitsfrage. Machen Sie endlich Politik, die die Bürger verstehen, anstelle von ideologischem Unsinn! Denn sonst machen Sie die Ränder erst recht stark.

(Beifall bei der CDU)

Unsere dritte Forderung: Wir fordern die vollständige Digitalisierung der Gebührenerhebung: kein Zettel, kein Fax, kein Vergessen mehr. Wenn ein Einsatz endet, muss automatisch die Gebührenstelle informiert werden, damit endlich die Einnahmen erhoben werden, statt verloren zu gehen.

Und unsere vierte Forderung: Wir verlangen die Zentralisierung der Gebührenbearbeitung innerhalb der Polizei, so wie es der Landesrechnungshof ausdrücklich empfiehlt. Denn Zuständigkeitswirrwarr kostet Geld, Zeit und Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, 872 Tage - so lange hat Rot-Grün gebraucht, um festzustellen, dass der Landesrechnungshof, die Polizei und die CDU von Anfang an recht hatten.

Wer Ordnung will, muss handeln. Genau da beginnt Sicherheit: nicht im Blaulicht, nicht in den Schlagzeilen, sondern im Stillen, bei den Entscheidungen, die getroffen werden müssen, auch wenn es gerade niemanden interessiert. Aber was passiert, wenn Verantwortung in Verwaltung umschlägt, wenn Prüfen zur Ersatzhandlung wird und Handeln die Ausnahme ist? Dann fragen sich Bürgerinnen und Bürger zu Recht, ob ihr Staat sie noch schützt oder ob sich der Staat lieber mit sich selber beschäftigt.

Sicherheit, meine Damen und Herren, ist kein Selbstläufer - sie ist Auftrag. Viele Menschen in Niedersachsen spüren: Gewalt, Respektlosigkeit und Extremismus nehmen zu. Und die Antwort der Landesregierung? 872 Tage des Abwartens, des Wegsehens und der Prüfaufträge, 872 Tage, in denen die CDU gehandelt und die Landesregierung gezögert hat, und 872 Tage, in denen wir vorgelegt und Sie Vermerke geschrieben haben.

Wir haben gewarnt - Sie haben gewartet. Wir haben geliefert - Sie haben gelabert. Eine Landesregierung, die ewig prüft, verliert irgendwann die Autorität, die sie eigentlich schützen soll.

Unsere vier Punkte sind kein Wunschzettel und waren es auch nicht. Sie sind eine Gebrauchsanweisung: für Ordnung, für Effizienz, für Rechtsklarheit und damit für das Vertrauen und den vertrauensvollen Umgang mit Steuergeldern.

Wer Einsatzkosten verursacht, soll sie auch tragen - und nicht die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

(Beifall bei der CDU)

# Vizepräsident Marcus Bosse:

Frau Kollegin Buschmann, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Zinke zu?

## Saskia Buschmann (CDU):

Sehr gerne.

### Vizepräsident Marcus Bosse:

Bitte schön!

# Sebastian Zinke (SPD):

Herr Präsident! Erst einmal herzlichen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage, Frau Kollegin Buschmann.

Erinnern Sie sich daran, dass bei der Anhörung zu Ihrem Antrag sämtliche Anzuhörende gesagt haben, dass man den Inhalt Ihres Antrages auf jeden Fall nicht umsetzen soll?

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der AfD: Genau!)

#### Saskia Buschmann (CDU):

Zu der Anhörung zu diesem Antrag kann ich Ihnen gleich noch eine Passage geben, wenn Sie so lange warten können. Aber ich kann Ihnen sagen: In dieser Anhörung gab es auch jede Menge Aussagen, dass es eben doch umsetzbar ist. Damit ist das, was Sie sagten, eben nicht richtig.

(Beifall bei der CDU - André Bock [CDU]: So ist es! Guckt einfach in das Protokoll! - Ulrich Watermann [SPD]: Wenn man labert und nicht zuhört, dann kommt das so! - Gegenruf von André Bock [CDU]: Uli, das kommt ja von dem Richtigen! Vorsicht an der Bahnsteigkante! - Heiterkeit bei der CDU)

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Frau Buschmann, fahren Sie bitte fort! - Ich bitte um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit!

### Saskia Buschmann (CDU):

Die CDU steht für Sicherheit mit Maß, Verstand und Haltung.

(Ulrich Watermann [SPD]: Das ist ja ganz was Neues!)

Wir liefern, wir handeln, während andere hoffen. Denn Sicherheit ist kein Feld für Experimente, sondern das Fundament jeder Freiheit. Oder, um es mit einem Satz zu sagen: Wir stehen an der Seite derer, die unser Land schützen, und nicht am Spielfeldrand der Ideologie.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Oh je, wir reden über Computer!)

Jetzt kommt es, Herr Zinke: Nicht alle, aber die entscheidenden Stimmen in den Anhörungen haben klargemacht: Wir als CDU lagen mit unserem Antrag aus dem Jahr 2023 genau richtig. Jetzt liegt es an Ihnen. Wer Verantwortung trägt, muss handeln und nicht erst, wenn die Lange brenzlig wird.

Ein besseres Niedersachsen ist machbar, wenn wir die schützen, die unser Land schützen.

(Beifall bei der CDU)

Ihr Antrag ist ja nicht falsch,

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

kann er ja auch gar nicht! Er ist ja schließlich die 2.0-Variante unseres Antrags von vor 872 Tagen. Ihr Antrag kommt nur zu spät, und das Entscheidende fehlt, nämlich erstens die Bearbeitung der Gebührentatbestände im Kostentarif 108. Jede polizeiliche Amtshandlung vom Platzverweis bis zur Räumung muss kostendeckend abgebildet werden. Zweitens fehlt die Einführung neuer Gebührentatbestände: Wer vorsätzlich Einsatzlagen verursacht, muss die Kosten tragen. Das ist Gerechtigkeit - kein Strafmaß.

Dennoch freue ich mich auf die Beratungen im Ausschuss. Ich bin mir sicher, dass diese nicht mehr 872 Tage dauern werden, denn so viel Zeit werden wir und werden Sie nicht mehr haben. 2027 wollen wir das Ruder übernehmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung: aus der Fraktion der AfD der Abgeordnete Marzischewski-Drewes.

(Beifall bei der AfD - Stefan Marzischewski-Drewes [AfD] trägt eine schwarzrot-gold gestreifte Krawatte - Jens Nacke [CDU]: Ah, die Krawatte ist zurück! - Reinhold Hilbers [CDU]: Ich dachte schon, die andere wäre gebleicht gewesen oder beim Waschvorgang umgekommen! - Jens Nacke [CDU]: Testen wir jetzt eine zweite?)

# Stefan Marzischewski-Drewes (AfD):

Werter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Buschmann, ich kann Sie beruhigen: 2027 wird Herr Bothe Innenminister, und dann läuft es.

(Zuruf von Michael Lühmann [GRÜNE])

Effizienz steigern - jawohl, wer sollte etwas dagegen haben? Digitalisierung nutzen - na endlich, bitte endlich umsetzen, anfangen, loslegen! KI-Potenziale nutzen, na klar! Viele Unternehmen in der Privatwirtschaft machen das schon längst.

Die Frage, die sich jeder hier im Plenum stellen sollte: Das alles soll bis zum 31. Dezember 2025 umgesetzt werden, also in weniger als 100 Tagen? Aber halt, nein! Da ist doch Herr Watermann mit seiner Watermann'schen Treppe: Der Beschluss im Landtag ist frühestens im November-Plenum möglich. Dann sind es nur noch 40 Tage. Wer die bisherigen Digitalisierungsbemühungen des Landes sieht, muss also an ein Weihnachtsmärchen glauben.

Oder ist es vielleicht völlig anders? Die Landesregierung hat bereits alles fertig in der Schublade, und die Zentralisierung der Gebührenerhebung bei der Polizei läuft bereits flächendeckend? Dann ist das Ganze hier nur ein einziges großes Schauspiel,

(Ulrich Watermann [SPD]: Damit kennen Sie sich ja aus!)

um dem Wähler Tätigkeit und Entschlossenheit vorzugaukeln, also schlicht ein Schaufensterantrag.

(Beifall bei der AfD)

Bezeichnend ist, dass der SPD zur Polizei und zur inneren Sicherheit nicht mehr einfällt, Herr Zinke. Wirklich bedauerlich! Ich erinnere hier nur an den fehlenden Taser

(Sebastian Zinke [SPD]: Wenn das das Geschenk eines Innenministers Bothe an die Polizei ist, dann gute Nacht!)

Und an die maroden Polizeidienststellen. Schönen Gruß nach Wittingen, kommen Sie dort vorbei!

Aber nein, stopp, stopp, stopp! Herr Watermann, ich muss völlig falsch liegen. Der Antrag der SPD offenbart die Untätigkeit der SPD-Innenministerin, Frau Behrens. In Ihrem Antrag steht:

"In der abschließenden Prüfungsmitteilung des Niedersächsischen Landesrechnungshofs vom 11. Mai 2022 zur Prüfung 'Gebührenerhebung bei der Polizei' wird festgestellt, dass die zentralisierten Gebührensachbearbeitungen der Polizeidirektionen Lüneburg und Hannover deutlich effizienter und qualitativ besser arbeiten als dezentral organisierte Strukturen."

Wir können also konstatieren: Frau Behrens, Ihre Innenministerin, ist seit 3,5 Jahren untätig und setzt eine Empfehlung des Landesrechnungshofs nicht um. Chapeau! Ein Volltreffer, wirklich ein Volltreffer, den die SPD hier abliefert!

Wir alle wissen hier nicht erst seit dem traurigen Vorfall in Friedland, dass unsere Innenministerin in ihrem Amt völlig überfordert ist. Seien Sie dann doch auch bitte so konsequent, im Ausschuss endlich den Rücktritt von Frau Ministerin Behrens zu fordern! Das würde dem Land wirklich guttun.

Wir freuen uns also auf Ihre Ausschussberatung.

(Zuruf von der SPD: Da Sie nicht im Innenausschuss sind, sollte das gelingen!)

Wir sind wirklich außerordentlich gespannt, wie Sie das unter Frau Behrens, die ja jetzt auch für die Digitalisierung zuständig ist, bis zum 31. Dezember 2025 umsetzen wollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Ulrich Watermann [SPD]: Ahnungslos bleibt ahnungslos!)

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung: aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Michael Lühmann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Michael Lühmann (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herzlichen Glückwunsch, Kollege Zinke! Als Sie hier gerade gesagt haben, das wird jetzt der Höhepunkt der Debatte, da hielt ich das noch für einen rhetorischen Kniff kurz vor Ende der Plenarsitzung, um alle noch etwas aufmerksam zu machen und wachzurütteln. Und dann kommt solch eine Debatte! Ehrlich gesagt, ich kann meine Rede gar nicht so halten, wie ich sie halten wollte.

(Uwe Schünemann [CDU]: Na, dann hat es ja schon geklappt! - Heiterkeit bei der CDU)

Eigentlich gibt es zu dem Sherlock Holmes da in der AfD-Fraktion nichts zu sagen, der uns gerade ganz hart überführt hat. Das ist so ein blanker - - -

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Ich sage das Wort jetzt nicht. Ich glaube, darüber müssen wir nicht weiter reden.

Aber - Frau Buschmann sagte gerade, das sei eine Behördenrundmail - wie man darauf kommen kann, auf der Grundlage einer Behördenrundmail zu fordern, die Innenministerin müsse zurücktreten - so, wie hier von rechts außen geschehen -, wie man auf der Grundlage einer Behörden-E-Mail behaupten kann, dass man damit die Ränder in dieser Gesellschaft stärken könnte, wie man aus einer Behördenrundmail Rechtsunsicherheit machen kann - ganz ehrlich: Wenn Behördenrundmails wirklich einen solchen Effekt hätten, dann würden wir an jedem Tag wahnsinnig viel Aufregung hier im Parlament haben.

(André Bock [CDU]: Aber gewisse Forscher sorgen dafür, dass die Ränder gestärkt werden!)

Das war völlig drüber. Aber Chapeau! Ich habe das für einen rhetorischen Kniff gehalten. Wir einigen uns ja darauf, dass wir das Plenum noch ein bisschen unterhalten wollen.

Und dann kommen Sie aufgrund dieser Behördenrundmail auch noch auf die Idee, das sei Ideologie. Frau Buschmann, ich bitte Sie! Was wollen wir hier tun? Wir wollen nur den Einzug von Gebühren durch Digitalisierung vereinfachen. Das ist etwas, was Polizistinnen und Polizisten tagtäglich hilft. Sie müssen dann nicht sitzen und die Vorgänge schreiben, sondern können sie mit den Laptops und Smartphones, die wir ihnen gekauft haben, erfassen, und das läuft dann im Hintergrund automatisiert weiter, und die Gebührenbescheide gehen

raus. Und dann können die Polizistinnen und Polizisten in den Einsatz- und Streifendienst.

Was ist denn daran bitte schön Ideologie? Ich verstehe Ihren Punkt überhaupt nicht - wie ich auch Ihren Ideologiebegriff, ehrlich gesagt, nicht verstehe.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - André Bock [CDU]: Sie müssen im Protokoll der Anhörung lesen, was Sie da von sich gegeben haben, Herr Lühmann!)

### Vizepräsident Marcus Bosse:

Herr Kollege Lühmann, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Buschmann zu?

# Michael Lühmann (GRÜNE):

Aber gerne! Wenn wir hier schon so schön in der Diskussion sind.

# Vizepräsident Marcus Bosse:

Bitte schön, Frau Buschmann!

(Ulrich Watermann [SPD]: Der größte Verhinderer von Sicherheit war der Finanzminister der letzten Wahlperiode!
- Gegenruf von André Bock [CDU]: Ach, Mensch, Uli!)

## Saskia Buschmann (CDU):

Herr Präsident! Herzlichen Dank, Herr Lühmann, für das Zulassen der Zwischenfrage.

Ich habe gesagt: Ich stehe "nicht am Spielfeldrand der Ideologie". Ich habe niemals gesagt - und ich möchte gerne wissen, wie Sie darauf kommen -, dass dieser Antrag ein ideologischer Antrag sei.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Sie haben die ganze Zeit von Ideologie gesprochen! - Ulrich Watermann [SPD]: Wenn man nicht weiß, was das ist, hat man da ein Problem!)

# Michael Lühmann (GRÜNE):

Liebe Kollegin Buschmann, wenn Sie hier das erste Mal und nur ausnahmsweise "Spielfeldrand der Ideologie" gesagt hätten und ich vielleicht ein bisschen pikiert reagiert hätte

> (André Bock [CDU]: Das muss Sie ja echt getroffen haben, wenn Sie so reagieren!)

und gefragt hätte, was das denn soll, dann hätte ich gesagt: Na gut, okay, geschenkt, da habe ich mich vielleicht irgendwie ein bisschen verhört.

Aber das ist ja wirklich ein Standard! Ich überlege jedes Mal, wenn ich da hinten sitze und Sie hier vorne von Ideologie sprechen, ob ich Sie mal nach Ihrem Ideologiebegriff frage. Denn er ist ein bisschen überdehnt. Dazu muss man nicht lange in einem Universitätsseminar gewesen sein. Der ist komplett überdehnt, und er ist auch ein bisschen albern.

(Beifall bei den GRÜNEN - André Bock [CDU]: Das Ergebnis Ihrer Ideologie sitzt hier auf der rechten Seite!)

 Na ja, Ideologie fängt ein bisschen früher an. Der Begriff kann sehr breit sein.

Sie erzählen uns - das haben Sie schön ausgerechnet -, dass 872 Tage nach Ihrem Antrag unser Antrag kam usw. Ich werde Ihnen mal was sagen: Acht Jahre nach Ihrem Regierungsantritt zusammen mit der SPD kommt ein NPOG. Das haben Sie nicht hinbekommen! Mit Ihnen konnte die SPD kein NPOG verhandeln - mit uns schon!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Uwe Schünemann [CDU]: Das ist doch lächerlich! Das ist auch total falsch!)

Herzlichen Glückwunsch! Das ist eben der Unterschied zwischen Rot-Grün und einer Großen Koalition: Wir kriegen ein NPOG hin. Sie kriegen immer ein paar Bröckchen hin, die Sie hinlegen. Wir liefern eine umfassende Reform dieses Gesetzes - nicht Sie, auch wenn Sie immer am Spielfeldrand rumstehen und uns Ideologie vorwerfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - André Bock [CDU]: Fragen Sie mal Frau Kollenrott, die kann Ihnen das berichten! Die war damals Mitglied im Innenausschuss! - Uwe Schünemann [CDU]: Wir haben ein NPOG vorgelegt! Unwahrheit!)

Jetzt komme ich noch mal ganz kurz zu dem Punkt, um den es hier eigentlich geht. - Nein, eigentlich wollte ich davor noch einen anderen Punkt ansprechen. Auch das war ja ganz spannend im Zusammenhang mit Ihrem Antrag. Der hat ja ein bisschen gedauert.

(André Bock [CDU]: Nun sagen Sie doch mal etwas zu Ihrem eigenen Antrag!) Dabei ging es um Wegtragegebühren. Es gab diese blöde Situation mit den Treckerdemos. Sie mussten den Antrag schnell von der Tagesordnung runternehmen und ihn später wieder raufnehmen, denn man wollte ja nicht den Eindruck erwecken, dass man auch die Treckerdemos treffen möchte. Es ging ja allein um Klimakleber. *Das* ist im Übrigen Ideologie, liebe Kollegin Buschmann!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich hatte eine relativ kurze Rede geplant. Aber ich konnte nicht anders, als darauf zu reagieren.

(Zuruf von Saskia Buschmann [CDU])

Jetzt komme ich zu dem Punkt, was wir hier eigentlich machen, und das ist relativ simpel. Wir versuchen, den Gebühreneinzug ein bisschen zu vereinfachen. Wir haben auch eine Aufforderung vom Landesrechnungshof bekommen.

(Saskia Buschmann [CDU]: Genau!)

Der bestätigt uns, dass der Weg, den wir gehen, genau der richtige ist. Von daher gehen wir ihn konsequent weiter und skalieren ihn höher. Das ist nämlich der Unterschied. Das aber hat der Kollege da rechts außen gar nicht verstanden. Das ist nicht weiter schlimm, das kenne ich schon. Ansonsten werden wir damit auch die Bearbeitungsqualität verbessern.

Am Ende - das ist der charmante Nebeneffekt - wird alles viel einfacher, es wird alles viel strukturierter, und die Polizistinnen und Polizisten können auf der Straße unterwegs sein, die können einfach Streife fahren. Wir alle wissen ja, wie herausgefordert der ESD, der Einsatz- und Streifendienst, ist. Wir freuen uns, wenn Polizist\*innen die Zeit haben, Streife zu gehen.

Denn das Tollste daran, wenn die Streife gehen, ist - das kennen Sie bestimmt auch aus Ihrem Alltagsleben -, dass man in einem ganz entspannten Moment morgens an der Ampel einem lächelnden Fahrradpolizisten oder einer -polizistin begegnet, und dann lächelt man sich gegenseitig an. Das sind genau die positiven Erlebnisse, die wir brauchen, weil dies das Vertrauen in die Polizei stärkt, weil dies das Vertrauen zwischen Bürger\*innen und Polizei stärkt. Das ist ganz wunderbar.

Damit die für so etwas Zeit haben, lassen wir im Hintergrund diese Dinge laufen, die Sie hier für Ideologie halten oder für die Stärkung der Ränder verantwortlich machen - ich weiß gar nicht, für was noch alles.

(André Bock [CDU]: Ich bin immer wieder erstaunt über Ihre Wendefähigkeit!)

Und dann, würde ich mal sagen, haben wir den Antrag, den Sie gestellt haben, doch irgendwie verbessert.

(André Bock [CDU]: "Kopiert" wäre besser!)

Ich habe gerade geguckt: Ich habe eine Liste von alleine 25 Filmen gefunden, bei denen die Fortsetzung besser als das Original ist. Als großer James-Bond-Fan kann ich Ihnen sagen: Ich fand jede Fortsetzung immer besser als das, was davor war. Insofern würde ich sagen: Das kann man auch immer machen.

An diesem Beispiel sieht man, dass es wirklich ein bisschen besser und ausgereifter als Ihr Antrag ist, der in der Anhörung leider komplett durchgefallen ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Saskia Buschmann [CDU]: Leider nicht der Wahrheit entsprechend!)

### Vizepräsident Marcus Bosse:

Weitere Wortmeldungen liegen uns hier nicht vor. Wir kommen somit zur Ausschussüberweisung.

Vorgeschlagen wird, diesen Antrag in den Ausschuss für Inneres und Sport zu überweisen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich frage nach Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Somit wird der Antrag entsprechend überwiesen.

Wir kommen somit zum letzten Tagesordnungspunkt für heute:

Tagesordnungspunkt 34:

Erste Beratung:

Hauswirtschaft und Alltagskompetenzen in Niedersachsen weiter stärken - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8550

Zur Einbringung hat sich aus der SPD-Fraktion die Kollegin Karola Margraf gemeldet. Bitte schön, Frau Margraf!

(Beifall bei der SPD und von Christian Schroeder [GRÜNE])

# Karola Margraf (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass noch so viele Abgeordnete hier sind und dieses wichtige Thema hören. Das ist zwar das Abschlussthema für heute, aber nichtsdestotrotz ist es sehr wichtig. Ich freue mich, dass Sie alle hier sind, um das zu unterstreichen.

Wie viele Kilokalorien ergeben ein Kilojoule? Welchen Energiebedarf hat ein Mensch pro Tag? Wie sieht ein Vertrag aus, und was gibt es eigentlich vor dem Vertragsabschluss zu beachten? Welche Bedeutung haben unterschiedliche Pflegesymbole an Kleidungsstücken, und welche Folgen ergeben sich daraus für die Wäsche?

Mit all diesen und vielen weiteren Alltagsfragen rund um hauswirtschaftliche Tätigkeiten setzen sich Jugendliche in Niedersachsen im Rahmen ihres Hauswirtschaftsführerscheins auseinander. Seit seiner Einführung 2019 ergänzt der Hauswirtschaftsführerschein die breiten Bildungsangebote in Niedersachsen in Bezug auf den hauswirtschaftlichen Bereich. Das Zentrum für Ernährung und Hauswirtschaft Niedersachsen (ZEHN) stellt hier neben vielen weiteren Angeboten eine komplette Beratung für Lehrkräfte zur Verfügung.

Den SPD-geführten Landesregierungen war die hauswirtschaftliche Ausbildung seit jeher sehr wichtig. In allen Lebensbereichen, über jede Altersgruppe und Einkommensklasse hinweg sind wir im Alltag mit den gleichen hauswirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert.

Im schulischen Bereich gibt es für diesen Bildungsauftrag an Gesamtschulen bereits seit den 80erJahren das Fach Arbeit-Wirtschaft-Technik. 2024
wurde das Kerncurriculum für AWT aufsteigend mit
dem 5. und 6. Jahrgang verpflichtend für integrierte
Gesamtschulen in Niedersachsen eingeführt. Schülerinnen und Schüler sollen in ihrer Alltagskompetenz und Selbstwirksamkeit gefördert, mit grundlegenden hauswirtschaftlichen Kenntnissen ausgestattet oder auch zu einer reflektierten Technikfolgenabschätzung im Alltag befähigt werden. Hauswirtschaftliche Kompetenzen sind in Niedersachsen
Gegenstand lebenslangen Lernens und sind in den
weiterführenden Schulen schon längst etabliert.

Neben dem schulischen Bereich der hauswirtschaftlichen Bildung bietet sich mit der Ausbildung zum Hauswirtschaftler oder zur Hauswirtschaftlerin auch eine professionelle Ausbildung in diesem Bereich an. Die Landwirtschaftskammer Niedersachsen organisiert den Rahmen für die Aus-, Fort- und Weiterbildung. Mit dem Programm "Hauswirtschaft ist angesagt" werben die Landwirtschaftskammern und das ZEHN gezielt bei jungen Erwachsenen um Nachwuchs für diesen wichtigen Bereich.

Zahlreiche Hauswirtschaftlerinnen und Hauswirtschaftler kümmern sich in Niedersachsen täglich um die Bereitstellung von Lebensmitteln, die Organisation von Budget, Wäschepflege, Betreuung, Hygiene oder den Umgang mit neuesten Techniken in der Hauswirtschaft. An dieser Stelle geht mein Dank - und ich denke, auch der des gesamten Hauses - an diese Alltagshelden!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Was wollen wir mit unserem Antrag erreichen? Wir wollen die Hauswirtschaft noch breiter und tiefer fördern. Wir setzen uns für eine bessere Bezahlung hauswirtschaftlicher Fachkräfte ein. Und wir wollen den Sprung in die Selbstständigkeit mit Programmen zur Existenzgründung vereinfachen. Auch soll eine stärkere Verknüpfung zwischen Hauswirtschaft und Pflege geprüft werden. All das wollen wir anstoßen, weil sich auch die Hauswirtschaft in der sich schnell ändernden Welt verändert.

Der demografische Wandel lässt die Nachfrage nach pflegerischen Tätigkeiten wachsen, und vieles überschneidet sich im Bereich der Nahrungsmittelversorgung, Hygiene und vielen weiteren Aufgaben mit dem hauswirtschaftlichen Berufsbild. Eine Stärkung der Hauswirtschaftlerinnen und Hauswirtschaftler stärkt somit erstens ihr Berufsfeld und kann uns als Gesellschaft zweitens dabei unterstützen, dem demografischen Wandel zu begegnen. Eine lückenlose Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger im Flächenland Niedersachsen erreichen wir nur mit einer starken Hauswirtschaft.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

### - Herzlichen Dank!

Auch die Digitalisierung hat die Hauswirtschaft längst erreicht. Robotik hat Einzug in die tägliche Arbeit erhalten, die Steuerung vieler Haushaltsgeräte erfolgt per App, und Lebensmittel werden zunehmend online bestellt und nach Hause geliefert. Technologie revolutioniert auch dieses Berufsfeld und erfordert von den Mitarbeitenden Anpassungsfähigkeit und Flexibilität. Mehr Vernetzung und stärkere Kooperation zwischen den Einrichtungen und die Arbeit in interprofessionellen Teams sollen vor

Ort helfen, auf neue Aufgaben und Technologien besser reagieren zu können. Die Expertise in Sachen Anpassungsfähigkeit ist in allen mit Hauswirtschaft verbundenen Berufen seit jeher stark ausgeprägt.

Sie sehen, Hauswirtschaft ist kein Randthema. Sie ist zentral für unsere Gesellschaft. Mit diesem Antrag stärken wir ein Berufsfeld, das uns hilft, den demografischen Wandel zu bewältigen, Nachhaltigkeit zu leben und die Versorgung im Flächenland Niedersachsen sicherzustellen.

Wir freuen uns auf die Beratung im Ausschuss, um das Beste für den Alltag der Menschen in unserem Land herauszuholen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

# Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung: für die CDU-Fraktion die Kollegin Katharina Jensen.

(Beifall bei der CDU)

#### Katharina Jensen (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute beraten wir über den Antrag der SPD und der Grünen zur Stärkung der Hauswirtschaft.

Lassen Sie mich ganz zu Beginn sagen: Natürlich erkennen auch wir die Bedeutung der Hauswirtschaft an. Sie ist wichtig im Alltag, sie ist wichtig in der Pflege und Versorgung unserer älteren Menschen, und sie ist auch wichtig in unseren Gemeinschaftseinrichtungen, besonders vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des veränderten Familienbildes. Deswegen möchte ich auch positiv hervorheben, Frau Margraf, dass eine verstärkte Kooperation zwischen den Professionen Hauswirtschaft und Pflege zu begrüßen ist.

Aber, meine Damen und Herren, dieser Antrag verfehlt aus meiner Sicht das eigentliche Ziel: durch Bildung und Interessenweckung die junge Generation für Alltagskompetenzen zu sensibilisieren und Verbraucherschutzprävention zu betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Wir als CDU haben bereits im vergangenen Jahr in unserem Antrag zu Alltagskompetenzen betont: Es geht um Alltagskompetenzen in der gesamten Breite, in allen Facetten. Und da bin ich, ehrlich gesagt, etwas verwundert, dass die Erstellung Ihres Antrags über ein Jahr gedauert und erst jetzt den Weg in die erste Beratung des Plenums gefunden hat.

Es geht darum, junge Menschen mit Wissen und Fähigkeiten in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Finanzen und digitales Handeln fit für das Leben zu machen. Genau das vermissen wir in dieser Ausführlichkeit in Ihrem Antrag. Statt die Schulen klar und verbindlich darin zu unterstützen, Alltagskompetenzen zu vermitteln, verschiebt dieser Antrag den Schwerpunkt fast ausschließlich auf das Berufsfeld der Hauswirtschaft.

Da ist die Rede von Existenzgründungsprogrammen, von Portalen für Selbstständige und Vergütungsfragen für Fachkräfte. Alles Themen, die für einzelne Berufsgruppen ganz sicher von Bedeutung sind! Aber sie haben mit der Vermittlung von Alltagskompetenzen und Verbraucherschutzprävention nur am Rande zu tun. In Zeiten, in denen Fachpersonal überall gesucht wird, wirken solche Forderungen auf mich, ehrlich gesagt, nicht als Lösungsansatz, sondern eher wie Füllmaterial in einem Antrag.

Sehr geehrte Kollegen, damit geraten die Schülerinnen und Schüler aus dem Blick. Ich möchte aber doch betonen, Frau Margraf, dass ich sehr wohl wahrgenommen habe, dass Sie in Ihrer Rede darauf eingegangen sind - ehrlich gesagt, mehr als im Antrag. Ihr Antrag liest sich eher wie ein Branchenförderungsprogramm für die Hauswirtschaft, nicht wie eine Strategie für die Vermittlung von Alltagskompetenzen - worum es uns ja eigentlich gehen sollte - an alle jungen Menschen.

# Vizepräsident Marcus Bosse:

Frau Abgeordnete Jensen, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Margraf zu?

### Katharina Jensen (CDU):

Ja, gerne.

# Vizepräsident Marcus Bosse:

Bitte schön!

## Karola Margraf (SPD):

Frau Jensen, herzlichen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage.

Es gab ja zum Thema Alltagskompetenzen einen umfangreichen Antrag von Ihnen, und dazu hat die

Landesregierung auch unterrichtet. Können Sie sich daran erinnern, dass die entsprechenden Antworten auf Ihre dezidierten Fragen zum Bereich Alltagskompetenzen regelmäßig lauteten: "Das gibt es schon, das machen wir schon, das haben wir schon umgesetzt"?

In meiner Rede eben habe ich ja darauf hingewiesen, dass bereits in den 80er-Jahren in den Gesamtschulen AWT - Arbeit-Wirtschaft-Technik etabliert wurde, wo diese Kompetenzen schon entsprechend geschult werden. Das heißt, Sie haben die entsprechenden Antworten schon bekommen.

(Uwe Schünemann [CDU]: Ist das eine Kurzintervention?)

In unserem Antrag beziehen wir uns auf die Grundschulen, wo wir das stärker etablieren wollen.

(Zurufe)

- Gibt es eine Zeitbeschränkung?

# Vizepräsident Marcus Bosse:

Sie wollten fragen!

# Karola Margraf (SPD):

Deswegen meine Frage: Können Sie sich daran erinnern, dass Ihre Fragen mit Blick auf die Schulen alle schon beantwortet wurden?

## Katharina Jensen (CDU):

Sehr geehrte Frau Kollegin, genau um den Antrag, den Sie letzte Woche im Ausschuss weggestimmt haben und der einen Schwerpunkt mit Blick auf den Bereich Schule hat, geht es.

Es ging uns um die Verbraucherschutzprävention und die Vermittlung von Alltagskompetenzen bei unserer jungen Generation. Das war unser Schwerpunkt, und dazu hat es auch eine ausführliche Anhörung im August gegeben. Unter anderem die LAG Hauswirtschaft, die DGE und die Landfrauen haben sich dort zu Wort gemeldet. Unser Antrag wurde von allen vollumfänglich begrüßt, es gab überhaupt keine Kritikpunkte. Alle waren sehr erfreut über diesen Antrag. Wir hatten volle Zustimmung.

Deswegen war ich ja so sehr verwundert, als Sie letzte Woche, Mittwochmorgen kurz vor Ausschussbeginn, Ihren Antrag eingereicht haben, der in eine komplett andere Richtung geht.

Von daher wundere ich mich über Ihre Frage, weil Sie damit eigentlich alles dafür tun, dass Ihr Antrag in ein schlechtes Licht gerückt wird. Das muss ich ganz ehrlich sagen.

In unserem Antrag sprechen wir davon, dass wir ein Unterrichtsfach am Beispiel Bayerns einrichten und Alltagskompetenzen und den Bereich Verbraucherschutz und Hauswirtschaft im Kerncurriculum verankern wollen.

(Kirsikka Lansmann [SPD]: Wie viele Fächer sollen wir denn einrichten?)

Von daher stimmt es ja nicht, dass es das alles schon gibt, wie Sie gerade gesagt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich war gerade da stehen geblieben, dass sich Ihr Antrag eher wie ein Förderprogramm für die Branche Hauswirtschaft liest. Da frage ich mich natürlich: Wo bleibt die Finanzbildung, die für unsere jungen Leute so dringend gebraucht wird? Wo bleibt die digitale Medienkompetenz? Darüber haben wir im Ausschuss schon sehr oft gesprochen. Auch das vermisse ich in dem Antrag vollumfänglich.

Wo bleiben der Fokus auf die Verantwortung der Elternhäuser und die Einbindung externer Partner wie Landfrauen und Verbraucherzentralen? Das habe ich gerade angesprochen; darauf sind Sie nämlich gar nicht eingegangen. Das haben wir alles schon in der Anhörung im Ausschuss gehört.

(Beifall bei der CDU)

Wo bleibt die Querverbindung zum Ganztagsschulbetrieb? Auch nicht wiederzufinden! All das kommt bei Ihnen zu kurz bzw. gar nicht vor.

Sie, SPD und Grüne, bleiben da sehr vage. Wie wir es von Ihnen gewohnt sind, heißt es, man solle prüfen, man solle überlegen. Verbindliche Maßnahmen sind in der Unterzahl. Damit droht Symbolpolitik, aber ist keine konkrete Verbesserung im Alltag für die Gesellschaft verbunden.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir als CDU haben uns vor einem Jahr mit einem Antrag auf den Weg gemacht. Er ist klar, er ist konkret, er ist zielführend. In ihm setzen wir uns dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen in Niedersachsen die nötigen Fähigkeiten erwerben, um ihr Leben selbstständig, gesund und verantwortungsbewusst zu gestalten. Das ist unser Anspruch als CDU-Landtagsfraktion, und darum sagen wir: Ihr Antrag greift zu kurz.

Aber da der von mir oft genannte, von uns eingebrachte Antrag zur Schlussberatung noch einmal ins Plenum kommen wird, haben wir zeitnah wieder die Chance, uns ausgiebig zu diesem Thema auszutauschen.

An dieser Stelle: Die LAG - vorhin schon genannt - hat heute Abend ihre Mitgliederversammlung. Ich persönlich kann leider nicht dabei sein. Es gehen aber liebe Grüße an Frau Köchermann und die LAG. Und ich bedanke mich noch einmal für die Mühe, die sich alle Beteiligten im Ausschuss bei der Anhörung gegeben haben.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

# Vizepräsident Marcus Bosse:

Vielen Dank. - Die nächste Wortmeldung: aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Christian Schroeder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Christian Schroeder (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Beste kommt immer zum Schluss, das wissen wir ja. Nun darf ich als fast letzter Redner - die AfD darf auch noch - über das schöne Thema Hauswirtschaft und die sogenannten Alltagskompetenzen reden.

Ich stelle mal eine Frage in den Raum - ich weiß, dass das nicht jeder weiß -: Wer von Ihnen weiß denn, was ein Schuss- oder ein Kettfaden ist?

(Thordies Hanisch [SPD] meldet sich)

Ich würde sagen, das muss auch gar nicht jeder wissen.

(Karin Logemann [SPD]: Ich weiß es auch!)

- Karin Logemann weiß es, und ich bin mir sicher, dass die ehemalige Ministerin es auch weiß.

# Vizepräsident Marcus Bosse:

Herr Kollege Schroeder, lassen Sie eine Zwischenfrage - - -

(Heiterkeit - Zuruf: Frau Hanisch weiß es auch!)

- Das konnten wir hier ja nicht wissen. Ich bitte, das in Zukunft zu unterlassen.

(Thordies Hanisch [SPD]: Wie sollten wir denn sonst signalisieren, dass wir das wissen?)

Bitte fahren Sie fort!

### Christian Schroeder (GRÜNE):

Herr Präsident, ich glaube, daran bin ich schuld. Schön, dass alle noch wach sind. Ich habe eine Frage in die Runde gestellt und um Handzeichen geben. Das war mein Fehler. Das darf man hier vielleicht auch gar nicht, das weiß ich nicht.

Der Schuss- und der Kettfaden spielen beim Halbleinen eine Rolle. Das ist aber auch gar nicht so wichtig. Wichtig ist nur, dass Sie wissen müssen, dass ein Geschirrhandtuch, das ich beispielsweise bei Temu für ganz wenig Geld bestelle, wahrscheinlich nicht die gleiche Leistung erbringen wird wie ein vernünftiges Leinentuch, wenn es darum geht, meine Weingläser schlierenfrei zu bekommen. Wer also billig kauft, der kauft meistens zweimal, und das sollte man einfach wissen.

Nun könnte man sagen: Das sind völlig unwichtige Probleme, wir haben Wichtigeres zu besprechen. Ich werde auch noch auf die wichtigen Dinge kommen, aber ich glaube, das ist eine schöne Geschichte, die deutlich macht, dass Bildung hilft.

Schon in der 18. Wahlperiode hat der Landtag das Thema Hauswirtschaft ausführlich beraten. Der damalige Antrag von SPD und CDU hat wichtige Ansätze wie Ausbildung stärken, Fachkräfte sichern und Hauswirtschaft in der Schule sichtbar gemacht. Dem gebührt auch Anerkennung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir stehen heute an einem anderen Punkt, und die Herausforderungen sind einfach größer geworden. Kollegin Margraf und auch Frau Jensen haben das geschildert, und ich glaube, wir haben bei diesen Themen auch überhaupt keinen Dissens: Wir erleben einen massiven Fachkräftemangel auch in der Hauswirtschaft. Der demografische Wandel verlangt nach mehr Unterstützungsangeboten für ältere Menschen. Und sollte der Pflegegrad 1 wirklich wegfallen, wie es anscheinend diskutiert wird, dann werden die Herausforderungen innerhalb der Familie noch einmal deutlich größer, meine Damen und Herren.

Gleichzeitig steigen auch die Anforderungen an die Hygiene und an die Nachhaltigkeit. Wir erleben auch, dass immer mehr Menschen selbst mit einfachsten Dingen des Alltages oft überfordert sind. 62 % der 18- bis 24-Jährigen haben Angst vorm Tanken.

(Zuruf von der SPD: Wegen der Preise!)

- Auch wegen der Preise, sicherlich. Da gebe ich Ihnen recht.

Und der massive Einzug der Digitalisierung löst nicht alle Probleme.

Auf all das müssen wir Antworten geben, und genau das tun wir mit unserem Antrag. Wir Grüne wollen zusammen mit der SPD die Hauswirtschaft endlich als das anerkennen, was sie ist, nämlich ein Schlüsselressort für Lebensqualität, für Teilhabe und für soziale Gerechtigkeit. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Punkt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Und ja, Alltagskompetenzen gehören auch an jede Schule, natürlich, weil Kinder und Jugendliche wissen müssen, wie gesunde Ernährung, möglichst nachhaltiger Konsum und verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen funktionieren.

(Unruhe)

Herr Präsident, darf ich Sie bitten, dass Sie da mal für Ruhe - - - Nein, Entschuldigung, das steht mir nicht zu. Aber ich finde es schwierig, am Freitagnachmittag so dagegen anreden zu müssen.

(Uwe Schünemann [CDU]: Ist das am Donnerstagnachmittag anders?)

Alltagskompetenz gehört an jede Schule, das habe ich eben gesagt. Wir müssen aufpassen, dass Jugendliche das möglichst als Querschnittsaufgaben lernen. Und das sind Querschnittsaufgaben! Das sind Dinge, die man im Alltag kennen muss, und die gehören einfach in jedes und nicht in ein spezielles Unterrichtsfach.

Wir wollen Existenzgründungsförderungsprogramme. Wir wollen Hauswirtschaftlerinnen und Hauswirtschaftler ermutigen, neue Angebote aufzubauen, gerade im ländlichen Raum. Mit einem Portal für hauswirtschaftliche Dienstleistungen wollen wir eine Sichtbarkeit erzeugen. Und wir stärken die Kooperation von Hauswirtschaft und Pflege, damit Menschen in Einrichtungen und zu Hause noch besser versorgt werden.

Meine Damen und Herren, Hauswirtschaft ist eben kein Nice-to-have. Sie ist systemrelevant, wie man so schön sagt. Sie hält unseren Alltag am Laufen. Sie sorgt für Würde im Alter, sie vermittelt Kindern und Jugendlichen Selbstständigkeit.

Deshalb feiern wir diesen Antrag - womöglich am Ende auch mit der CDU. Ich würde Sie wirklich bitten, sich das noch einmal anzuschauen. Gucken Sie auch, wo aus Ihrer Sicht einzelne Punkte fehlen, vielleicht mit Blick auf Ihren Antrag aus dem Unterausschuss!

Sie sind herzlich eingeladen, mit uns daran weiterzuarbeiten. Wir haben dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit und sind natürlich daran interessiert, am Ende der Beratung etwas zu haben, das im Sinne der Kinder, im Sinne der Jugendlichen und im Sinne der Alten, die irgendwann davon profitieren, dass unsere Kinder gut ausgebildet sind, alle mittragen können.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Herr Kollege Schroeder, dass Sie der vorletzte Redner sind, kann sein, muss aber nicht. Ich will nur darauf hinweisen, dass die Fraktion der SPD noch zweieinhalb Minuten und die Fraktion der CDU noch etwa zwei Minuten Restredezeit haben.

Jetzt hat aber das Wort: für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Dannenberg.

(Beifall bei der AfD)

# Alfred Dannenberg (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hauswirtschaft ist wichtig, sprach der Landtag und setzte das Thema ans Ende der Tagesordnung. Nein, Scherz beiseite!

Hauswirtschaft und Alltagskompetenzen sind Kernstücke solider Allgemeinbildung. Es geht um Fähigkeiten, die Familienbetriebe, Pflegeeinrichtungen und Kommunen täglich brauchen: haushalten, kochen, hygienisch arbeiten, Zeit und Budget managen, Ressourcen schonen. Der vorliegende Antrag von SPD und Grünen setzt genau dort an, und vieles daran ist richtig.

Aus unserer Sicht entscheiden drei Dinge über den Erfolg.

Erstens Praxis vor Programm. Wir unterstützen mehr Praxis in Schule und Ausbildung. Verbindliche und alltagsnahe Bausteine zur Ernährung, Hygiene, Haushaltsführung und Verbraucherbildung. Kooperationen mit Betrieben sind dafür der richtige Weg. Ideologische Überbauten brauchen wir nicht. Gefragt ist Handwerk, nicht Schlagwort.

Zweitens. Qualität statt Bürokratie. Neue Fördertöpfe, Portale und Kampagnen schaffen schnell Strukturen, aber nicht automatisch Kompetenz. Prüfen wir sorgfältig Kosten und Nutzen, bündeln wir vorhandene Angebote, vermeiden wir Doppelstrukturen. Wo Digitalisierung sinnvoll ist, bitte: Docken wir an bestehende Register an, statt teure Insellösungen aufzubauen.

Drittens. Evidenz statt Ankündigung. In der Gemeinschaftsverpflegung, in der Zusammenarbeit von Hauswirtschaft und Pflege sowie in der Versorgung ländlicher Räume machen Pilotprojekte mit klaren Zielen und messbaren Ergebnissen Sinn: Hygiene und Qualität verbessern, Lebensmittelverschwendung senken, regionale Beschaffung stärken.

Zur Nachwuchs- und Fachkräftesicherung steht für uns die Stärkung des dualen Systems im Mittelpunkt: gute Ausbildung, attraktive Fortbildung und der Meisterweg. Das ist nachhaltig und macht den Beruf sichtbarer als jede Imagekampagne. Ziel muss sein, Menschen zu befähigen, Alltag und Arbeit gut zu bewältigen.

Schauen wir mal, wie die tatsächliche Akzentsetzung im Ausschuss sein wird! Ich bin sehr gespannt.

Übrigens, Daumen hoch: Endlich in meinem Ausschuss mal ein rot-grüner Antrag ohne Klima!

Schönes Wochenende schon mal!

(Beifall bei der AfD)

# **Vizepräsident Marcus Bosse:**

Last minute! Selbstverständlich, Frau Kollegin Jensen: Restredezeit von 2:03 Minuten. Bitte schön!

# Katharina Jensen (CDU):

Lieber Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will das natürlich nicht unglaublich in die Länge ziehen, aber ein paar Sätze seien mir bitte noch gegönnt.

Herr Schroeder, Sie haben in Ihren Ausführungen gerade noch einmal betont, dass der Antrag in den weiteren Beratungen noch modifiziert werden könnte, dass das eine oder andere aufgenommen werden könnte. Das finde ich natürlich super und klasse. Ich habe in meinem Redebeitrag auch schon ein bisschen herausgearbeitet, wo die Unterschiede zwischen unseren Anträgen sind.

In Ihrem Antrag ist der Querschnitt zwischen Pflege und Hauswirtschaft deutlich geworden. Unser Fokus liegt mehr auf der Kompetenzvermittlung in der Schule, wir wollen unsere junge Generation fit machen fürs Leben. Von daher würde ich mich natürlich freuen, wenn wir den Bereich Schule bzw. Bildung noch mehr in den Fokus nehmen könnten. Gerade bei den Herausforderungen mit Blick auf Ganztagsschulbetrieb etc. wäre das, glaube ich, sehr angebracht.

Ich möchte somit beantragen, dass der Antrag im Kultusausschuss mitberaten wird - damit wir am Ende vielleicht zu einer runden Sache kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

# Vizepräsident Marcus Bosse:

Vielen Dank, Frau Kollegin Jensen.

Jetzt liegen uns aber tatsächlich keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen somit zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sein, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen sowie der Kultusausschuss. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich frage nach Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen somit zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts. Der nächste, 29. Tagungsabschnitt ist vom 18. bis zum 20. November vorgesehen. Der Ältestenrat wird den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung festlegen, und der Landtag wird entsprechend einberufen werden.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Heimweg. Und vor allen Dingen: Bleiben Sie gesund!

Schluss der Sitzung: 14:19 Uhr.